Donnerstag, 5. Januar 1984 - D *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 4 - 1.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Import-Barrieren? Zahlreiche amerikanische Industriezweige bangen um ihre Existenz. Die Überbewertung des Dollars und die dadurch geförderte Überschwemmung des US-Marktes mit billigen Importen lassen für viele Wirtschaftsexperten die Errichtung von Importbarrieren als einzige Abwehrmöglichkeit erscheinen. (S. 1)

Nigeria: Die Militärregierung hat die nächtliche Ausgangssperre aufgehoben und die Flughäfen wieder geöffnet. Der festgenommene Präsident Shagari wurde von Kaduna im Zentrum des Landes in die Hauptstadt Lagos gebracht.

Schikanen an der Grenze: Nur wenige Monate nach Auszahlung des Milliarden-Kredits an die „DDR" kommt es an den Grenzübergängen wieder zu Zurückweisungen. Betroffen sind vor allem Auto- und Motorradfahrer. (S. 4)

Zwei flüchteten: Einem Arbeiter aus der „DDR", der in Nähe der Berliner Mauer mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigt war, ist die Flucht nach West-Berlin geglückt. Ein Hauptwachtmeister der „DDR"-Volkspolizei konnte nach Niedersachsen flüchten.

Neue Angriffe: Bei israelischen Luftangriffen auf zwei Stützpunkte pro-iranischer schiitischer Milizen in Ost-Libanon wurden gestern rund 100 Menschen getötet und 400 verletzt. (S. 6)

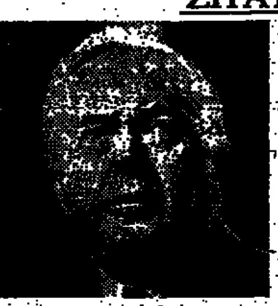
Offerte an Syrien: Nach der Freilassung des US-Luftwaffenoffiziers Goodman hat US-Präsident Reagan Syrien Verhandlungen zur Lösung der Libanon-Krise angeboten. Dies sei ein günstiger Zeitpunkt, um alle Probleme zwischen den USA und Syrien auf den Verhandlungstisch zu bringen, schrieb er. (S. 1)

Für Koalition: Mit nur wenigen Gegenstimmen hat die baden-württembergische FDP auf ihrem Parteitag in Stuttgart der Koalitionsaussage zugunsten der CDU zugestimmt. Landesvorsitzender Morlok erklärte, zur „Koalition der Vernunft aus FDP und CDU" gebe es keine vernünftige Alternative. (S. 4)

Todesurteile: Wegen Spionage für die UdSSR hat ein iranisches Militärtribunal den früheren Marine-Befehlshaber Afzali und den Chef des Militärflügels der kommunistischen Tudeh-Partei, Partovi, zum Tode verurteilt. Rund 200 Tudeh-Mitglieder sollen noch vor Gericht kommen. (S. 6)

Wahl-Strategie: Amerikas Demokratische Partei will den Wahlkampf '84 mit dem Hauptargument führen, die Welt sei nach drei Jahren Reagan-Präsidentschaft weniger sicher als zuvor. In den Bereichen Rüstung, Nahost und Mittelamerika habe die Entwicklung einen negativen Verlauf genommen. (S. 3)

ZITAT DES TAGES



» Wir waren einst die angestammte Regierungspartei. Jetzt müssen wir uns sehr anstrengen, als angestammte Oppositionspartei zu bestehen. «

Der frühere britische Premierminister Harold Wilson zur Krise der Labour Party
FOTO: RUDI MEISEL

WIRTSCHAFT

Höhenflug des Dollars: Die USA-Währung erreichte gestern in Frankfurt mit einem Mittelkurs von 2,7868 DM den höchsten Stand seit fast zehn Jahren. Die Bundesbank intervenierte mit dem Verkauf von 25,85 Millionen Dollar. (S. 7)

Weitere Erholung: Eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung, aber keinen sich selbst tragenden Aufschwung erwartet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) für 1984. (S. 7)

Kasko-Anpassung: 6,2 Millionen (44 Prozent) der deutschen teilkaskoversicherten Autos wurden aufgrund einer Anpassung an die Schadensentwicklung zum Jahreswechsel in eine günstigere, 700 000 (fünf Prozent) in eine schlechtere Typklasse gestuft.

Arbeitsmarkt: Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich im Dezember um 155 655 auf 2 348 986. Die Arbeitslosenquote betrug 9,5 Prozent, nach 8,8 im November und 9,1 Prozent im Dezember 1982. (S. 1)

Börse: An den Aktienmärkten kam es nach schwachem Beginn zu Rückkäufen auf ermäßigter Basis. Der Rentenmarkt war nachgebend. WELT-Aktienindex 154,4 (154,9). Dollarmittelkurs 2,7865 (2,7458) Mark. Goldpreis pro Feinunze 374,00 (383,00) Dollar.

KULTUR

Verausgabt?: Die Zertrümmerer, Klassik-Henker und Systemveränderer im deutschen Theater haben sich ausgetobt. Ratlosigkeit, Langeweile und Einfallslosigkeit beherrschen die Szene zur Halbzeit der Saison. (S. 13)

Hessen-Preis: Der diesjährige Hessische Kulturpreis für besondere Leistungen zur Förderung von Kunst und Wissenschaft wurde an den Maler Bernard Schultze und den Jazzmusiker Albert Mangelsdorff verliehen.

SPORT

Eiskunstlauf: Im deutschen Verband herrscht fünf Tage vor der Europameisterschaft Chaos. Nach Norbert Schramm hat sich auch Manuela Ruben von Bundestrainer Zeller getrennt. (S. 11)

Motorsport: Die Rallye Paris–Dakar ist gefährdet. Die 400 Fahrzeuge sollen von der Elfenbeinküste keine Einreisegenehmigung erhalten, weil Sicherheitsauflagen nicht erfüllt worden seien.

AUS ALLER WELT

Babyhandel: In Sizilien ist eine Bande aufgeflogen, die Millionengeschäfte mit Neugeborenen machte. Die Babys wurden bei jungen Frauen „bestellt" und für rund 2000 Mark gekauft, dann mit falschen Geburtsurkunden für den zehnfachen Preis weiterverkauft. (S. 14)

Dünger aus Gift: Ein industrielles Verfahren zur Umwandlung von Chemiegiften in Düngemittel wurde in Niedersachsen entwickelt, teilte das Norddeutsche Erfinderzentrum mit.

Wetter: Wechselhaft, teilweise Schnee oder Regen. 1 bis 6 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Zieht Washington im Wahljahr protektionistische Schraube an?

Sorge bei Handelspartnern wächst / Druck der amerikanischen Industrie

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Handelspartner der Vereinigten Staaten müssen sich im amerikanischen Wahljahr darauf gefaßt machen, daß Washington noch stärker die protektionistische Schraube anzieht. Diese Gefahr droht vor allem dann, wenn der Dollar stark bleibt und die USA weiterhin von billigen Einfuhren überschwemmt werden, während gleichzeitig der überbewertete „Greenback" zusammen mit der Schuldenkrise die Exporte hemmt. Schon jetzt bangen mehrere amerikanische Industriezweige um ihre Existenz.

Diese Furcht, die seit langem in den in der US-Hauptstadt ansässigen Organisationen umgeht, wird geschürt von einer Analyse, die in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Foreign Policy" abgedruckt ist. Darin kommen Lawrence Fox und Stephan Cooney vom amerikanischen Nationalverband der verarbeitenden Industrie zu dem Schluß, daß „ein ausreichender Abbau der US-Rekordhaushaltsdefizite nicht in Sicht und die Errichtung von Importbarrieren für viele die einzige Alternative ist".

Vergrößert wird die Sorge noch durch den „Industrial Outlook" des US-Handelsministeriums, der für 1984 eine breitere Erholungsbasis voraussagt, zugleich aber die enormen Schäden, die aus den beiden jüngsten Rezessionen resultieren, offenlegt. So wachsen von insgesamt 194 untersuchten Unternehmensgruppen der Weiterverarbeitung in diesem Jahr zwar 168. Nur 60 oder 31 Prozent schaffen es jedoch, ihren Absatz über das zwischen 1972 und 1981 erreichte Niveau hinaus zu steigern.

Abwärts geht es in 24 amerikanischen Industriezweigen, wobei 18 auch 1983 und vorher Rückschläge hinnehmen mußten. Zu dieser Gruppe gehören die Bereiche Werften, Luft- und Raumfahrtausrüstungen, Schuhe und andere Lederartikel, Maschinen für die Papierindustrie, Trockner, Ventilatoren, Flugzeugmotoren, Gepäckstücke, Pappwaren und Molkereierzeugnisse. Auf der

SEITE 7:
Aussichten der deutschen Industrie

Problemliste stehen überdies Werkzeug- und Textilmaschinen sowie landwirtschaftliche Geräte und NE-Metalle. Als besonders kritisch wird die Lage in der Baumaschinenbranche angesehen, deren Verkäufe 1984 um 56 Prozent unter dem Stand von 1978 liegen werden.

Die Verwundbarkeit der amerikanischen Industrie unterstreichen diese zwei Beispiele:

Automobile: Inflationsbereinigt erhöhen sich die Umsätze in diesem Jahr um 11,1 Prozent, verglichen mit 33,2 Prozent 1983. Dennoch bleiben sie um 17,4 Prozent unter dem 78er Niveau. Einschließlich Importe steigen die Pkw-Verkäufe um etwa eine Million auf 10,2 Millionen Einheiten. Der Lkw-Absatz nimmt von 3,0 auf 3,4 Millionen Einheiten zu. Gegenüber 1982 ist der Gesamtumsatz von 13,6 (10,5) Millionen Fahrzeugen zwar eindrucksvoll; nicht so aber gegenüber 1978, als er 15,4 Millionen ausmachte.

Nach Angaben des zuständigen Experten im US-Handelsministerium, Robert Coleman, profitiert Detroit eindeutig vom Lieferbeschränkungsabkommen, das Washington Tokio abgerungen hat. Es limitiert die japanischen Exporte im letzten Vertragsjahr 1984/85 auf 1,8 (vorher: 1,68) Millionen Wagen. Wie Coleman sagte, dauert es bis zum Ende dieser Dekade, bis die amerikanische Autoindustrie mit der japanischen konkurrieren kann. Über dem gesamten internationalen Autohandel hängt also weiterhin die im Kongreß liegende „Content Bill", die für Import-Pkw US-Teile vorschreibt.

Stahl: Dieser Industriezweig wächst 1984 real um 19,4 (8,8) Prozent – schneller als die Automobilbranche nach längerer Durststrecke. Die Ablieferungen werden auf 72 (60,3) Millionen Tonnen veranschlagt, verglichen mit 100,3 Millionen Tonnen 1973. In der Branche werden Entlassene nicht wieder eingestellt, und seit 1945 sinken erstmals die Löhne. Begonnen hat ein langandauernder Fusions- und Schrumpfungsprozeß mit Abschottung nun gegenüber Lieferungen aus der Dritten Welt.

Um die protektionistischen Gefahren zu bannen, empfehlen Fox und Cooney diese Alternative: Der Westen muß sich auf fixe Währungsbandbreiten einigen, die durch Interventionen am Devisenmarkt verteidigt werden.

DER KOMMENTAR

Die Last

GERD BRÜGGEMANN

Der Arbeitsmarkt befindet sich offensichtlich weiter auf der Schattenseite der Konjunktur. Während sich in nahezu allen Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik die seit einigen Monaten spürbare Erholung fortsetzt und für 1984 beinahe übereinstimmend ansehnliche Zuwachsraten für das Sozialprodukt vorausgesagt werden, kommen vom Arbeitsmarkt unverändert betrübliche Signale. Im Dezember stiegen die Erwerbslosenzahlen noch einmal um 155 655 auf insgesamt 2,349 Millionen und damit den höchsten Dezemberbestand überhaupt.

Dennoch berichtete der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, über diese beklagenswerten Zahlen mit „optimistischer Grundstimmung", weil er darin „einige Elemente positiver Entwicklung" sieht. Ist das nun Selbsttäuschung, Augenwischerei oder gar Zynismus? Nichts von alledem.

Tatsächlich kann Stingl seine Art der Kommentierung recht gut damit begründen, daß die ständige Verschlechterung der Arbeitsmarktlage, von der die Jahre 1981 und 1982 gekennzeichnet waren, eindeutig zum Stillstand gekommen ist. Die Steigerungszahlen im Dezember sind erheblich geringer als in den entsprechenden Monaten der Vorjahre und ausschließlich jahreszeitlich bedingt. Die allgemeine Besserung der Wirtschaftslage wird insoweit auch am Arbeitsmarkt sichtbar. Sie reicht aber noch nicht aus, um schon ein fühlbares Absinken der Erwerbslosenzahlen zu bewirken.

Damit kann wohl auch in diesem Jahr, allen optimistischen Annahmen für die Gesamtwirtschaft zum Trotz, noch nicht gerechnet werden. Es muß schon als Erfolg angesehen werden, wenn sich die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt wie 1983 bei 2,25 Millionen hält, mithin viel zu hoch bleibt.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt und die Frage, wie eine Wende zum Besseren erreicht werden kann, werden weiter die wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussionen beherrschen. Leider besteht wenig Hoffnung, daß wirklich sachgerechte Lösungen gefunden oder auch nur gesucht werden, weil die Gewerkschaften sich beharrlich weigern, ihren Teil der Verantwortung für die Lage am Arbeitsmarkt zu übernehmen und den Zusammenhang von Lohnhöhe und Beschäftigung zu erkennen.

Syrien sucht politischen Spielraum

Reagan reagiert auf Signal aus Damaskus / Assad rüstet mit Moskaus Hilfe auf

SAD/DW. Washington/Jerusalem

Parallel zur Aufrüstung der eigenen Armee mit Rüstungsgütern aus Moskau unter Anleitung sowjetischer Militärberater versucht die Regierung in Damaskus durch Gesten gegenüber Washington die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten offenzuhalten. Auf diese Weise möchte sich Damaskus gegenüber Moskau einen größeren Handlungsspielraum bewahren. Daß Washington dieses politische Spiel Syriens zu akzeptieren scheint, beweist die Haltung von Präsident Reagan nach der Freilassung des bis dahin in Syrien gefangengehaltenen amerikanischen Marinefliegers Robert Goodman.

Ronald Reagan hat auf die Freilassung Goodmans umgehend reagiert. Er bot Damaskus eine Zusammenarbeit an, „um eine größere Stabilität in Libanon und den Rückzug der ausländischen Truppen" aus diesem Land zu erreichen. In einem Brief an den syrischen Staatspräsidenten Assad sprach sich Reagan für direkte Verhandlungen über eine Lösung des Libanon-Konfliktes aus.

Der Sprecher des Weißen Hauses, Speakes, sagte dazu, Reagan sei bereit, über den Rückzug der multinationalen Friedenstruppe aus Libanon

SEITE 5:
Reagans „Angebot"

ebenso wie den Abzug der syrischen und israelischen Streitkräfte aus diesem Land zu verhandeln. Darüber hinaus sprach sich der Präsident für einen „Aussöhnungsprozeß in Libanon mit dem Ziel einer Erweiterung der Regierung in Beirut unter Einschluß der mit Syrien verbündeten Truppen" aus.

Die Initiative Reagans folgte auf Beratungen mit dem amerikanischen Nahost-Sonderbeauftragten Donald Rumsfeld über die Zukunft des amerikanischen Libanon-Kontingents. Es seien „neue Ideen" für die Friedensdiplomatie sowie „neue militärische Optionen" besprochen worden, hieß es in Washington. Dabei sei auch eine „Neuentfaltung" der in Beirut stehenden 1400 Marineinfanteristen erwogen worden, die „im unwahrscheinlichen Extremfall" auf die vor der Küste kreuzenden US-Kriegsschiffe zurückgezogen werden können.

In Washington zeichnet sich immer deutlicher ab, daß die Mehrheit im Kongreß nicht länger bereit ist, die bisherige Libanon-Politik der Reagan-Administration zu unterstützen. Die Forderung, die Marines aus Beirut abzuziehen, gewinnt auf dem Capitol immer mehr Anhänger, obwohl der Kongreß noch im Oktober dem Präsidenten ausdrücklich freie Hand in Libanon gegeben hatte.

So sagte der Sprecher des Repräsentantenhauses, Thomas O'Neill,

▲ Fortsetzung Seite 6

Umbesetzungen in der Führung Bulgariens

DW. Sofia

Bulgarien hat eine Reihe von Veränderungen in seiner politischen Führung vorgenommen, die auf eine weitere Stärkung der Position von Staats- und Parteichef Todor Schiwkow hindeuten. Zwölf hohe Funktionäre wurden während einer eintägigen Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei von ihren bisherigen Ämtern abgelöst und mit anderen Aufgaben betraut. Zu den Betroffenen gehört der Vizepräsident des Staatsrates, Georgi Atanassow, der zum Kandidaten des Politbüros gewählt wurde.

Das ZK-Plenum behandelte nach offiziellen Angaben einen Bericht von Schiwkow zu Wirtschaftsfragen und, darauf wurde von der bulgarischen Nachrichtenagentur BTA ausdrücklich hingewiesen, „Fragen der Verbesserung der Führung". Unter anderem wurde die 85jährige Zola Dragojtschewa von ihren Aufgaben als Mitglied des Poitbüros entbunden. Sie hatte diesem Führungsgremium seit 1937 angehört.

Das Plenum wählte Jordan und Tschuddomir Allexandrow zu Mitgliedern des Politbüros der Kommunistischen Partei. Zu Kandidaten wurden außer Atanassow auch Grigor Stoitschkow, Stanisch Bonew und Dimiter Stojanow berufen. Emil Ohrlstow wurde Sekretär des ZK.

Alexandrow war bislang Sekretär im Zentralkomitee, früher leitete er die Parteiorganisation der bulgarischen Hauptstadt. Er wurde jetzt auch Erster stellvertretender Ministerpräsident mit dem Zuständigkeitsbereich für Wirtschaft.

Umfrage: Auch Grüne treten für Kernkraft ein

DW. Bonn

Die 1982 formulierte Forderung der Grünen, den Ausbau der Atomenergie „unter allen Umständen" zu verhindern, wird in dieser Kompromißlosigkeit selbst von Anhängern der Grünen abgelehnt: Jeder vierte Sympathisant der Grünen ist für Kernenergie, jeder dritte hält sie sogar für umweltfreundlich, ergab eine Umfrage des Sample-Instituts Mölln im Auftrag der Illustrierten „Bunte".

Insgesamt 52 Prozent aller Einwohner der Bundesrepublik Deutschland sind nach dem Resultat der Sample-Umfrage von der Umweltfreundlichkeit der Kernkraft überzeugt, 54 Prozent glauben, daß Atomkraftwerke unbedingt notwendig sind, um die Energieversorgung für die Zukunft sicherzustellen.

Die Meinungsforscher legten noch andere interessante Zahlen vor: Wenn durch Kernenergie die Umweltverschmutzung drastisch zurückginge, wären sogar 64 Prozent für Atomkraftwerke. Nicht weniger als 38 Prozent der Grünen stimmten dieser Aussage zu.

Für einen weiteren Ausbau der Nuklearenergie in der Bundesrepublik Deutschland plädierten bei der Befragung des Instituts insgesamt 46 Prozent. Fast einhellig (97 Prozent) vertreten die von den Meinungsforschern Befragten die Ansicht, daß für den Erhalt der Natur mehr als bisher getan werden muß.

Diese Zahlen wurden von dem Institut auf der Grundlage von 2000 Befragten in der Zeit vom 23. bis 30. November 1983 ermittelt.

Seite 2: Helgos Land

Stingl: Die Besserung hält an

Im Dezember 1983 waren fast 2 349 000 Personen arbeitslos / Koalition optimistisch

DW. Bonn

Die jüngsten Arbeitslosenzahlen lassen nach Einschätzung der Bonner Koalitionsparteien die Hoffnung zu, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahr wesentlich günstiger verlaufen wird als noch vor Monaten angenommen. Demgegenüber warnte die Opposition vor zuviel Optimismus. Vor allem die SPD befürchtet, daß der von den meisten Wirtschaftsinstituten erwartete Zuwachs des Bruttosozialproduktes kaum oder überhaupt nicht zu einer Verringerung der Erwerbslosenzahl führen wird.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, nannte für 1983 einen Jahresdurchschnitt von 2 258 200 Arbeitslosen. Das sind rund 425 000 oder 23 Prozent mehr als im Jahresmittel 1982. Stingl: Schon an der Zahl für Dezember 1983 lasse sich aber ablesen, daß die konjunkturelle Besserung anhalte. Im letzten Monat des vergangenen Jahres habe es einen ausschließlich auf jahreszeitliche Gründe zurückzuführenden Anstieg um 155 655 oder 7,1 Prozent auf 2 348 986 gegeben. Das sind 5,7 Prozent oder 127 634 Arbeitslose mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote lag damit bei 9,5 Prozent nach 8,8 Prozent im November 1983 und 9,1 Prozent vor einem Jahr.

Stingl wies darauf hin, daß die Zunahme vor einem Jahr noch rund neun Prozent gegenüber dem November 1982 und vor zwei Jahren sogar 14 Prozent betragen habe. Die jetzt errechnete prozentuale Steigerung sei die geringste seit 1948 in einem Dezember. Stingl sprach von einer „allmählichen Stabilisierung der Beschäftigungslage".

Eine positive Entwicklung ist nach Darstellung Stingls auch bei den arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr lag hier die Arbeitslosigkeit im Dezember mit 190 494 um 6,2 Prozent niedriger – gegenüber dem November 1983 jedoch um 4,4 Prozent höher. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen blieb mit neun Prozent im Vormonat (8,7 Prozent) unter dem Durchschnitt.

Der CDU-Abgeordnete Heimo George sagte unter Hinweis auf die neuen Zahlen aus Nürnberg voraus, „daß der Gipfelpunkt der Arbeitslosigkeit im Frühjahr 1984 überschritten werden dürfte". Allerdings müsse für Januar und Februar noch mit einem starken Anstieg der Erwerbslosenquote gerechnet werden. George und auch der FDP-Abgeordnete Kronenberg warnten vor „unüberlegten Forderungen" nach Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Dies würde die positive Grundstimmung auf dem Arbeitsmarkt negativ beeinflussen.

Die Sternstunde des Yves Montand

HEINZ WEISSENBERGER, Paris

Der Uhrzeiger war weit über Mitternacht hinausgerückt, und dennoch blieben 20 Millionen Franzosen gebannt vor dem Fernsehschirm sitzen. Zeugen der politischen Sternstunde des Mannes, der heute unbestritten Frankreichs Idol Nummer eins ist: Yves Montand.

Was Montand dem aufgewühlten Publikum bot, war die schärfste Verurteilung des sowjetischen Kommunismus und des Paktes zwischen französischen Sozialisten und Kommunisten, die seit Mai 1981 in Frankreich zu hören war. Kein Politiker hätte wagen können, so zu sprechen wie Yves Montand, den seine Mitbürger bei mehreren Umfragen zum Jahresende zum „beliebtesten" Franzosen erklärt hatten. Für die sozialistisch-kommunistische Koalition in Paris war der zweistündige Dialog zwischen Montand und den Fernsehzuschauern – die per Telefon Fragen an ihn durchgeben konnten – eine um so unbarmherzigere Ohrfeige, als vor wenigen Tagen noch 55 Prozent der Franzosen gesagt hatten, die Äußerungen von Montand hätten für sie mehr Gewicht als alles, was die Berufspolitiker von sich gäben.

Die Augen seien ihm aufgegangen, erzählte Montand, der in seiner Jugend aus „Familientradition" Kommunist wurde, als er 1956 von dem sowjetischen Einmarsch in Budapest erfahren habe. „Was in Ungarn geschah, war ein Massaker, ein Blutbad." Trotzdem sei er bald danach zu einer Tournee nach Moskau gefahren, wo er im Kreml Ehrengast von Chruschtschow war. „Bei dem Essen, bei dem die sechs höchsten Sowjetchefs anwesend waren, wichen die Höflichkeiten bald einer erbitterten Diskussion, die beinahe zu Gewalttätigkeiten führte", enthüllte Montand.

Das einzige Lob, das Montand für Präsident Mitterrand bereithielt, war für dessen „mutiges" Auftreten gegen die sowjetischen SS-20-Raketen. Doch, so Montand, „was sollen die Bergleute in Oberschlesien, die Werftarbeiter in Danzig denken, wenn sie Fotos von dem sozialistischen Parteikongreß in Bourg-en-Bresse sehen, auf dem die sozialistischen Parteiführer ihren kommunistischen Alliierten die Hand schüttelten?"

Unter den Anrufen mehrten sich gegen Ende der Sendung diejenigen, die Montand aufforderten, wie Ronald Reagan das Filmen aufzugeben und in die Politik zu gehen. (SAD)

Gewerkschaften streiten über Streik bei Talbot

Sozialistische CFDT will sich bei Arbeitern profilieren

JOCHEN LEIBEL, Paris

Die „Talbot"-Affäre, bei der es um die Entlassung von 1900 Automobil-Arbeitern geht, hat zu einem tiefen Riß zwischen den linken französischen Gewerkschaften CGT und CFDT geführt. Mitglieder der kommunistischen CGT und Kollegen von der sozialistischen CFDT schlugen während einer Demonstration im Pariser Vorort Poissy wild aufeinander ein.

Bis vor kurzem herrschte zwischen kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaftern noch eitel Sonnenschein. Denn die Regierung unter dem sozialistischen Premier Mauroy stand immer treu auf seiten der Gewerkschafter und verlangte von den Arbeitgebern bedingungsloses Nachgeben. Vor einigen Monaten aber geriet die Regierung in eine Zwickmühle. Bei Talbot stand die Lage so schlecht, daß es nur noch zwei Möglichkeiten gab: „Gesundschrumpfen" zu erlauben oder aber das Werk zu schließen.

Die kommunistische CGT stimmte den geplanten Entlassungen zu, die sozialistische CFDT rief zum Streik auf. Hinter diesen kontroversen Haltungen stehen allerdings keineswegs sozialpolitische Überlegungen, es geht einzig und allein um einen gewerkschaftlichen Machtkampf. Indiz dafür ist der Streikaufruf der sozialistischen CFDT, die seit Amtsantritt des sozialistischen Staatspräsidenten Mitterrand stark an Bedeutung verloren hatte. Sie galt als zu regierungstreu und verlor bei Betriebswahlen ständig an Stimmen.

Im Talbot-Konflikt nahmen die CFDTler deshalb eine harte Haltung ein. Die kommunistische CGT dagegen stimmte den Entlassungen zu, weil diese zur Modernisierung der französischen Industrie gehörten.

Die Talbot-Arbeiter verstanden von diesen gewerkschaftspolitischen Überlegungen kein Wort. Mehrere CGT-Sprecher wurden niedergeschrien. Dann kam es zu einem Megaphon-Zweikampf zwischen kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaftern. Schließlich gerieten sich die Kontrahenten in die Haare. Zehn Verletzte mußten in die firmeneigene Krankenstation gebracht werden. (SAD)

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Helgos Land

Von Enno v. Loewenstern

Umfragen sind immer gut, solange wir keine Volksabstimmungen haben, wie die Grünen sie neuerdings propagieren. Wenn einer nun etwa folgende Umfrage veranstalten würde: Was ist Helgo Bran? 1) ein Leuchtturm vor einer Nordseeinsel; 2) ein Nährmittel für die frühe Jugend; 3) ein deutscher Politiker – wer weiß, ob eine Mehrheit des deutschen Volkes darauf käme, daß die dritte Antwort die richtige ist. Vor allem: Wer weiß, ob eine Mehrheit der Grünen die richtige Antwort wüßte.

Dabei war Helgo Bran noch vor kurzem in der Grünen-Bewegung aktiv – bis ihn die Partei davonjagte. Er hatte das finsterste aller Sakrilegien begangen, als er sagte, wenn die Atomkraftwerke tatsächlich umweltfreundlicher seien als die Kohlekraftwerke, dann sollte man vielleicht doch für sie eintreten. Wahrscheinlich verdankt Bran es nur dem Artikel 102 des Grundgesetzes und nicht der Sorge vor Schwefeldioxid-Emissionen, daß er nicht auf dem Scheiterhaufen endete.

Jetzt aber hat eine Sample-Umfrage nicht nur ergeben, daß mehr als die Hälfte der Menschen in der Bundesrepublik *meint, Atomkraftwerke seien erstens umweltfreundlich* und zweitens für die Energieversorgung der Zukunft unbedingt notwendig. Sondern es stellte sich dabei auch heraus, daß jeder dritte Grünen-Anhänger sie für umweltfreundlich hält. So ändern sich die Zeiten, oder die Ängste, oder die Moden – auch wenn man das in gewissen Gegenden nur spät(h) oder nie erkennt, weil es so viel bequemer ist, sich in jüngste Energiebilanzen zu flüchten und so zu tun, als brauche man die Kernenergie jetzt nicht mehr und demnach überhaupt nicht mehr. Dabei kann man auch die gigantischen Kosten der Luftreinhaltung und das Waldsterben bequem außer acht lassen.

Die Ängste ändern sich, und das ist die ewig neue tröstliche Botschaft der Politik. Abraham Lincoln sagte einmal, man könne einen Teil der Menschen immer und alle Menschen zeitweise für dumm verkaufen, aber man könne nicht alle Menschen immer für dumm verkaufen. Dabei wußte er noch nichts von Atomspaltung. Aber er wußte alles über Haarspaltereien.

Affären in Frankreich

Von Joachim Schaufuß

Seit 18 Monaten weiß die sozialistische Regierung in Frankreich, daß der im staatlichen Mehrheitsbesitz befindliche Petroleumkonzern Elf-ERAP zwischen 1976 und 1979 für die Suche nach Erdölvorkommen durch „Schnüffelflugzeuge" eine halbe Milliarde Franc netto erfolglos investiert hat. Am gesamten Explorationsbudget des Konzerns gemessen, hält sich diese Fehlinvestition freilich in Grenzen. Auch andere internationale Petroleumkonzerne setzen ihre Versuchsbohrungen oft in den Sand.

Nun scheint zwar erwiesen zu sein, daß die französische Konzernverwaltung – auch Staatslenkung schützt vor Torheit nicht – einem Betrug zum Opfer gefallen ist. Damit hätten sich aber schon längst die Gerichte befassen können, und zwar *sowohl was die (ausländischen) Erfinder als auch was die Elf*-Verwaltung selbst betrifft. Aber die Regierung wollte wohl den geeigneten Zeitpunkt dafür abwarten, um den Fall zur politischen Affäre zu erheben. Es geht ihr dabei vor allem um den früheren Staatspräsidenten Giscard d'Estaing, dem Vertuschungsmanöver vorgeworfen werden.

Hier drängt sich ein Vergleich mit der Paribas-Affäre auf. Dort wird seit Anfang Dezember Pierre Moussa, dem ehemaligen Präsidenten der inzwischen verstaatlichten Finanzgruppe Paribas, vor der Pariser Strafkammer der Prozeß wegen Duldung illegaler, zu Giscards Zeiten erfolgter Devisentransaktionen von Paribas-Kunden gemacht. So etwas soll allerdings auch bei anderen Banken vorgekommen sein, ohne daß deren Präsidenten angeklagt wurden. Allerdings hatte Moussa unter Mitterrand die schweizerische Paribas-Tochter in unbestritten legaler Weise der Nationalisierung entzogen.

So erhebt sich die Frage, ob es den Sozialisten mit diesen Hexenaustreibungen nicht vor allem darauf ankommt, das Interesse der breiten Öffentlichkeit von den Konsequenzen ihrer eigenen Fehler abzulenken, die gerade jetzt in Erscheinung treten. Dazu gehört die nach der Volksbeglückungspolitik notwendig gewordene Austerity-Kur ebenso wie der schwere Sozialkonflikt bei Talbot, der in erster Linie eine Folge der aus beschäftigungspolitischen Gründen immer wieder vertagten industriellen Mutation ist.

Schmerzliche taz-Sachen

Von Leonid Hoerschelmann

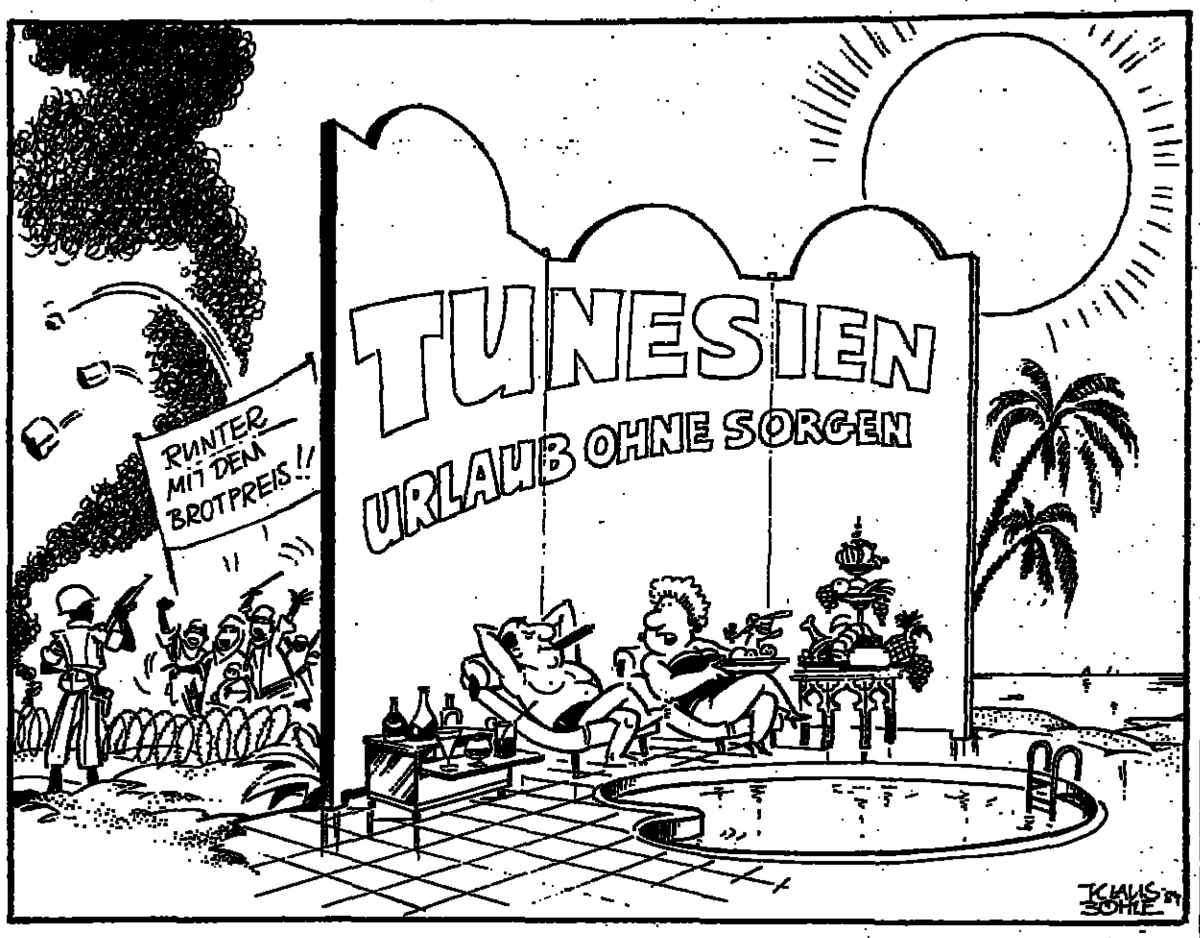
Die „Tageszeitung", abgekürzt taz, sozusagen das rotgrüne Gesinnungsblatt der Republik, ist nach eigener Bekundung in großen Nöten. Eine ihm zunächst vom Berliner Wirtschaftsenator eingeräumte steuerliche Vergünstigung wird vom Finanzamt nicht anerkannt. Nun muß nachgezahlt und auch künftig erheblich mehr an Stiefvater Staat abgeführt werden. Und das gerade jetzt, wo trotz freiwilliger Gehaltskürzungen Entlassungen drohen und in der Redaktion die Unzufriedenheit umgeht.

Natürlich kommt einem da flugs der Name eines großen Industriekonzerns in den Sinn, der – wie auch die taz stets voll Empörung forderte – in ähnlicher Lage tausendmal mehr nachzahlen muß als die kritisierende Zeitung. Da meldet sich Schadenfreude.

Doch man sollte sie unterdrücken. Man sollte sogar dafür plädieren, den steuerlichen Nachlaß zu gewähren, falls das rechtlich vertretbar ist.

Nicht etwa, weil die Kollegen der taz in der Regel ehrlicher und häufig witziger waren und sind als manche linke Porsche-Fahrer in den Funk- und Fernsehanstalten. Nein, weil die taz für ihre Leser in der links-alternativen Szene zur Zeit eine Lehrstunde in Realität veranstaltet, wie sie wirkungsvoller kaum denkbar ist. Und es muß doch Steuerbefreiung für Lehrmittel geben!

Anarchie und Egalité, Herr Nachbar, sind – ganz im Gegensatz zu den schön gereimten Aufklebern – eben doch nicht machbar, selbst innerhalb einer politisch homogenen Gruppe nicht. Und auch gekürzte Solidargehälter und der Verzicht auf einen Betriebsrat können die schmerzliche Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß am Monats- und Jahresende die Ausgaben nicht höher sein dürfen als die Einnahmen, die bei einer *Zeitung nur von den Lesern oder von den Anzeigenkunden zu* erwarten sind. Tausende großer und kleiner Unternehmen erfahren dies auch. Mancher wackere taz-Leser, der die 35-Stunden-Woche als Mittel der Arbeitsbeschaffung anpreist, lernt jetzt endlich, was es mit diesen Betriebskostenrechnungen auf sich hat.



„Wenn sie kein Brot haben, warum essen sie nicht Kuchen?" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Wie man entwickeln hilft

Von Heinz-Dietrich Ortlieb

Seitdem vor etwa zwanzig Jahren Hals über Kopf der Entkolonia*lisierungsprozeß im Namen* der „Mitbestimmung der Völker" in Gang gekommen ist, zeigen alle einschlägigen Konferenzen und Kommissionsberichte, wie hoffnungslos verfahren die internationale Diskussion um die Anglei*chung des Wohlstandsgefälles zwi*schen Nord und Süd ist.

Selbst wenn sich die Vorstellungen realisieren ließen, die der auch heute noch nicht ad acta gelegte Bericht der Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt über eine Verknüpfung von Abrüstung und Entwicklungshilfe hegte, und wenn auf diese Weise die Industrieländer die maßlosen Forderungen der Entwicklungsländer erfüllen könnten, bliebe immer noch die Frage, welche Entwicklungseffekte damit verbunden wären. Fänden so große Kapitalhilfen in den Empfängerländern ohne weiteres die Menschen, die damit etwas Produktives anzufangen wüßten? Und würden die forcierten Veränderungen von Umwelt und Lebensverhältnissen *nicht allzu* viele Menschen aus dem mentalen Gleichgewicht bringen? Nicht nur Iran hat ein warnendes Beispiel geliefert. Der Fall Nigerias zeigt, daß diese Gefahr mindestens ebensosehr für Schwarzafrika gilt, dessen Bevölkerung abendländischer Mentalität noch ferner steht als der Vordere Orient. Das Schicksal Afrikas aber sollte gerade uns in Westeuropa besonders am Herzen liegen.

Dieser irrealistische Trend im Nord-Süd-Konflikt ergibt sich aus der heute weltweit vorherrschenden Meinung, nach der die Maximierung von Freiheit und Gleichheit unter Menschen und Völkern etwas schlechthin Gutes sei. Darauf paßt dann die Kurzschlußformel: Von aller Herrschaft befreit, wird jeder Mensch und jedes Volk sich am vollkommensten selbst verwirklichen.

Was die emanzipatorische Polemik unbeachtet läßt, ist, daß Befreiungsbewegungen, ob sie nun sozialer, nationaler oder rassistischer Herkunft sind, nicht alle frei und gleich machen, sondern zunächst nur zu einem Herrschaftswechsel führen. Wie alle Revolutionen war daher auch die Dekolonisation der Entwicklungsländer zunächst lediglich ein Machtwechsel, der offenließ, wer von den „Befreiten" Nutznießer oder Benachteiligter sein würde.

Trotz ihres Irrealismus durchdringt die anarchistische Ideologie besonders bei *uns in Westdeutsch*land weitgehend das öffentliche Bewußtsein und hat gerade beim politischen Establishment zunehmend Anpasser gefunden, die zwar privat einen sachlichen oder zynischen Realismus erkennen lassen, *aber ex cathedra der egalitären Re*ligion stets ihre Reverenz erweisen. Für die Weltpolitik des Westens hat diese Haltung ihre besondere Problematik. Hier glaubt man, daraus auch praktisch die Konsequenzen ziehen zu müssen. Dagegen begnügen sich die übrigen Regierungen meist mit der egalitären Verkündung. So entstand weltweit eine Atmosphäre, die es dem Westen unmöglich machte, realistisch über Sinn, Zweckmäßigkeit und Erfolgsbedingungen der Entwicklungshilfe zu sprechen. Statt dessen wurden von emsigen Gleichheitsideologen Erklärungen erfunden, weshalb bei den Entwicklungsländern selbst keinerlei Ursachen für die Entwicklungshemmungen zu finden seien, während unsere politischen Pragmatiker in immer neuen Eiertänzen die eigenen Interessen mit dem Gleichheitsglauben unter einen Hut zu bringen versuchen.

Damit wird aber ein entscheidendes menschliches Entwicklungsgesetz außer acht gelassen, daß nämlich der Abbau paternalistischer Bevormundung dem Emanzipierten nur hilft, wenn die letzte Phase der Herrschaft mit Erfolg für die

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb ist emeritierter Ordinarius für Volkswirtschaft in Hamburg und leitete jahrelang das dortige Weltwirtschaftsarchiv FOTO: KLAUS ABS

Vorbereitung auf eine selbständige Existenz verwendet worden ist. *Dieses Gesetz gilt gleichermaßen* für die Emanzipation einzelner Menschen, sozialer Gruppen und ganzer Völker. Für den geistig-moralischen Zustand des Westens ist es symptomatisch, daß wir mehr oder weniger auf allen drei Ebenen *gegen dieses Entwicklungsgesetz* verstoßen. So wie bei uns in der Familie die Eltern ihre Kinder allzusehr sich selbst überlassen, fühlen sich unsere Regierungen unter dem Einfluß intellektueller Bewußtseinsbildner auch in der Ge*sellschaft zu immer mehr Demo*kratie verpflichtet und perfektionieren immer mehr soziale Sicherheit, ohne in der Erziehung, Bildung und Information der Staatsbürger dafür zu sorgen, daß es zu möglichst wenig Mißbrauch der *Freiheitsrechte kommt.*

Den gleichen Stil finden wir auch bei der Entkolonialisierungspolitik und Entwicklungshilfe des Westens. Hier wird geflissentlich übergangen, daß das zentrale Entwicklungsproblem darin besteht, den ökonomisch-technischen Wachstums- und den mentalitätsmäßigen Anpassungsprozeß im Gleichgewicht vonstatten gehen zu lassen, und daß, wo dieser Anpassungsprozeß allzusehr zurück*bleibt, Entwicklungshilfe um so* weniger nutzt, je größer sie ist.

Unser Laster liegt darin, daß wir in unseren eigenen Familien, im eigenen Lande und gegenüber den Entwicklungsländern gleichermaßen zu verheimlichen suchen, weshalb Freiheit Bereitschaft und Fähigkeit zu Selbstverantwortung und eigenem Risiko verlangt. Und daß erfolgreiche humanitäre Praxis voraussetzt, die Verschiedenartigkeit der Menschen und Völker zu erfassen und ihr in der Politik zu entsprechen.

Die teilweise katastrophale Verschuldung der Entwicklungsländer, die heute zu einer weltweiten Finanzkrise geführt hat, war somit vorprogrammiert. Sie ist weder durch eine *Umschuldung* noch durch einen Schuldenerlaß allein dauerhaft zu bereinigen. Ob aber die westlichen Kreditgeber auch in der Lage sind, ihr entwicklungspolitisches Konzept in der erforderlichen Weise zu ändern, ist mehr als zweifelhaft. Sie müßten über den Schatten ihres Zeitgeistes springen.

IM GESPRÄCH Gudrun Landgrebe

Annas Mutter – oder mehr?

Von Margarete v. Schwarzkopf

Da sind sich Deutschlands Kinobesucher ausnahmsweise einmal einig gewesen: Diese Gudrun Landgrebe, Hauptdarstellerin in Robert van Ackerens Film „Die flambierte Frau", ist schon ein tolles Weib. Den gewaltigen Erfolg verdankt van Akkerens bösartige Gesellschaftssatire, die mehr als eine Million Zuschauer seit ihrem Start im Frühsommer in die Kinos lockte, vor allem der Attraktivität und auch dem darstellerischen Format der Landgrebe.

So wurde, fast als sei es ein Stück aus Hollywood, über Nacht aus einer relativ unbekannten Bühnen- und Fernsehschauspielerin ein Star. Und so etwas ist rar bei uns in Deutschland. Das weiß auch Gudrun Landgrebe, die in letzter Zeit *immer* wieder zu hören bekommt, sie sei eine zweite Romy Schneider. Sie wäre sicherlich lieber die erste Landgrebe als die zweite Schneider, aber das kann sich ja noch ändern. Immerhin dreht sie derzeit unter der Regie des *ungarischen Regisseurs Istvan Szabo* in Ungarn neben Klaus Maria Brandauer in einem historischen Film über den Oberst Redl die weibliche Hauptrolle. Und Szabo hat schon aus Brandauer durch den Mephisto einen internationalen Star gemacht. Da darf Gudrun Landgrebe durchaus auf ähnliche Lorbeeren hoffen.

Lorbeeren, wenn auch reichlich fragwürdige, wird die Aktrice aus dem Ruhrgebiet sicherlich auch mit „Annas Mutter" ernten, wenngleich eher dank der Vorgeschichte. Regie bei diesem Drama über das Schicksal der Marianne Bachmeier, das in den letzten Jahren von den Medien reichlich ausgeschlachtet wurde, führte Burkhard Driest.

Was aber hat eine Schauspielerin, wie Gudrun Landgrebe, dazu bewogen, ausgerechnet in einem Film mitzuspielen, der ungeniert auf die Sensationslust spekuliert? Frau Landgrebes Antwort darauf lautet: „Weil



Spielt immer nur sich selber: Gudrun Landgrebe FOTO: DPA

mich Driests Drehbuch total fasziniert hat. Driest zeichnete eine Frauenfigur, die sehr lebenstüchtig ist – eine Frau mit Wünschen, Sehnsüchten und Verzweiflung, die mir nicht fremd sind." Und weil sie immer nur sich *selber spiele, habe sie Driests* Angebot gerne angenommen.

Daß gleichzeitig eine weitere Variante der Bachmeier-Story in unseren Kinos anläuft, stört Gudrun Landgrebe nicht. Sie hat ein gesundes Selbstvertrauen und einen unerschütterlichen Glauben an Driests Fähigkeiten als Regisseur. Und sie wollte, sagt sie, dem Klischee der „Flambierten Frau" endlich entkommen. Sie hasse nämlich alle Klischees und liebe „brüchige Rollen", die sie dazu zwängen, sich selber bis ins tiefste Innere ihrer Seele auszuloten. Die Zeit der jungen Mädchen, so Gudrun Landgrebe, sei im Kino und im Theater glücklicherweise vorüber. Ob sie mit der Rolle der Marianne Bachmeier nicht ihren eigenen Erfolg aufhält, bleibt die Frage. Sterne können, das lehrt die Filmgeschichte, genausoschnell wieder erlöschen wie sie am dämmrigen Kinohimmel je aufgeglüht sind.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The Washington Post

Zur Reise des Geistlichen Jesse Jackson nach Syrien und der von ihm erreichten Freilassung des Fliegers Goodman aus syrischer Gefangenschaft heißt es hier:

An der Spitze eines Aufmarsches von Lobspendern hat Präsident Reagan erklärt: „Man kann Erfolg nicht tadeln." Wir sind anderer Meinung. Es ist notwendig, zwischen einem glücklichen Ergebnis der Mission Jacksons – der Freilassung Leutnant Goodmans – und der Tatsache dieser Mission selbst zu unterscheiden. Es war mutwillig, ja sogar unverantwortlich, daß Jackson die Reise überhaupt unternommen hat. Das Problem ist nicht, daß Jackson seinen Kampf um die Präsidentschaftskandidatur nach Damaskus getragen hat. Eine Menge Politiker, darunter Amtsinhaber, haben sich mit ihrem Wahlkampf auf internationale Straßen begeben. Sein Fehler war, daß er es riskierte, das Schicksal des Leut*nants Goodman noch zu komplizie*ren und gleichzeitig die amerikanische Außenpolitik in eine Klemme zu bringen ... Was immer auch seine Beweggründe gewesen sein mögen, Jackson hat sich auf eine heikle außenpolitische Verhandlung eingelas*sen, deren Ecken und Winkel ihm* unmöglich voll vertraut sein konnten. Er gab sich nicht damit zufrieden, am Rande zu bleiben und Kritik zu üben, wie das für einen politischen Kandidaten wie für jeden Bürger fair und notwendig ist ... Ungeachtet des unmittelbaren *Ergebnisses* war das der falsche Schritt.

LIBERATION

Die französische Zeitung fragt nach den Beweggründen, die Tunesiens Premierminister Mzali zur Brotpreiserhöhung veranlaßt haben:

Warum ist Mohamed Mzali in voller Kenntnis der Dinge die Gefahr der „Brotrevolte" eingegangen? Er wußte sehr genau, daß dieselben Ursachen dieselben Wirkungen in Kairo und Casablanca hervorgerufen haben. Auf jeden Fall hatte der Premierminister Vorsorge getroffen, als er kurz vor dem verhängnisvollen Tag der Preiserhöhungen eine Ausweitung der Demokratisierung erreichte, die in den letzten Jahren nur zögernd in Angriff genommen worden war. Hoffte Mzali vielleicht die Opposition für seine Politik zu gewinnen, indem er ihr etwas mehr Demokratie bot, um dafür den sozialen Frieden zu erhalten? Er hat jedoch nur erreicht, daß die jetzt zugelassenen Parteien zwar die Machthaber nachhaltig verurteilten, aber nicht zu den Aufständischen überliefen.

LE MATIN

Zur weiteren Entwicklung der Affäre um die sogenannten „Schnüffelflugzeuge" bemerkt das Pariser Blatt:

Wird die Affäre um die „Schnüffelflugzeuge" Zwietracht in der Opposition säen? Raymond Barre hat zwar in Le Monde Pierre Mauroy „Verantwortungslosigkeit" vorgeworfen, gleichzeitig aber auch die Urheberschaft für die ganze Geschichte Valery Giscard d'Estaing zugeschoben und der (gaullistischen) RPR unterstellt, ihr komme die ihm von der Regierung gestellte Falle nicht ungelegen. Außerdem sprach er von einem sozialistischen „Destabilisierungsunternehmen" gegen ihn. Zumindest die RPR zieht doppelten Gewinn: Sie läuft nicht Gefahr, als Komplize der Regierung dazustehen, und leistet sich gleichzeitig den Luxus, als große und großzügige Sammlerin aufzutreten. Und wie die Giscardianer lehnen auch die Chiraquisten die offene Polemik mit Raymond Barre ab – im Namen der „unerläßlichen Einheit der Opposition". Trotzdem wurde ein neuer Zankapfel geschaffen.

In El Salvador geht wieder einmal eine Pause zu Ende

Eine Brückensprengung als lehrreiches Signal / Von Günter Friedländer

„Prost Neujahr!" erschollen die Stimmen der Rebellen aus den Lautsprechern, als Teile des stählernen Hängewerks und große Zementklumpen der 530 Meter langen, neunzig Kilometer östlich der Hauptstadt San Salvador gelegenen Cuscatlan-Brücke mit höllischem Lärm in den Lempa-Fluß stürzten. Mit revolutionärem Humor grüßte die „Front der nationalen Befreiung Farabundo Marti" die Erfüllung ihres Versprechens, das neue Jahr mit einer größeren Offensive zu begehen. Sie hatte das alte Jahr zwei Tage früher mit einem Angriff auf das Hauptquartier der 4. Brigade in El Paraiso verabschiedet, der hundert Menschenleben kostete. Schon 1981 hatten die Rebellen die weiter südlich gelegene „Goldene Brücke" über den Lempa gesprengt, über den nun nur noch die Brücke des nahe gelegenen Staudamms eines Elektrizitätswerkes führt.

Die Brücke trägt den Namen der zentralen salvadorianischen Provinz Cuscatlan, indianisch: „Land der Kostbarkeiten". Über ihre wirtschaftliche Bedeutung als Verbindung zwischen dem Westen und dem Osten El Salvadors hinaus ist sie ein wichtiges Bindeglied des fast vollendeten 26 000 Kilometer langen panamerikanischen Straßennetzes, das Nord-, Mittel- und Südamerika verbindet. Das macht sie zu einem Symbol panamerikanischer Ideale und Solidarität.

Der neue Angriff – die „Siege" der kommunistischen Rebellen werden meist gegen die Infrastruktur errungen, um Hunger und Unzufriedenheit herbeizuführen – soll Fidel Castros etwa gleichzeitig abgegebene Versicherung glaubwürdig machen, daß die USA die mittelamerikanische Revolution nicht unterdrücken können und sich an den Gedanken gewöhnen müßten, mit dem Kommunismus in ihrem Hinterhof zu leben. Aber das ist in diesem Augenblick nicht einmal das Problem der Amerikaner, die in den Wochen seit dem Überfall auf die in Libanon stationierten Truppen ein Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber dem internationalen Terrorismus bedrängt. Sie fühlen sich, wie Reagan es ausdrückt, nicht für diese neue Art der Kriegführung vorbereitet; manche fürchten sogar, daß sie auf die USA übergreifen könnte. Mysteriöse Barrikaden wachsen um öffentliche Gebäude aus dem Boden, nachdem eine Bombe im Senat explodierte. Gleichzeitig werden nicht nur aus dem liberalen Lager *kaum mehr überhörbare Stimmen* laut, die Marines aus Libanon heimzubringen.

Die Terroristen, die sich in Mittelamerika unter den Namen verschiedener Befreiungsfronten etablierten, haben ihre eigene Version des Domino-Effekts geschaffen. Währenddessen beschäftigen sich die Stone-Mission, das Kissinger-Komitee und die Contadora-Gruppe mit dem Ruf der Rebellen nach einem „Dialog" und jagen einer politische Lösung des salvadorianischen Bürgerkrieges nach, an der die Rebellen nur interessiert sind, wenn sie – aus meist klimatischen Gründen – eine Kampfpause einlegen müssen.

Wie so oft scheint die Demokratie verletzlicher als ihre Gegner zu sein. Jesse Jackson kann in Syrien ohne jegliche Aktivlegitimation die Bemühungen der nordamerikanischen Diplomatie durchkreuzen. Wieviel mehr müssen sich da Leute in der Heimat berechtigt fühlen, mit ihrer Weisheit zur Mittelamerikapolitik Stellung zu nehmen. Der letzte Beitrag wurde soeben vom Institut interamerikanischer Studien (IIAS) in einem siebzig Seiten langen Dokument mit sechsundfünfzig Empfehlungen an dreitausend Politiker in Schlüsselpositionen verteilt. Reagans Regierung, so heißt es da, verstehe die Entwicklung in Lateinamerika nur als Teil der Konfrontation der Supermächte. Die Studie des IIAS möchte statt dessen „eine langfristige Verpflichtung der USA für die politische Unabhängigkeit, die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Menschenrechte in diesem Raum" sehen. Daß es das alles nicht gibt, wo die Sowjetunion ihre Hände im Spiel hat, beweisen in diesem Raum seit 25 Jahren Kuba und neuerdings Nicaragua, seit die Comandantes die sandinistische Revolution gestohlen haben. Ähnlich kindliche Vorstellungen wie die IIAS entwickelten in Bonn die SPD-Politiker Holtz und Schluckebier, die sich darüber beschwerten, daß die Bonner Entwicklungspolitik eine Ost-West-Schablone einhalte und beispielsweise Nicaragua die Gelder streiche. In Wahrheit gibt es nur eine sinnvolle Form für die von der IIAS *gewünschte* „langfristige Verpflichtung": der Sowjetunion auch in Mittelamerika entgegenzutreten.

Während Gäste aus dem Westen in Nicaragua die Rolle nützlicher Kaffeepflücker spielen, machen sie die Hände anderer Arbeiter frei, die Revolution in El Salvador, Costa Rica und Guatemala anzufachen. Mit der Zerstörung der Brücke über den Lempa wird auch eine Brücke möglicher Verständigung zwischen Ost und West eingerissen. Man wagt nicht zu fragen, was die Kaffeepflücker sagen würden, wenn solche Anschläge in Polen begangen würden. Aber das Wesen demokratischen Protests ist eben, daß er wirklich gewaltlos ist.

WIE WAR DAS?

Die Bonner Initiativen gegen ABC-Waffen

Von RÜDIGER MONIAC

Seit dreißig Jahren hält die Bundesrepublik konsequent den deutschen Verzicht auf ABC-Waffen ein. Dies ist ein Betrag zur Rüstungsbegrenzung, wie er im Vergleich zu Staaten ähnlicher Größenordnung beinahe einmalig ist. Daran erinnert sich, wer in diesen Tagen voller Erwartung auf die am 17. Januar in Stockholm beginnende neue Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) blickt. Bonn geht auch in dieses Treffen mit dem Willen, der Sicherheit „mit immer weniger Waffen", wie Kanzler Kohl nicht müde wird zu erklären, zum Durchbruch zu verhelfen.

Kohls „politischer Großvater", der erste Kanzler der Bonner Republik, Konrad Adenauer, war es, der 1954 in Schreiben an die Regierungen der drei westlichen Siegermächte den Verzicht auf die Herstellung und den Besitz atomarer, biologischer und chemischer Waffen erklärte. Dies geschah im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Pariser Verträge (später Deutschlandvertrag genannt), die das Besatzungsregime der drei Mächte beendeten und der Bundesrepublik, wie es im Artikel 1, Absatz 2 heißt, „die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und *äußeren Angelegenheiten*" gaben.

Der Verzicht auf deutsche ABC-Waffen allerdings war nur möglich, weil die von Besatzern zu Verbündeten gewordenen Staaten Frankreich, Großbritannien und vor allem die USA sich zur „Beschirmung" der Bundesrepublik mit Atom- und auch chemischen Waffen bereitfanden. Dieser Schutz war damals und ist auch heute noch nötig gegenüber einer Sowjetunion, deren Waffenpotential besonders auch bei der nuklearen wie chemischen Rüstung bislang wenig Tendenz zur Verringerung zeigt, ganz im Gegenteil.

Alle Bundesregierungen haben seitdem mit großer Energie versucht, auf dem Feld der Abrüstung zu allgemeinen und umfassend geltenden internationalen Vereinbarungen und Verträgen beizutragen. Besonders ragten dabei die Bonner Bemühungen zur Beschränkung der Kernwaffenrüstung voraus: 1964 ratifizierte die Bundesrepublik den Vertrag, der sämtliche Kernexplosionen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser verbietet, 1974 den Vertrag über das Verbot der Weiterverbreitung von Kernwaffen, der gleichzeitig die Atommächte zu Verhandlungen über die nukleare Abrüstung verpflichtet, und 1972 schließlich den Vertrag, der die Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen ächtet.

Ebenso energisch kümmerten sich die Bonner Regierungen auch um die Abrüstung bei den biologischen und chemischen Waffen. 1982 ratifizierte der Bundestag das Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung von biologischen und Toxin-Waffen. Bei den chemischen Waffen kann Bonn für sich in Anspruch nehmen, ein Vorreiter zu deren Verbot zu sein. Für Fachleute ist klar, daß ein derartiges Verbot letztlich nur wirklich durchzusetzen ist, wenn es an Ort und Stelle überprüft wird. So hat die Bundesregierung unter Federführung ihres Abrüstungsbeauftragten, Botschafter Friedrich Ruth, schon 1979 ein internationales Seminar über die Verbotsüberprüfung (Verifikation) bei C-Waffen veranstaltet.



Termine, Termine – und der Fahrer muß eilen: Bundesaußenminister Genscher mit Dienstwagen
FOTO: JUPP DARCHINGER

Wenn der Streß der Politiker zum Streß ihrer Fahrer wird

Politiker haben es eilig, die Terminkalender sind voll. Die Fahrer ihrer Dienstwagen bekommen dies zu spüren. Es gibt Gründe für Sonderrechte der Politiker auf den Straßen, doch es gibt auch eine rechtliche Grauzone. Wenn es einmal bumst, zahlt der Fahrer die Zeche.

Von PETER PHILIPPS und STEFAN HEYDECK

Ich bitte Sie, mich jetzt zu entlassen, damit ich pünktlich zur nächsten Veranstaltung kommen kann. Denn auch Sie sehen es zu Recht nicht gerne, wenn Minister mit ihren schweren Limousinen über Land rasen", sagte ein Bonner Regierungsmitglied am Ende einer Kundgebung. Sprach's, schwang sich in seinen dunklen Dienst-Mercedes – und raste mit seinem Begleitkommando los. Geschwindigkeitsbegrenzungen wurden ignoriert. Überholverbote existierten nicht. Vorfahrt für das Minister-Auto erzwang der begleitende Sicherheitswagen notfalls mit Blaulicht.

Dies ist keine ungewöhnliche Situation, wenn gestreßte Bonner Polit-Prominenz im Einsatz ist. Bei der Jagd zu Terminen gibt es keine Parteiunterschiede. Nur dem Können der in Sonderkursen ausgebildeten Fahrer verdanken es Politiker, aber auch „normale" Verkehrsteilnehmer, daß schwere Unfälle – wie am Dienstag bei Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher – selten passieren. Hinzu kommt, daß die Panzerung der Nobel-Karrossen, die wegen der Terroristenanschläge vor über einem Jahrzehnt eingeführt worden war, zumindest das Leben der Insassen von Dienstwagen zusätzlich schützt.

Vier Tote bei einem Unfall im Konvoi

So kam zum Beispiel im März 1982 der damalige Minister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD) relativ glimpflich davon: Ähnlich wie jetzt bei Genscher kam sein Mercedes auf der Autobahn ins Schleudern. Franke prallte gegen die Windschutzscheibe und erlitt nur schwere Kopfverletzungen.

Der bisher schwerste Unfall bei einer Konvoi-Fahrt ereignete sich im September 1976 in der Lüneburger Heide: Auf einer Wahlkampfreise mit Genscher konnte eines seiner Begleitfahrzeuge beim Überholen auf einer Bundesstraße nicht mehr rechtzeitig einscheren und stieß mit einem entgegenkommenden Auto zusammen. Es gab vier Tote. Seit damals fahren unter anderem Genscher und der heutige Bundeskanzler Helmut Kohl demonstrativ zurückhaltend, wenn Journalisten in ihrem Konvoi mitreisen. Auf das hilfreiche Blaulicht wird dann verzichtet.

Zu Blechschäden kommt es häufiger. Kein Wunder bei der vom Terminkalender bestimmten Hetze: Besonders außerhalb der Ortschaften fegt der Politikerwagen meistens mit Höchstgeschwindigkeit voran, der Begleitwagen mit den Sicherheitsbeamten leicht versetzt im Meterabstand hinterher. Auch tagsüber wird mit vollem Licht und notfalls „aggressivem" Fahrstil für freie Bahn gesorgt. Nichts und niemand soll Spitzenpolitiker an ihrer Pflichtausübung hindern.

In einigen Ostblock-Ländern sind für hohe Funktionäre sogar besondere Fahrspuren eingerichtet worden. Kein normaler Bürger darf sie benutzen. Im übrigen ist die Funktionärsvorfahrt generell eingebaut.

In einem demokratischen Rechtsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland ist dies natürlich anders geregelt. Nach der Straßenverkehrsordnung (StVO, Paragraph 29) sind „Rennen mit Kraftfahrzeugen verboten". Und ebenfalls genau geregelt ist, wann die gesetzlichen Vorschriften in Ausnahmesituationen straffrei übertreten werden dürfen: Nach Paragraph 16 des Ordnungswidrigkeitengesetzes „handelt nicht nur rechtswidrig", wer „in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben" usw. „eine Handlung begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden". Und im Paragraphen 35 der StVO heißt es unter anderem: Die Polizei hat Sonderrechte, „soweit das zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben dringend geboten ist". Aber, so *Absatz 8* dieser Verordnung: „Die Sonderrechte dürfen nur unter gebührender Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgeübt werden."

Für Experten im zuständigen Bonner Verkehrsministerium sind diese Ausnahmevorschriften die einzige denkbare Grundlage für das „alltägliche" Verhalten von Spitzenpolitikern im Straßenverkehr. Die Regelung besteht im Zusammenhang mit dem Bemühen, Leben und Sicherheit von Repräsentanten der Regierung und der Parteien vor möglichen Terroranschlägen wirkungsvoll zu schützen. Nicht gerechtfertigt sei es jedoch, so wird im Verkehrsministerium betont, den Paragraphen 35 der StVO „auch zum Kaffeeholen" heranzuziehen.

Was dazwischen liegt, zum Beispiel Wahlkampfreisen, ist eine auslegungsfähige Grauzone. Hier halten sich aber Experten selbst bei Nachfragen mit einer Bewertung zurück.

Deutlicher wird da ein Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes (BKA), das für den Schutz der Polit-Prominenz zuständig ist und zum Teil auch die Fahrer der Dienstwagen stellt. Nach seiner Meinung kann der Ausnahmeparagraph der StVO bei normalen Fahrten „im Grunde überhaupt nicht" zur Anwendung kommen. Aber: „Unsere Beamten haben einen Auftrag. Und den erfüllen sie." Das Risiko bei Verkehrsübertretungen trägt deshalb allein der Fahrer des Dienstwagens. Der BKA-Mitarbeiter kennt mehr als einen Chauffeur, der „kräftig berappen mußte". Von einem Chef wurde „nach meiner Erinnerung" dabei noch keiner „herausgeholt". Dennoch beschwert sich keiner der Fahrer öffentlich.

Beschwerde von Ministerin Wilms zurückgewiesen

Der letzte bekannt gewordene Fall, bei dem einer erwischt wurde, traf den Dienst-BMW der Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU). Mit überhöhter Geschwindigkeit wollte die Politikerin eine Veranstaltung in Düsseldorf erreichen. Dies kostete nicht nur ein Strafmandat, sondern auch eine Belehrung durch einen jungen Polizeibeamten. Der damals zuständige Regierungspräsident Achim Rohde wies ihre Beschwerde zurück und betonte: Zu den „dienstlichen Obliegenheiten" des Beamten gehöre es auch, „mit dem jeweiligen Verkehrsteilnehmer ein klärendes Gespräch zu führen" – gerade wenn, wie in diesem Fall, ein „ordnungswidriges Verhalten" vorliege, das eine „Hauptunfallursache" sei, „mit ihren oftmals tragischen Folgen für unbeteiligte Dritte".

Es gab einmal eine Zeit, in der das Bundeskanzleramt eine Höchstgeschwindigkeit für Dienstfahrzeuge angeordnet hatte: 100 km/h auf der Autobahn, 80 km/h auf den Land- und Bundesstraßen. Die Bonner Politiker wollten in jenem Jahr 1973, während der Ölkrise, den Bürgern mit gutem Beispiel vorangehen. Sechs Jahre später, *1979*, wies Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) die Fahrer seines Ministeriums an, nicht mehr unnötig zu überholen und auf Autobahnen 130 km/h nicht zu überschreiten.

Doch dies ist lange her – falls sich überhaupt jemand daran gehalten hat.

Die „friedliche Revolution" des Präsidenten Alfonsin

„100 Jahre Demokratie" hat Raúl Alfonsin den Argentiniern versprochen, und er geht in den ersten Tagen seiner Präsidentschaft mit Vehemenz daran, dafür die Weichen zu stellen: durch die Entmachtung der Militärs. Er scheint die Gunst der Stunde zu nutzen, denn noch nie waren die Streitkräfte so diskreditiert.

Von WERNER THOMAS

Der peruanische Präsident Fernando Belaunde Terry kürte ihn zum „Mann des Jahres". Isabel Peron schwärmte nach einer kurzen persönlichen Begegnung: „Brillant." Amerikas Vizepräsident George Bush urteilte etwas nüchterner: „Ein fähiger Führer, ein Verfechter des Rechtsstaates." Selbst seine Gegner, deren Zahl sich noch in Grenzen hält, gestehen zu: Raul Alfonsin ist eine ungewöhnliche Persönlichkeit.

Wie ein Komet war dieser schnauzbärtige, zur Korpulenz neigende Anwalt aus der Provinzstadt Chascomus am politischen Firmament Lateinamerikas aufgestiegen. Der bemerkenswerteste Aufstieg eines lateinamerikanischen Politikers seit Fidel Castros Triumph vor 25 Jahren. Der bolivianische Präsident Hernan Siles Zuazo sagte: „Alfonsin gibt diesem Kontinent eine neue Hoffnung. Die Militärs sind in die Defensive geraten." Sein peruanischer Kollege Belaunde Terry stimmt überein: „Alfonsin wird den Demokratisierungsprozeß Lateinamerikas konsolidieren." Siles und Belaunde zählten zu den Ehrengästen bei Alfonsins Amtseinführung. Sieben lateinamerikanische Staatschefs waren gekommen.

Auch den Gewerkschaften ist der Kampf angesagt

Demokratie allein sichert jedoch keine Stabilität. Gerade in Peru und Bolivien wackelt das demokratische Fundament. Im Gegensatz zu Belaunde und Siles, zwei ergrauten Herren um die siebzig, die ihre Nationen nicht mehr inspirieren, regiert der 57jährige Raul Alfonsin mit Elan, Courage und frischen Ideen. Er möchte sein Land einer radikalen Strukturveränderung unterziehen, die ein politischer Beobachter in Buenos Aires eine „friedliche Revolution" nannte: die permanente Entmachtung der Militärs und der peronistischen Gewerkschaften.

Einen solchen rasanten Start eines Präsidenten haben die Argentinier noch nie gesehen. Während sich der Amtsvorgänger Reynaldo Bignone, ein blasser General im Ruhestand, kaum bemerkbar machte, rotiert Alfonsin fast rund um die Uhr. Er ist ein Arbeitstier. Seine Limousine stoppt bereits morgens um sieben Uhr vor dem Präsidentenpalast Casa Rosada, wenn Buenos Aires noch schläft. Erst nach 22 Uhr gehen die Lichter seines Arbeitszimmers aus. Zweimal hat Alfonsin seine Landsleute spät abends mit Fernsehansprachen über delikate Probleme überrascht. Die Kongreßabgeordneten sind mit einer verwirrenden Anzahl von Vorlagen beschäftigt. Schon stöhnen die Mitarbeiter über das forsche Tempo.

„Alfonsin hat überall seine Hände im Spiel", staunt einer der gehetzten Berater, „und dominiert uns alle mit seiner überwältigenden Präsenz." Er fragt jedoch: „Wie lange hält er diesen mörderischen Rhythmus durch?"

Kein gewählter Präsident ist in der Geschichte Lateinamerikas die Militärs so hart angegangen wie Raul Alfonsin. *Er ließ ein Amnestie-Gesetz* der Militärs rückgängig machen, er reduzierte die Zahl der Armee-Generale von 56 auf 18, er sorgte für ähnliche Verhältnisse bei der Marine und der Luftwaffe. Er stellte alle Teilstreitkräfte unter die Aufsicht ziviler Ministerien. Die Streitkräfte verloren das Management über Waffenfabriken und Chemiekonzerne. Die Luftwaffe darf nicht mehr die Flughäfen verwalten und das Wetter melden. Der Militärhaushalt *soll um die Hälfte* zusammengestrichen werden.

Alfonsin ging über seine Wahlkampfversprechungen hinaus, als er beschloß, die Mitglieder von drei Juntas im Zusammenhang mit Menschenrechtsvergehen vor das oberste Militärgericht zitieren und eine Sonderkommission das Schicksal von 6000 bis 15 000 vermißten Personen untersuchen zu lassen. Lawinenartig kehrt das dunkle Kapitel des schmutzigen Krieges gegen den linken Untergrund Ende der siebziger Jahre zurück: Selbst Alfonsins Amtsvorgänger Bignone steht unter Anklage. Ständig melden die Zeitungen, daß neue Gräber anonymer Leichen gefunden werden. Schon ermitteln die Bundesrichter auch gegen die Vertreter des mittleren Offizierskorps, Hauptleute, Majore und Obristen.

Die meisten Militärs hüllen sich in Schweigen. „Schweigen ist meine Strategie", bekennt Bignone, wenn er die Reporterfragen zurückweist. Nur ein prominenter General spendet ständig Applaus: Alejandro Lanusse, der Präsident von 1971 bis 1973. „Die Streitkräfte müssen sich endlich dem zivilen Sektor unterstellen, wie das die Verfassung fordert", meint er. „Nach diesem Desaster (der Militärherrschaft) darf es keine weiteren Abenteuer dieser Art mehr geben."

Der neue Präsident kämpft an zwei Fronten. Auch die peronistischen Gewerkschaften, ein Staat im Staat seit den Nachkriegsjahren, sollen ihre Macht verlieren. Alfonsin präsentierte dem Kongreß eine neue Gesetzgebung, die den Wahlmodus der Funktionäre verändert und den unabhängigen Kandidaten gleiche Chancen einräumt. Alfonsin hat oft die „Gewerkschaftsoligarchie" verurteilt. Sein Schlüsselwort heißt „Demokratisierung".

„Keine Demokratie mit Hungerlöhnen"

Die Gewerkschaftsbosse wehrten sich lautstärker als die Militärs. Sie versuchen ihre Wut mit einer Kritik an den ihrer Ansicht nach zu geringen Lohnerhöhungen der Regierung zu verbinden, um Sympathie unter der Bevölkerung zu sammeln. „Wir werden keine Demokratie mit Hungerlöhnen und Arbeitslosigkeit dulden", warnte Saul Ubaldini, der Generalsekretär einer der beiden großen peronistischen Gewerkschaften. Er vermißt den von Alfonsin versprochenen Dialog. „Dies war ein Monolog, der an die Militärdiktaturen erinnerte." Ubaldini drohte: „Wir werden *streiken, so oft wir das für notwendig* halten." Alfonsin antwortete: „Ein schlechter Witz." Der Konflikt ist programmiert.

Raul Alfonsin, Vertreter der radikalen Bürgerunion, einer links von der Mitte angesiedelten Partei, hat nichts dagegen, wenn man ihn als Sozialdemokraten bezeichnet. Er läßt sich jedoch ideologisch ungern einordnen. Er denkt pragmatisch, er will erneuern und modernisieren.

Bisher *erfreut sich der Star der* lateinamerikanischen Politik einer beispiellosen Popularität. Doch Raul Alfonsin macht sich keine Illusionen. „Die Flitterwochen gehen vorbei", sagt einer seiner Mitarbeiter, „bald kann uns ein schärferer Wind ins Gesicht blasen." Aber dann sollen die Weichen gestellt sein. Alfonsin verspricht „100 Jahre Demokratie". Wenn er seine sechsjährige Amtsperiode absolviert, hat er bereits Geschichte gemacht: Das ist in den letzten 53 Jahren nur einem gewählten Präsidenten gelungen: Juan Peron. (SAD)

Der Mann mit der „überwältigenden Präsenz": Raúl Alfonsin, seit knapp einem Monat Argentiniens Präsident
FOTO: DPA

Tokio will sein Verhältnis zum Kreml „entfrosten"

FRED de LA TROBE, **Tokio**

„Japan wird sich um einen verstärkten Dialog mit der Sowjetunion bemühen, um die Territorialfrage zwischen beiden Ländern zu lösen und einen Friedensvertrag abzuschließen." Das erklärte der japanische Ministerpräsident Nakasone zum neuen Jahr vor der Presse. Er forderte auch zu einem baldigen Treffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Reagan und dem sowjetischen Partei- und Staatschef Andropow auf, damit die gefährlich angewachsenen Spannungen zwischen Ost und West abgebaut werden könnten.

Der japanische Außenminister Abe pflichtete seinem Regierungschef bei und führte im einzelnen verstärkte kulturelle, wirtschaftliche und persönliche Kontakte als geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen an. Er werde erneut versuchen, seinen sowjetischen Amtskollegen Gromyko zu einem Besuch nach Japan zu bewegen.

Politische Kreise in Tokio sehen in diesen neuen Fühlern Tokios eine Akzentverlagerung auf „Friedensdiplomatie" als Folge des für die Regierungspartei ungünstigen Wahlausgangs im Dezember. Nakasones neue Mannschaft wolle jetzt einen neuen Anlauf zur Enteisung des frostigen Verhältnisses zu Moskau unternehmen. Seit dem Abschuß einer südkoreanischen Jumbo-Linienmaschine nahe der Insel Sachalin durch sowjetische Abfangjäger im vergangenen Herbst waren die bilateralen Beziehungen auf ein neues Tief gesunken.

Zu den Reibungspunkten gehören nach wie vor der Territorialstreit, die scharfe Begrenzung der japanischen Fischerei in den Grenzgewässern und die fortgesetzte sowjetische Aufrüstung in Ostasien. Japan hält unbeirrt an seinem Anspruch auf die Rückgabe der Inseln Etorofu, Kunashiri, Shikotan und der Habomai-Gruppe nördlich von Hokkaido fest, obwohl die Sowjets nicht einmal bereit sind, über diese Frage zu reden. Ferner erhalten nur Fischer, die sich Moskau gegenüber „freundschaftlich" zeigen – das heißt oft: auch Spionagedienste leisten –, sowjetische Lizenzen, die das Fischen in den Grenzgewässern gestatten.

144 SS-20-Raketen

In dem umstrittenen Territorium, das bis vor zwei Jahren nur einige schwache militärische Außenposten hatte, sind inzwischen 10 000 Mann stationiert. Hier befindet sich auch eine wichtige Basis für die pazifische Rote Flotte, der 125 Angriffs-U-Boote angehören. 20 moderne MiG-Kampfflugzeuge sind nach Etorofu verlegt worden. Dahinter steht in Sibirien das Drohpotential der auf China, Japan und Südostasien gerichteten 144 SS-20-Raketen (432 Sprengköpfe).

Laut japanischen Kreml-Beobachtern ist der Kurs Moskaus unverändert darauf ausgerichtet, das Ausscheiden Japans aus seinem amerikanischen Bündnis und ein Rückschrauben seiner Verteidigungsanstrengungen zu erreichen. So versuchen die Sowjets, ihre Lobby unter japanischen Politikern, Unternehmern, in den Medien und kulturellen Kreisen zu verstärken. Sowohl in der regierenden Partei wie unter den Sozialisten, der Hauptopposition, gibt es ansehnliche sowjetische Freundschaftsgruppen. Die Wirtschaft ist der Bereich, dem die neuen Fühler Tokios auf bessere Beziehungen die meisten Erfolgsaussichten eingeräumt werden. (SAD)

Auf dem Dreikönigstreffen in Stuttgart geht es um den künftigen Kurs der FDP

Morlok will „bayerische Verhältnisse" verhindern

XING-HU KUO, **Stuttgart**

Die baden-württembergische FDP ist fest entschlossen, nach der Landtagswahl am 25. März dieses Jahres auch in Stuttgart eine christlich-liberale Koalition zu bilden. Damit sollen „bayerische Verhältnisse" im Südwesten verhindert werden. Dies erklärte der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Südwest-FDP, Jürgen Morlok (38), gestern auf dem 120. Dreikönigstreffen in der Stuttgarter Liederhalle. Mit diesem Parteitag wurde der Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg eröffnet.

Morlok betonte, die FDP könne und müsse dieses Ziel 1984 nach 18 Jahren Opposition erreichen, damit die „Arroganz der Macht" der CDU, die seit zwölf Jahren alleine regiert, nicht dazu führe, „daß der personelle Filz bis in die letzte Amtsstube hinein" vordringe. Bei aller grundsätzlicher Kritik an der Regierung Lothar Späths unterstrich Morlok, daß es zu dieser angestrebten Koalition mit der CDU keine „Alternative" gebe. Außerdem gebe es mit der Union seit geraumer Zeit zahlreiche Übereinstimmungen in wichtigen Bereichen der Wirtschafts-, Haushalts-, der Steuer- und Sozialpolitik.

Morlok verwies sodann auf die „Früchte" der christlich-liberalen Koalition in Bonn, die es durch ein solches Bündnis auch in Stuttgart zu sichern gelte: das wirtschaftliche Klima allgemein, das verbesserte Wirtschaftswachstum, die gestiegene Auftragslage und die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verdeutlichten, „daß die Wirtschaft wieder Fuß gefaßt" habe, betonte der Redner.

Eine solche positive Entwicklung, so Morlok weiter, dürfe nicht etwa durch einen „SPD-Kurs" gefährdet werden: mehr Staat, weniger Markt, mehr Dirigismus, weniger unternehmerische Freiheit. Auch würde ein solcher Kurs zu „mehr staatlicher Verschuldung und mehr Steuern sowie Abgaben führen". Aber auch in anderen wichtigen Bereichen habe die SPD nach Ansicht des FDP-Landesvorsitzenden ständig „auf die falschen Pferde gesetzt". Sie habe sich „in der Friedenspolitik – wie in der Wirtschaftspolitik – hemmungslos opportunistisch in die Büsche geschlagen".

Zu der heftigen Ablehnung führender CDU-Politiker im Südwesten gegen das Koalitionsangebot meinte Morlok: „Wir leben nicht im ‚Späth-Absolutismus'". Wenn der Wähler seine „liberale Überzeugung erst einmal auf dem Stimmzettel dokumentiert habe", wenn eine Koalition „erzwungen" werde, dann „wird Lothar Späth der erste sein, der diese Koalition preist und feiert".

Der FDP-Landeschef, der auch einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Partei ist, unterstrich sodann die Bedeutung einer Stuttgarter CDU/FDP-Koalition für die Bonner Regierung und die Bundespartei. Die Bildung eines solchen Bündnisses würde Bundesregierung und FDP „entscheidend stärken".

Schwerpunkt Wirtschaftspolitik

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Die FDP-Führung will das traditionelle Dreikönigstreffen der Liberalen in Stuttgart zu ausführlichen Beratungen über den künftigen Kurs nutzen. Die Freien Demokraten wollen es zwar weiter nachdrücklich ablehnen, zur „Wirtschaftspartei" zu werden oder sich einen Platz „rechts von der CDU" zuweisen zu lassen. Andererseits aber wollen sie angesichts der innenpolitischen Lage der Wirtschafts- und Finanzpolitik einen höheren Stellenwert als bisher einräumen.

Ursprünglich wollte die FDP – genauso wie am 6. Januar vergangenen Jahres den Bundestagswahlkampf – auch diesmal wieder als erste Partei auf dem Dreikönigstreffen mit FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher und Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer den baden-württembergischen Landtagswahlkampf eröffnen. Genscher hatte die Absicht, wie schon mehrfach in den zurückliegenden Wochen, mit seiner Forderung nach einer „Leistungselite" die Themen Wirtschaft, Technologie und Forschung sowie Bildung und Datenschutz in den Mittelpunkt zu stellen. Nach seinem Verkehrsunfall vertritt ihn jetzt morgen Fraktionschef Wolfgang Mischnick.

Vor und nach der Kundgebung am Freitag wollen Präsidium und Bundesvorstand hinter verschlossenen Türen tagen. Dabei soll es vor allem um die Vorbereitung des Europawahlkampfs und die Verabschiedung des neuen Haushalts der Partei gehen. Nicht beraten werden soll entgegen ursprünglichen Überlegungen von Genscher über personelle Veränderungen im Präsidium, das der Parteitag Anfang Juni in Münster turnusgemäß neu wählt. Dazu wird es voraussichtlich am 29. Januar auf einer Klausursitzung in Heilbronn kommen.

Im Sonderzug unterwegs

In Stuttgart wird Martin Bangemann Vorsitzender der Liberalen Fraktion (ELD) im Straßburger Parlament und aller Wahrscheinlichkeit nach wieder Spitzenkandidat der FDP, das Europawahlkampfkonzept vorstellen. Es soll noch in diesem Monat endgültig beschlossen werden. Fest steht bisher, daß die Liberalen wie vor den Bundestagswahlen wieder mit einem Sonderzug unterwegs sein werden.

Außerdem will die Parteiführung die Bundesvertreterversammlung, die am 21. Januar in Leverkusen die Kandidatenliste wählt, vorbereiten. Nach einigem Tauziehen hinter den Kulissen zeichnet sich jetzt ab, daß auf den ersten zehn Plätzen alle Landesverbände mit je einem Bewerber vertreten sein werden. Das bedeutet, daß die Jungen Liberalen mit ihrem signalisierten Anspruch auf einen der vorderen Sitze praktisch chancenlos sind.

Sorgen haben die Freien Demokraten nach wie vor mit ihren Finanzen und den sich daraus ergebenden Folgen. Nachdem bereits im letzten Jahr erhebliche Einsparungen notwendig geworden waren, muß die Partei auch 1984 wieder mit etwa fünf Millionen DM auskommen. Mit weniger als 20 Mitarbeitern – vom Boten bis zum Generalsekretär – werden im Thomas-Dehler-Haus ein Drittel weniger als Anfang 1983 beschäftigt. Vor zehn Jahren waren es noch über 60 Angestellte. Allerdings wurden inzwischen zwei Unternehmen für Organisationsarbeiten und Serviceleistungen unter Vertrag genommen. Leer geworden ist es in der Parteizentrale, in der vorher die SPD ihren Sitz hatte, auch durch den Auszug der Friedrich-Naumann-Stiftung. Sie siedelte zum Jahreswechsel nach Königswinter um.

Erörtert werden soll bei der Sitzung in Stuttgart auch die Entwicklung der Partei seit den Neuwahlen. In der FDP-Spitze wird von einem „Erfolgsjahr" gesprochen, weil die Liberalen trotz aller Anfeindungen am 6. März die Fünf-Prozent-Hürde deutlich übersprungen und auch in Hessen die Rückkehr in den Landtag erreicht hätten. Aus allen Umfragen gehe hervor, daß man sich „eindeutig stabilisiert" habe. So liege die Partei bei den Zweitstimmen zwischen sieben und acht Prozent, bei der Sympathiefrage bei fünf Prozent. Das spiegele sich auch in der Mitgliederbewegung wider: Die FDP, die bei der „Wende" zunächst zehn Prozent ihrer Anhänger verloren hatte, zählt jetzt wieder rund 80 000 Mitglieder und hat „mehr Zu- als Abgänge".

Mondale greift Außenpolitik Reagans an

DIETRICH SCHULZ, **Washington**

Walter Mondale, der unter den demokratischen Bewerbern um die Präsidentschaftskandidatur eine Spitzenposition einnimmt, hat das Wahljahr 1984 mit einem Frontalangriff auf die Außenpolitik Präsident Reagans eröffnet. In einer Rede vor dem Nationalen Presseclub in Washington gab der frühere Vizepräsident die Parole aus, die der ihm zuneigende Flügel der Demokratischen Partei im Wahlkampf dieses Jahres gegen den amtierenden Präsidenten ins Spiel bringen will. Sie basiert auf dem Vorwurf, daß die Welt nach drei Jahren der Amtszeit Präsident Reagans weniger sicher sei als vorher.

Rhetorische Frage

Mondale zeigte die Linie seines Angriffsplans, als er in seiner Ansprache die rhetorische Frage stellte: „Leben wir in einer sichereren Welt als vor drei Jahren?" Der Oppositionspolitiker verneinte die selbstgestellte Frage und verwies auf drei Gebiete, auf denen die Entwicklung in den Jahren der Reagan-Amtszeit einen negativen Verlauf genommen habe: bei den Bemühungen um eine Rüstungskontrolle, im Nahen Osten und in Mittelamerika. Mondale nahm für die Carter-Regierung, in der er den Vizepräsidenten gestellt hatte, in Anspruch, auf diesen drei Gebieten eine bessere Politik betrieben zu haben.

Besonders beklagte Mondale, daß der Dialog mit der Sowjetunion fast völlig zum Stillstand gekommen sei. „Wenn der Erdball einem Pulverfaß gleicht, brauchen wir einen Präsidenten, der weiß, was er tut." Der Vorwurf geht in dieselbe Richtung, die Amerikas „elder statesman", der 92jährige Averell Harriman, in einem Artikel in der „New York Times" vorgezeichnet hatte.

Harrimans Attacke

Harriman, der schon seit Jahrzehnten die amerikanische Demokratische Partei mit Geldspenden und Ratschlägen unterstützt, gab praktisch das Startzeichen zur Attacke auf Reagan, als er erklärte, er habe drei Jahre lang zur Außenpolitik der neuen Regierung geschwiegen, nun jedoch wäre es unverantwortlich und unpatriotisch, dies noch länger zu tun. Reagan dürfe nicht länger erwarten, daß die Amerikaner eine Politik unterstützten, „die unsere Beziehungen zur Sowjetunion gefährlicher macht als irgendwann in der vergangenen Generation". Wenn die gegenwärtigen Tendenzen anhielten, vor allem auf dem Gebiet der Nuklearwaffen und in den Beziehungen zu Moskau, „dann könnten wir nicht nur dem Risiko, sondern der Realität eines Atomkrieges entgegengehen".

Mondale folgte im wesentlichen dem Konzept Harrimans. Seine eigenen Vorschläge für eine bessere Politik sehen unter anderem vor: jährliche Gipfeltreffen mit der sowjetischen Führung, sofortiger Beginn von Verhandlungen über ein verifizierbares Einfrieren (freeze) der Nuklearwaffen, die Aktualisierung des (1979 abgeschlossenen) SALT-II-Vertrages und dessen Ratifizierung durch den US-Senat, den Verzicht auf die Indienststellung der neuen (mit jeweils zehn Sprengköpfen ausgerüsteten) MX-Rakete, die Entwicklung der kleineren (mit jeweils nur einem Sprengkopf versehenen) Midgetman-Rakete. (SAD)

Die Union will ein neues Ausländergesetz

Familien-Nachzug wird auf 865 000 Personen geschätzt

E. NITSCHKE, **Bonn**

Ein neues Ausländergesetz und neue Richtlinien über die Einbürgerung strebt die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages durch Vorlage einer „Punktation zur Ausländerpolitik" an, die gestern von der Arbeitsgruppe Inneres, Umwelt und Sport in Bonn vorgelegt wurde. Angesichts eines Gesamtpotentials von Familiennachzug von 865 000 Personen, davon 590 000 Türken, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, der Bundestagsabgeordnete Paul Laufs: „All dieses zeigt, daß es mit der verbalen Feststellung, die Bundesrepublik Deutschland sei kein Einwanderungsland, nicht sein Bewenden haben kann."

In der „Punktation", von der Laufs und sein Fraktionskollege Rolf Olderog sagten, daß sie als „Handreichung" für ein neues Ausländergesetz gelte, wird auch die vom Koalitionspartner FDP stets kritisierte Forderung nach einer Kinder-Nachzugsregelung erhoben, die das 6. Lebensjahr als Grenze bestimmt, wobei Ausnahmen möglich bleiben sollen. Das Gesamtpotential von 320 000 Kindern bis zum 16. Lebensjahr aus Nicht-EG-Staaten, mit deren Nachzug zu rechnen sei, würde durch eine im Interesse der Integration und des Schulabschlusses auf sechs Jahre festgelegte Nachzugsgrenze auf 55 000 gesenkt. Wörtlich heißt es dazu in dem CDU/CSU-Papier: „Wir müssen alles daran setzen, daß sich die ausländischen Eltern beim Kindernachzug verantwortungsbewußt verhalten!"

Ferner sieht der Fraktions-Plan eine Neuregelung des Aufenthaltsrechts für Ausländer vor. Danach würde für die erste Generation eine Befristung gelten, der nach 5 bis 8 Jahren entweder die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder die Beendigung des Aufenthalts folgen könnte. Nach etwa zehn Jahren rechtmäßigen Aufenthalts sollte dann eine „Aufenthaltsberechtigung" folgen, die einen besonderen Ausweisungsschutz gewähre. Für die zweite und folgende Ausländergeneration soll nach den CDU/CSU-Vorstellungen der Arbeitsgruppe gelten, daß nach Erreichen der Volljährigkeit und einer „Überlegungsfrist" das Recht zur erleichterten Einbürgerung erteilt wird, deren Alternative grundsätzlich nur die „unbefristete Aufenthaltserlaubnis" wäre. Dazu stellt der „Punktations"-Text fest: „Ausländer, die hier auf Dauer leben, sich aber nicht einbürgern lassen, können eine volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung mit Deutschen nicht beanspruchen."

Für die von der Europäischen Gemeinschaft mit der Türkei in der ersten Hälfte der 60er Jahre getroffene Assoziierungsvereinbarung gelte, daß Freizügigkeit, wie sie zwischen den Mitgliedstaaten der EG ausgestaltet sei, nach Vertragslage mit der Türkei nicht gegeben sei und nach der seither „völlig veränderten Lage" mit in der Bundesrepublik bereits 1,5 Millionen lebenden Türken nicht in Betracht komme.

Neue Schikanen an „DDR"-Grenze

Innerdeutsches Ministerium spricht von „eindeutiger Vertragsverletzung"

BERND HUMMEL, **Eschwege**

Im innerdeutschen Reise- und Besuchsverkehr zeichnen sich neue Belastungen ab. Nur wenige Monate nach der Auszahlung des Milliardenkredits an die „DDR" und der im Gegenzug eingeräumten großzügigen Abfertigung von Reisenden aus der Bundesrepublik kommt es nun an den „DDR"-Grenzübergängen wieder zu Zurückweisungen und Schikanen. Beim Ministerium für innerdeutsche Beziehungen in Bonn spricht man gar von „eindeutigen Vertragsverletzungen" durch die „DDR". Betroffen sind vor allem Bundesbürger, die mit dem Kraftfahrzeug in die „DDR" einreisen wollen. In verschiedenen Fällen wurden – dies ist bei den bundesdeutschen Grenzbehörden aktenkundig – Motorradfahrer von „DDR"-Grenzposten zurückgewiesen.

Keine Begründungen

Begründungen wurden meist nicht genannt. Festgehalten wurde jedoch die Auskunft eines „DDR"-Offiziers, der einen Motarradfahrer mit der Bemerkung zurückwies: „Wir wollen in der DDR keine Verkehrsrowdies." Dessen ungeachtet können Motorradfahrer ohne Beanstandungen über die Transitstrecken nach Berlin oder Polen durch die „DDR" reisen.

Bisher einzigartig ist, daß sich Zurückweisungen nicht gegen eine Person, sondern gegen bestimmte Fahrzeuge richten. Diese Erfahrung machte am Montag dieser Woche der 39jährige Apotheker Detlef Papsdorf aus Friedberg/Hessen. Er war mit seinem Wohnmobil über den thüringischen Grenzkontrollpunkt Wartha eingereist, um in der Nähe von Leipzig Bekannte zu besuchen. Der Mann, der in den vergangenen Jahren laut Visa-Stempel bereits zwanzigmal mit diesem Fahrzeug nach drüben gereist war, wurde diesmal gestoppt. Die Grenzposten in Wartha begründeten die Zurückweisung so: „Ihr Fahrzeug ist zu schwer und macht unsere Straßen kaputt."

Ähnliches hatte Papsdorf schon im Juli 1983 gehört, als er zum erstenmal zurückgewiesen worden war. Damals hatten sich „DDR"-Soldaten auf eine angeblich neue Bestimmung berufen. Doch nachdem der 39jährige das Innerdeutsche Ministerium eingeschaltet hatte, waren weitere Besuche in der „DDR" ohne Komplikationen verlaufen.

Papsdorf nahm am Dienstagmittag, nachdem er am Abend zuvor telefonisch bei der „DDR"-Vertretung in Bonn und beim Innerdeutschen Ministerium protestiert hatte, einen neuen Anlauf. Der Apotheker wörtlich: „Ich wollte einfach wissen, was die Verträge mit der DDR wert sind."

In Wartha berief er sich auf den zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" am 26. Mai 1972 geschlossenen Verkehrsvertrag. In ihm wird unter Absatz IV pauschal die Einreise mit „Kraftfahrzeugen" geregelt. Einschränkungen für bestimmte Fahrzeugtypen weist das Vertragswerk nicht auf. Voraussetzung für die Einreise ist lediglich, daß das Fahrzeug den Bestimmungen des jeweiligen Heimatstaates entspricht.

Zwei Stunden lang wurde Detlef Papsdorf festgehalten, befragt und belehrt. Der Hinweis auf den Verkehrsvertrag wurde von einem „DDR"-Offizier im Rang eines Oberleutnants wie folgt beantwortet: „Den Vertrag kennen wir auch." Aber es blieb dabei: Der 39jährige mußte wieder umkehren. Zuvor hatte ihn der Offizier jedoch belehrt: „Die Zurückweisung richtet sich nicht gegen ihre Person, sondern gegen ihr Fahrzeug. Sie können mit einem normalen Pkw wiederkommen." Das tat er dann auch am Mittwochvormittag, ohne daß er an der Weiterreise gehindert wurde.

Wieviel Freizügigkeit?

Bestimmungen, die in der „DDR" die Zurückweisung von Motorradfahrern oder Fahrern eines Wohnmobils rechtfertigen, gibt es nicht – wenigstens nicht offiziell. Beim Innerdeutschen Ministerium hat man jedoch ermittelt, daß von den „DDR"-Behörden interne Verordnungen formuliert wurden, die den Inhalt und Geist des zwischenstaatlich geschlossenen Verkehrsvertrags unterlaufen. Bei Verhandlungen innerhalb der Gemeinsamen Grenzkommission bestritten die „DDR"-Vertreter jedoch jede zusätzliche Regelung und beriefen sich – zahlreicher Proteste ungeachtet – auf die Freizügigkeit, die der Verkehrsvertrag gestatte. Das Innerdeutsche Ministerium hat angekündigt, es wolle sich nun in Gesprächen mit Regierungsvertretern der „DDR" um die Einhaltung des Vertrages bemühen.

Besserer Schutz bei Unfällen im Ausland

hey. **Bonn**

Deutsche Autofahrer werden künftig bei unverschuldeten Unfällen im Ausland besser geschützt. Sie müssen nicht mehr befürchten, daß ihre Unfallgegner unterversichert sind. Denn nach Angaben von Bundesjustizminister Hans Engelhard wurde zum Jahreswechsel eine EG-Richtlinie verabschiedet, mit der für den gesamten Bereich der Gemeinschaft einheitliche Mindesterstattungssummen für die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung festgelegt worden sind. Die Richtlinie wird allerdings in unterschiedlichen Zeiträumen in Kraft gesetzt.

So soll die Mindestversicherungssumme bei Sachschäden auf rund 230 000 DM und bei Personenschäden auf etwa 800 000 DM mit einer Obergrenze von 1,5 Millionen DM bei mehreren Geschädigten heraufgesetzt werden. Allerdings ändert sich für die Bundesrepublik Deutschland, wo die Untergrenzen bereits bei 400 000 DM für Sach- und einer Million DM für Personenschäden liegen, nichts.

Erhebliche Verbesserungen soll es aber in Italien und Griechenland geben. Italienische Versicherungen zahlen bisher bei Sachschäden nur bis zu 25 000 DM, bei Personenschäden bis zu 125 000 DM. In Griechenland werden sogar nur bis zu 5000 DM bei Sachschäden und bis zu 10 000 DM bei Personenschäden erstattet. Beide Länder dürfen auf Grund ihrer Wirtschaftslage die Neuregelung stufenweise innerhalb der nächsten Jahre einführen.

Die wohltemperierte Politik des Bernhard Vogel

Von JOACHIM NEANDER

Müßte man im Rückblick auf 1983 für Rheinland-Pfalz einen Titel suchen – dieser käme der Wahrheit nahe: das ruhigste Land der Republik. Zwar wird nicht jeder das als reines Kompliment auffassen. Aber an den Tatsachen ist nicht zu rütteln.

● Es gab keine landesspezifische Krise, weder politisch noch wirtschaftlich. Die gesunde Mittelstandsstruktur bewahrte selbst schwächere Regionen vor Problemen, wie sie in anderen Bundesländern die Diskussion beherrschen. Alle wirtschaftspolitisch relevanten Daten weisen *Rheinland-Pfalz in den letzten Monaten* den zweiten, dritten oder vierten Rang unter den Ländern zu. Eine Arbeitslosenquote wie z. B. Köln (vom Ruhrgebiet ganz zu schweigen) braucht hier kein einziger Arbeitsamtsbezirk zu beklagen. Sogar die Nachfrage nach Lehrstellen konnte 1983 zu 99,5 Prozent befriedigt werden.

● Im Bereich der neuen Medien behauptete Regierungschef Bernhard Vogel (CDU) als Vorsitzender der Rundfunkkommission der Ministerpräsidenten und mit ihm das von ihm geführte Bundesland die angestammte Führungsrolle, trotz heftiger Konkurrenz aus Bayern. Als erstes unter den vier Kabelpilotprojekten startete Ludwigshafen am 1. Januar eindrucksvoll mit seinem Programm. Auch im Tauziehen um den ECS-Satelliten fällt Rheinland-Pfalz dank seinem bereits vorhandenen Gesetz eine Schlüsselrolle zu.

● Dort, wo man kritische Ereignisse befürchtet hatte, blieben sie in Grenzen oder gänzlich aus. Der „heiße Herbst" konzentrierte sich auf andere Regionen, trotz der vielen US-Garnisonen im Lande. Auch die Weinexperten, die nach zwei Riesenernten vor allem an der Mosel große Schwierigkeiten prophezeit hatten, mußten sich korrigieren. Es blieb ruhig, obwohl Weinbauminister Otto Meyer klugerweise voreilige Staatsnotmaßnahmen unterließ. Und trotz des großen Politikerexports, den die rheinland-pfälzische CDU nach Berlin und Bonn in die Wege leiten mußte, sind sogar die personellen Spekulationen *um Vogels Kabinett eingeschlafen.*

Natürlich sind die Probleme nicht alle gelöst. Weiterhin mehr als 100 000 Arbeitslose, ein deutlich konsolidierter Haushalt 1984/85, aber immer noch mit großen Risiken. Die Weinüberschüsse sind ein langfristiges Problem. Aber das Land scheint kein Nährboden mehr für große Unruhe zu sein. Nach der Landtagswahl, die ihm im März 1983 in einem Landtag mit nur noch zwei Parteien eine eindrucksvolle Bestätigung seiner absoluten Mehrheit bescherte, haben Ministerpräsident Vogel und seine Regierung „ruhiger, stetiger und effektiver als in einigen Nachbarländern" arbeiten können, wie der Regierungs*chef sich ausdrückt.* Es sei auch „mehr geschehen als anderswo".

Freilich fehlen die öffentlichkeitswirksamen Glanzlichter. In den 70er Jahren pflegte ein Landesminister, der zwei Wochen lang weder mit einer Verlautbarung noch mit einer Reformankündigung oder wenigstens einer Broschüre auf dem Markt der öffentlichen Meinung zu sehen war, schlecht zu schlafen und seinen Pressereferenten zu zitieren. Nach dieser Regel müßte das ganze Kabinett Vogel zeitweilig unter Schlaflosigkeit leiden.

Aber die Maßstäbe haben sich geändert. Fortschritt ist schwieriger geworden. Das Kabelpilotprojekt steckt trotz aller Erfolge noch voller Risiken. Bis man hier politischen Lorbeer erntet, wird Zeit vergehen.

Auch die Bemühungen von Regierung und Regierungspartei um ein



breites Gegengewicht gegen den wachsenden Antiamerikanismus im Gefolge der Raketendemonstrationen gestalteten sich mühsamer als erhofft. Vogels ausgedehnte Reise in die USA wird erst mit der Zeit Früchte tragen können. Öffentliche Freundschaftsbekundung scheint schwerer zu mobilisieren als Protest und Feindschaft. Daß einzelne rheinland-pfälzische Firmen die neu geknüpften wirtschaftlichen Beziehun*gen etwa nach Texas schon jetzt* erfolgreich und im Interesse des ganzen Landes zu nutzen wissen, bleibt davon unberührt.

Es gibt Kritiker in der eigenen Partei, die die abwartende, abwägende, ein wenig wohl auch am langen Atem der Geschichte orientierte Regie durch den im Nebenfach gelernten Historiker Bernhard Vogel für etwas zu unauffällig halten. An Zukunftsentwürfen für das nächste Jahrtausend scheint er weniger Freude zu haben als sein Kollege Späth. Aber, so wird gesagt, er sei manchmal auch ein etwas zu getreuer Vasall des Kanzlers. Und im Lande hätten weder seine Minister noch die Ministerialbürokraten mehr richtig Angst vor ihrem Chef.

Die Hauptursache für die landespolitische Ruhe im vergangenen Jahr liegt wohl in der schwierigen Situation der SPD. Nach den ersten Auftritten des neuen Oppositionsführers Hugo Brandt erwartete im Frühjahr alles mit Spannung eine sich verschärfende Konfrontation. Aber dann mußte Brandt nach einem Herzinfarkt und einer unerwartet schwierigen Operation an den Herzkranzgefäßen ein halbes Jahr pausieren. Er hat die Ereignisse im Land nur teilweise mitverfolgt, dadurch zwar Distanz gewonnen, aber seine Führungsrolle in Partei und Fraktion natürlich zunächst verloren. Er denke nicht an Rücktritt, sagte er in seinem ersten Südwestfunk-Interview in diesen Tagen. Es gehe ihm sehr gut, er müsse allerdings erst einmal abwarten, wie es weiterlaufe.

Die rheinland-pfälzische SPD kennt sich in Sachen Ungewißheit an der Spitze aus. Auch diesmal wurde nach außen eiserne Disziplin gewahrt. Im zweiten Glied herrscht zwischen Politikern wie Rudolf Scharping, Werner Klein, Willi Rothley oder Michael Reitzel eine Art Einfluß-Patt. Keiner prescht mehr vor. Wo es anfangs versucht wurde, zahlte es sich nicht aus.

Natürlich werden ganz diskret mögliche Nachfolgelösungen gehandelt: etwa Brandts Stellvertreter Scharping als neuer Fraktionsvorsitzender und der pfälzische Bezirksvorsitzende Rothley als neuer Landesvorsitzender, wobei der Reckenhausener Anwalt und Protagonist des linken Flügels dann vermutlich auf das angestrebte Europa-Mandat verzichten müßte.

Voraussagen über den Oppositionsstil im zweiten Jahr der Legislaturperiode sind schwierig. Auf die Frage, ob die Nachrüstung weiterhin auch landespolitisch ein Thema bleibe, antwortete Brandt sibyllinisch: Einerseits sei eine demokratisch legitimierte Entscheidung in Bonn gefallen. Aber der „innere Widerstand" der SPD bleibe bestehen, und sie werde nicht zögern, diesen inneren Widerstand auch nach außen sichtbar zu machen.

Prinzipielle Feindschaft zwischen den beiden großen Parteien scheint in diesem Lande weiterhin unwahrscheinlich. Selbst der von der SPD angedrohte Boykott der Verleihung des Landesordens an Kanzler Kohl wurde vorzeitig abgebrochen: Beim anschließenden Empfang war die SPD-Spitze fröhlich wieder dabei.

Strafanzeige gegen Grass in Karlsruhe

DW. **Karlsruhe**

Beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe ist eine Strafanzeige gegen den Schriftsteller Günter Grass und andere Autoren wegen verfassungsfeindlicher Einwirkungen auf die Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane (Paragraph 89 StGB) sowie gegen Störpropaganda gegen die Bundeswehr (Paragraph 109 StGB) eingegangen.

Grass und andere Schriftsteller hatten am 17. Dezember 1983 in der sogenannten „Heilbronner Erklärung" dazu aufgerufen, den Wehrdienst in der Bundeswehr zu verweigern. Ihr Vorwurf: Dieser Dienst sei verfassungswidrig, weil die Bundeswehr sich angeblich auf einen Angriffskrieg vorbereite.

Die Attacke von Grass gipfelte in der Behauptung: „Ich werde in Zukunft das tun, was früher im allgemeinen Sprachgebrauch Wehrkraftzersetzung genannt wurde."

Der Generalbundesanwalt prüft zur Zeit, ob auf diese Strafanzeige strafprozessuale Maßnahmen zu veranlassen seien. Wie die WELT erfuhr, ist die Zuständigkeit des Generalbundesanwaltes gegeben.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Antwort der Soldaten

Der Schriftsteller Günther Grass hat während der sogenannten „Heilbronner Begegnung" der Bundeswehr vorgeworfen, sie handele verfassungswidrig und stehe „außerhalb der Legalität". Daher müßten er, Pastor Albertz und andere die Soldaten zur massenweisen Wehrdienstverweigerung aufrufen.

In der Truppe herrscht Ärger. Ich höre manche Äußerung des Unmuts und des Zorns. Ein Wehrpflichtiger: „Wir haben uns vor Eintritt in die Bundeswehr entschieden. Wir sind Soldaten aus Gewissensgründen. Herr Grass sollte sich hüten, in unsere Kaserne zu kommen. Ich biete ihm Prügel an." Und ein Leutnant: „Wie lange müssen wir uns solche Flegeleien und Beleidigungen noch gefallen lassen? Haben Leute wie Grass, Albertz und Konsorten denn nicht kapiert, daß sie, wenn die Bundeswehr nicht mehr ist, ihr nächstes Dichtertreffen in einer sibirischen Schachtanlage abhalten können?"

Es gehört zu den politischen Instinktlosigkeiten des ES-PE-DE-Wahlhelfers, daß er bei seiner neuen Aktion von „Wehrkraftzersetzung" spricht. Mit diesem gedanklichen Bezug zum Terrorsystem der Nazis diskriminiert er unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Und er verunglimpft die unzähligen Opfer, die unter brauner Herrschaft Verfolgung, Folter und Tod erleiden mußten.

Nicht die Bundeswehr und nicht die NATO gefährden den Frieden. Was uns bedroht, ist ein totalitäres Unrechtsregime, das die Weltherrschaft anstrebt. Das weiß Herr Grass. Und er weiß auch von dem namenlosen Elend im Archipel GULag, von den Todesautomaten an Mauer und Stacheldraht, vom Schießbefehl. Wenn er dennoch Regierung und Bundeswehr angreift, dann muß man Böswilligkeit vermuten. Vielleicht haben die jungen Wehrpflichtigen recht, und es hilft hier wirklich nur eine Tracht Prügel.

Hans K. Nolzen, Generalmajor, Münster

Naturschutz und Realpolitik

„Umwelt: Strauß und Kohl einig"; WELT vom 22. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihrem Berichterstatter Peter Schmalz gebührt Dank, deutlich gemacht zu haben, daß die beabsichtigte Verfassungsänderung des Freistaates Bayern auf Betreiben von Ministerpräsident Strauß in punkto „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen" mit Naturschutz nichts zu tun hat. Der Natur könnte mit einfacheren Mitteln geholfen werden. Niemand hindert Herrn Strauß z. B. daran, den Weiterbau des naturzerstörerischen Rhein-Main-Donau-Kanals, der die Bundesbahn weiter ins Defizit treiben wird, einzustellen.

Der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen würde es auch dienen, die Narrenfreiheit der Dorf-, Stadt-, Landräte und Bürgermeister bekannt unter dem Terminus „gemeindliche Planungshoheit" einzuschränken. Insbesondere wäre es hilfreich, ihnen die Einhaltung geschriebenen Rechts abzuverlangen. So ist es in Bayern heute noch möglich, naturschädigende Großvorhaben in der freien Landschaft in Widerspruch zu Gesetz und Rechtsprechung ohne Bebauungsplanverfahren durchzuziehen.

Schlimm ist es, wenn der Abbau von Naturschutzrechtstiteln per Rechtsverordnung durch den für Naturschutz zuständigen Minister, der hierzulande bezeichnenderweise Minister „für Landesentwicklung (!) und Umwelt" heißt, betrieben wird. So wurde z. B. im Jahre 1982 unter allen Begleiterscheinungen eines Bevölkerungsbetrugs das alte Landschaftsschutzgebiet „Spessart" durch einen sogenannten „Naturpark Spessart" abgelöst, dem die offizielle Begründung „Eilbedürftigkeit insbesondere wegen der Ausweisung neuer Baugebiete" attestiert.

Erst in diesen Tagen wurde der Regionalplan für das bayerische Untermaingebiet verabschiedet. In ihm werden u. a. als ökologische Errungenschaft die Einrichtung regionaler Grünzüge zur Vermeidung eines Zusammenwachsens von Siedlungseinheiten vorgesehen. Ein erheblicher Anteil dieser Grünzüge wurde sinnigerweise auf die Autobahn Frankfurt – Würzburg verlegt, damit die Reste der freien Landschaft, die noch verblieben sind, für Gewerbe- und anderweitige Bauflächen verwendet werden können. Da diese Reihe von Beispielen sich beliebig fortsetzen ließe, ist es unerfindlich, wie sich der bayerische Umweltminister Dick zu dem Urteil versteigen kann, „die anderen Bundesländer seien im Umweltschutz ein bißchen schwach auf der Brust". Apropos: wer hat eigentlich das Verbandsklagerecht für anerkannte Umweltschutzverbände eingeführt? Bayern etwa?

Herr Strauß mag es daher den Naturschützern nicht verübeln, wenn sie gegenüber einer Verfassungsänderung sehr skeptisch eingestellt sind. Die Erfahrung zeigt leider, daß die hohlen Phrasen der Übeltäter um so größer dimensioniert werden, je mehr es mit der Natur bergab geht.

O. Foedtke, Aschaffenburg

Glatter Hohn

Wenn die ÖTV-Vorsitzende Frau Wulf-Mathies behauptet, private Unternehmen seien nicht bereit, öffentliche Dienstleistungen in gleichem Umfang und in gleicher Qualität zu erbringen, so ist das glatter Hohn!

Als pensionierter Beamter reichte ich die Originalbelege über Arztbehandlungs- und Arzneikosten bei meiner privaten Krankenkasse ein, zum anderen schickte ich die gleichen Belege (als Duplikate) an das Nieders. Landesverwaltungsamt in Hannover. Beide Stellen teilen sich in die Erstattung, wobei es sich um Summen über 1000,- DM handelt.

Während meine Privatkasse im Herbst 1983 für Bearbeitung und Erstattung 12 Tage brauchte, brauchte das Niedersächsische Landesverwaltungsamt für die gleiche Arbeit volle 50 Tage – und auch das erst nach zwei mahnenden Ferngesprächen.

Am 7. November reichte ich wieder Belege über 1278,- DM ein. Meine Privatkasse ertattete am 18. November (= 11 Tage danach). Vom Landesverwaltungsamt habe ich bis heute (27. 12. 83 = 51 Tage) noch nichts gehört. Jeder Bürger kann sicher weitere Beispiele nennen.

Das bedeutet für die hier genannten Fälle: daß der öffentliche Dienst für dieselbe Arbeit wenigstens viermal so viel Zeit benötigt wie die Privatwirtschaft; daß im öffentlichen Dienst für dieselbe Arbeit viermal so viel Arbeitskräfte (und Schreibtische und Räume und ... und ... und ...) notwendig sind; daß die vom Steuerzahler finanzierte Arbeitszeit im öffentlichen Dienst viermal so teuer ist wie in der Privatwirtschaft.

Legt man die 40-StundenWoche der Privatwirtschaft zugrunde, so hat, was die Arbeitsleistung anbetrifft, der öffentlich Bedienstete längst eine 10-Stunden-Woche, denn er schafft nur ein Viertel dessen, was sein privater Kollege schafft. Als Steuerzahler, der diese geringe Arbeitseffektivität mitfinanzieren muß, kann ich die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen nur wärmstens begrüßen!

J. Garfs, Bad Pyrmont

Wort des Tages

»Selbstsucht ist ein Labyrinth. Leben heißt, auf ein Ziel eingestellt sein, auf etwas zuwandern. Das Ziel ist nicht mein Wandern, nicht mein Leben; es ist etwas, woran ich mein Leben setze, und ist deshalb außerhalb, jenseits des Lebens.«

José Ortega Y Gasset, span. Philosoph (1883–1955)

Reagans „Angebot" kann nur heißen: Syrer müssen aus Libanon abziehen

Ein Kompromiß gefährdet Abkommen Beirut–Jerusalem / Seit zehn Jahren wird verhandelt

Von JÜRGEN LIMINSKI

Die Geschichte der syrisch-amerikanischen Beziehungen ist reich an Versäumnissen und Illusionen. Sie scheint sich in diesem Sinne weiterzuentwickeln. Das Verhandlungsangebot des amerikanischen Präsidenten Reagan an den syrischen Staatschef Assad entspringt innenpolitischer Not und außenpolitischer Ratlosigkeit. Reagan glaubt offenbar, von dem demokratischen Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur, Jesse Jackson, und dem Syrer Assad durch die Freilassung des Fliegerleutnants Goodman in Zugzwang versetzt worden zu sein. Anders ist sein Angbot kaum zu verstehen. Denn Amerika verhandelt bereits seit mehr als zehn Jahren mit Syrien allgemein um eine Lösung in Nahost und seit sechs Jahren im besonderen um Lösungen für die Libanon-Krise.

Dabei sind die Umstände und Gegebenheiten unverändert:

1. Syrien ist, wie Assad in einer Rede im Juni 1977 selbst erläuterte, militärisch bereits nachweislich seit Ende 1975 in Libanon präsent. Syrische Einheiten waren also illegal im Nachbarland aktiv, noch bevor die Amerikaner im Sommer 1976 Damaskus drängten, nach Libanon einzumarschieren. Die Abkommen von Kairo (9. Juni 1976) und Riad (17. Oktober 1976) schufen eine Rechtsgrundlage, die jedoch mit der Nichterneuerung des Mandats – abgesehen von zahlreichen Mißbräuchen, die die syrische Truppe als reine Besatzungsmacht bloßstellte – am 27. Juli 1982 erlosch. Am 30. März des vergangenen Jahres schließlich wurde auch das Oberkommando der arabischen Abschreckungsstreitmacht formell und offiziell aufgelöst.

2. Damaskus verhehlt seither nicht mehr die wahren Absichten der Syrer in Libanon: Einverleibung in das imaginäre großsyrische Reich. Es gebe keinen Unterschied zwischen den beiden Völkern, behauptete in einem Interview mit „Le Point" der syrische Präsident Assad, um die Präsenz der Syrer zu rechtfertigen. Diese bewaffnete Präsenz, so sein Außenminister Chaddam zusätzlich, sei „gegen Israel gerichtet".

3. Der Schlüssel für die Befriedung und Befreiung Libanons liegt in Damaskus. Denn Israel hat sich dazu bereit erklärt und sogar vertraglich verpflichtet. Im Abkommen zwischen Beirut und Jerusalem heißt es außerdem in Artikel 6: „Jede vertragschließende Partei unterbindet Einmarsch, Stationierung oder Durchzug durch ihr Territorium, ihren Luftraum sowie unter Berücksichtigung des Rechts auf friedliche Durchfahrt gemäß internationalem Recht ihrer Hoheitsgewässer durch militärische Streitkräfte sowie Kriegsmaterial und militärische Ausrüstungsgüter solcher Staaten, die sich gegenüber der anderen vertragschließenden Partei feindselig verhalten."

Sharon gestoppt

Das bedeutet, daß Israel sich erst zurückziehen kann, wenn keine feindlichen Truppen mehr auf libanesischem Boden stehen, mit anderen Worten, wenn Syrien sich zurückgezogen hat.

Washington hat unter den Präsidenten Nixon, Ford und Carter mit Damaskus verhandelt. Der frühere US-Außenminister Kissinger war bereit, den Forderungen der Syrer in puncto Libanon nachzugeben. Reagan übernahm die Hoffnungen, Syrien in das westliche Lager zu ziehen und aus dem Bündnis mit der Sowjetunion auszubrechen. Die große Gelegenheit für eine politische Neuordnung bot sich 1982. Aber die Regierung Reagan stoppte die Panzerarmeen des damaligen israelischen Verteidigungsministers Sharon, der das gesamte libanesische Staatsgebiet von Palästinensern und Syrern befreien wollte. Aber auch nach der syrischen Halbniederlage nutzte Washington die Gunst der Stunde nicht, sondern erlaubte dem Regime in Damaskus, sich mit sowjetischen Waffen wieder auf- und hochzurüsten und somit auch politisch zu stabilisieren. Diese Gelegenheit währte fast eineinhalb Jahre. Dann war sie vertan.

Im Dezember des vergangenen Jahres bot sich abermals eine Gelegenheit, als die syrische Führung durch die Herzattacken Präsident Assads in Turbulenzen geriet. Damaskus griff wieder wie schon im Spätsommer 1982 zum bewährten Mittel im Umgang mit Amerika: Verhandlungsbereitschaft signalisieren. Es empfing den amerikanischen Sonderbotschafter Rumsfeld und zeigte sich sehr gesprächswillig. Assad gewann fünf Wochen Zeit zur Genesung. Auch wenn er nicht mehr so arbeits- und handlungsfähig ist wie vor den übrigens offiziell eingestandenen Herzattacken im November, so reicht es offenbar doch aus, um die syrische Politik weiterhin zielstrebig zu verfolgen, gemeinsam mit seinen engen Vertrauten, die zeitweise die Führung übernommen hatten.

Nun will Reagan wieder mit Assad verhandeln. Seine Forderung aber kann nur lauten: Syrien muß abziehen, bedingungslos. Jeder Kompromiß gefährde das israelisch-libanesische Abkommen und legalisierte die illegale Besatzung. Eingekeilt zwischen innenpolitischer Szylla und außenpolitischer Charybdis aber scheint es Reagan heute an Entschlossenheit zu fehlen: Ratlosigkeit verrät die Bemerkung eines Ratgebers dieser Tage: Es sei durchaus nicht unehrenhaft, so erklärte dieser, „zuzugeben, daß alle unsere Bemühungen, Libanon vor der Selbstzerstörung zu bewahren, vergeblich gewesen sind".

Zyperns Griechen lehnen Denktaschs Vorschläge ab

SAD, **Athen**

Zyperns Griechen sind nicht bereit, den Dialog mit den Inseltürken auf der Grundlage der neuen Friedensvorschläge des Präsidenten der türkischen Republik von Nordzypern, Rauf Denktasch, wiederaufzunehmen. Ein Regierungssprecher in Nikosia bezeichnete Denktaschs neuen Vorstoß als ein „taktisches Manöver", dessen offenkundiges Ziel die Beendigung der Isolation des international nicht anerkannten türkischen Teilstaates sein soll.

Denktasch hatte Anfang dieser Woche die Rückgabe eines großen Teils der seit 1974 von türkischen Truppen besetzt gehaltenen Hotelstadt Famagusta an die vertriebenen griechischen Bewohner unter UNO-Verwaltung angeboten. Ebenfalls hatte er die Wiederinbetriebnahme des internationalen Flughafens von Nikosia vorgeschlagen.

Regierungssprecher Christofides sagte in Nikosia, daß der Widerruf der einseitigen Unabhängigkeitserklärung durch die Inseltürken die wichtigste Voraussetzung zur Wiederaufnahme der Direktverhandlungen sei. Erst anschließend würde die Suche nach einer „dauerhaften und gerechten" Lösung des Zypernkonflikts möglich sein.

Inzwischen hat die türkische Regierung den Abzug von 1500 Soldaten aus Zypern angekündigt. Ein Sprecher des Außenministeriums in Ankara sagte, daß die Türkei durch diese Geste zur Schaffung eines neuen Klimas des gegenseitigen Vertrauens auf der Insel beitragen möchte.

Israel wehrt sich gegen Änderung der Resolution 242

PLO als Partner nicht akzeptabel / Pariser Vorschlag

EPHRAIM LAHAV, **Jerusalem**

Israel hat einen scharfen Protest gegen die informell bekanntgegebene Absicht der französischen Regierung eingelegt, die Resolution 242 des Sicherheitsrates der Vereinten Natinonen vom November 1967 ändern zu lassen.

Über diese Absicht berichteten israelische Zeitungen sowie der Rundfunk. Danach soll der Vorstoß gemeinsam mit Ägypten und der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO betrieben werden. Paris hat diese Meldung nicht dementiert.

„242" ist heute schon ein Grundbegriff in der Nahost-Diplomatie geworden. Der Friedensvertrag mit Ägypten erwähnt „242" ausdrücklich als seine Grundlage. Die Resolution bildete den Abschluß des Sechs-Tage-Krieges vom Juni 1967, in dessen Folge Israel die Sinai-Halbsinel, den Gaza-Streifen, Westjordanland und die Golan-Höhen besetzte. Nach langen, zähen Verhandlungen zwischen den Großmächten kam es dann zu einem von Großbritannien vorgeschlagenen Kompromiß, der Israels Rückzug „aus besetzten Gebieten" (nicht aus „allen besetzten Gebieten") forderte, jedoch nach einer „friedlichen und akzeptierten Regelung im Einklang mit den Verfügungen und Grundsätzen dieser Resolution". Mit Ägypten ist es zu einer solchen „Regelung" gekommen, sagen die Israelis. Sie haben deshalb auch die ganze Sinai-Halbinsel geräumt.

Die nun von den Franzosen vorgeschlagene Änderung sehe harmlos aus, erklärte ein Sprecher im israelischen Außenministerium gegenüber dem Springer-Auslandsdienst. Doch berge sie eine Falle: In einem ergänzenden Absatz soll es laut französischer Version heißen: „Israel wird aufgefordert, mit den Vertretern der Palästinenser über ihre nationalen Rechte zu verhandeln."

An sich ginge dieser Zusatz nicht weiter als beispielsweise das Camp-David-Abkommen des Jahres 1978. Dort gebe es eine von dem damaligen israelischen Premier Menachem Begin unterzeichnete Anerkennung der „legitimen Rechte des palästinensischen Volkes". Dennoch ist Israel aufs entschiedenste gegen dieser Anreicherung von 242.

Das israelische Außenministerium nennt den Grund: „Im Dezember 1974 trat in Rabat, Marokko, eine arabische Gipfelkonferenz zusammen und beschloß, daß die PLO ‚die einzige legitime Vertreterin' des palästinensischen Volkes sei. Wir erkennen dieses Recht nicht an. Aber wir vermuten, daß die arabischen Staaten die französische Novelle zu 242 zusammen mit der Resolution von Rabat lesen wollen. Das würde uns die Pflicht auferlegen, mit der PLO zu verhandeln, was natürlich überhaupt nicht in Frage kommt. Deshalb sehen wir in der französischen Absicht eine Gefahr."

Das französische Außenministerium hat mittlerweile dem israelischen Botschafter versichert, es würde keine Initiative ergreifen, ohne Israel vorher zu konsultieren. Doch hat sich Paris nicht verpflichtet, sich den israelischen Einwänden zu fügen. (SAD)

Buenos Aires bietet Garantien für Falkland

rtr, **Buenos Aires**

Die argentinische Regierung hat Großbritannien besondere Garantien angeboten, falls sich die Regierung in London zur Übergabe der Falkland-Inseln an Argentinien bereitfinden sollte. In der ersten Erklärung der neuen Regierung von Präsident Raul Alfonsin zum Falkland-Problem wird Großbritannien aufgefordert, über eine friedliche Übergabe zu verhandeln. Das Schicksal der rund 1800 Inselbewohner – die meisten sind Schafzüchter britischer Abstammung – könne dabei durch einen speziellen, noch auszuhandelnden Status abgesichert werden, hieß es in dem vom Außenministerium veröffentlichten Kommunique.

Argentinien hatte 1982 die Inseln vorübergehend unter seine Kontrolle gebracht, in einem kurzen Krieg dann aber wieder an Großbritannien verloren. Die Regierung in Buenos Aires hat sich bislang geweigert, das Ende der Feindseligkeiten zu bestätigen, bevor die Briten neuen Verhandlungen über die vor 151 Jahren von ihnen in Besitz genommene Inselgruppe zustimmen. Die Regierung in London hat das kategorisch abgelehnt.

Paris gibt deutsches Eigentum jetzt frei

dpa, **Paris**

Die Freigabe von deutschem Eigentum, das in Frankreich mit einer Verordnung aus dem Jahre 1944 beschlagnahmt worden war, hat jetzt Rechtsgültigkeit erlangt. Nach der Verabschiedung durch das Parlament und Unterzeichnung durch Staatspräsident François Mitterrand wurde das entsprechende Gesetz im Staatsanzeiger vom 4. Januar veröffentlicht. Innerhalb von drei Jahren können die deutschen Besitzer (oder ihre Erben), die es vor dem 2. September 1939 rechtmäßig erworben hatten, ihr Eigentum zurückfordern und zwar, wie es in dem Text heißt, ohne weitere Forderungen im heutigen Zustand.

Mischnick spricht an Genschers Stelle

hey. **Bonn**

Der FDP-Vorsitzende, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, hat nach seinem schweren Verkehrsunfall, bei dem er sich einen Brustbeinbruch zugezogen hatte, für die nächsten Tage alle Termine absagen müssen. Beim traditionellen Dreikönigstreffen der Freien Demokraten morgen in Stuttgart wird für ihn sein Stellvertreter Wolfgang Mischnick sprechen. Abgesagt wurde auch der Besuch des rumänischen Außenministers Stefan Andrei; der Minister aus Bukarest wollte zur Vorbereitung der Stockholmer KVAE-Konferenz am Sonntag nach Bonn kommen. An der Eröffnung der Konferenz am 16. Januar will Genscher jedoch teilnehmen. Gegenwärtig werden Gesprächstermine mit europäischen Amtskollegen vorbereitet.

Seite 3: Streß der Politiker

Untersuchungen werden ausgeweitet

dpa, **Berlin**

Zu weiteren Untersuchungen der Brandkatastrophe, bei der am Silvesterabend sechs Ausländer in einer Berliner Abschiebehaftanstalt starben, ist ein zweiter Staatsanwalt eingesetzt worden. Das teilte die Justizverwaltung gestern mit. Außerdem wollen Vertreter der von Innensenator Heinrich Lummer (CDU) eingesetzten Kommission der Innenverwaltung, der Polizei und der Feuerwehr die Räumlichkeiten in der Abschiebehaftanstalt im Stadtteil Lichterfelde besichtigen. Ihre Prüfungsergebnisse sollen in einer weiteren Sitzung am 13. Januar beraten werden.

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Jean-Claude Riber, Generalintendant der Bühnen der Stadt Bonn, wurde Ritter der französischen Ehrenlegion. Schon 1980 war er mit dem Orden „Verdienste für die Künste und die Literatur" ausgezeichnet worden.

*

Jörg Biberstein, Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium und seit 1970 zuständig für Filmwirtschaft, Verlagswesen und andere kulturwirtschaftliche Fragen, ist vom französischen Kulturminister **Jack Lang** wegen seiner Verdienste auf dem Gebiet der Kultur, vor allem des Films und des Buchverlagswesens, mit dem Orden „Verdienste für die Künste und die Literatur" ausgezeichnet worden. Schon 1982 hatte er den Nationalen Verdienstorden der Republik Frankreich erhalten.

*

Dr. **Jens Alber** vom Forschungsinstitut für Soziologie der Universität Köln ist vom International Social Science Council (Paris) der „Stein Rokkan Prize in Comparative Research 1983" für sein Buch „Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat" zugesprochen worden. Das Buch beschreibt die Entwicklung der Sozialversicherung in Europa. Der Preis wird im Gedenken an den norwegischen Sozialwissenschaftler Stein Rokkan alle zwei Jahre vergeben.

GEBURTSTAGE

Prof. Dr. **Günther Jaenicke**, emeritierter Ordinarius für Öffentliches Recht an der Universität Frankfurt, feiert am 5. Januar seinen 70. Geburtstag. Jaenicke, Vorstandsmitglied der Deutschen Vereinigung für Internationales Recht, langjähriger Vorsitzender der Gesellschaft für Völkerrecht und langjähriger Prozeßvertreter der Bundesrepublik beim Internationalen Gerichtshof, genießt weltweites Ansehen.

*

Der seit 1982 emeritierte Würzburger Neutestamentler und Ökumeniker Prof. Dr. **Rudolf Schnackenburg** vollendet am 5. Januar sein 75. Lebensjahr. Der in Kattowitz geborene Gelehrte, Prälat und Konsultor des deutschen Episkopats für Sitten- und Glaubensfragen, ist u. a. Mitherausgeber des ökumenischen Kommentars zum Neuen Testament.

Syrien sucht politischen Spielraum

▲ Fortsetzung von Seite 1

nach einer Unterredung mit dem stellvertretenden Außenminister Kenneth Dam, der Kongreß werde die dem *Präsidenten gewährte* 18-Monate-Frist kürzen, wenn es nicht gelinge, die diplomatischen Bemühungen um eine Libanon-Lösung erfolgreich zu beenden.

Die Erwartungen, die Damaskus mit der Freilassung des amerikanischen Marinefliegers verbindet, werden in einer offiziellen syrischen Erklärung deutlich: „Die syrische Regierung hofft, *daß die US-Regierung* Maßnahmen ergreifen wird, um ihre militärische Verstrickung in Libanon zu beenden, die auch die Kompliziertheit der Lage in Libanon und der gesamten Region verschärft hat."

Israel fliegt schweren Angriff

AP, Beirut

Die israelische Luftwaffe hat gestern ihren schwersten Angriff in Libanon seit der Invasion 1982 unternommen und Stellungen proiranischer Guerillas im syrisch beherrschten Bakaatal eine Stunde lang bombardiert und beschossen. Der staatliche libanesische Rundfunk meldete gestern abend, fast 100 Menschen seien getötet und 400 verletzt worden.

Es war der zweite israelische Luftangriff in Libanon in zwei Tagen: Am Dienstag waren palästinensische Stellungen bei Bhamdun in ebenfalls syrisch kontrolliertem Gebiet das Ziel gewesen. Der libanesische Rundfunk vermutete als Motiv Israels, daß eine mögliche Annäherung zwischen Syrien und den USA nach der Freilassung des gefangengenommenen US-Marinefliegers Robert Goodman sabotiert werden solle. Eine Verbesserung der amerikanisch-syrischen Beziehungen zu bremsen oder zu zerstören scheine der Zweck hinter dem anhaltenden Angriff zu sein, hieß es.

Nach Berichten des libanesischen Rundfunks und der Polizei griffen 16 Kfir-Kampfflugzeuge in vier Formationen eine Ansammlung von Dörfern um Baalbek und ein Polizeirevier und eine ehemalige Berufsschule am südlichen Stadtrand an. Als Leute vom Viehmarkt herbeigeeilt seien, um zu helfen, seien die Flugzeuge zu einem weiteren Angriff zurückgekehrt, dem Dutzende von Zivilisten zum Opfer gefallen seien.

In Tunesien sprang der Funke über

Soziale Not im Süden verband sich mit regimefeindlichen Stimmungen im Norden

Von MANFRED ROWOLD

Der Januar hat's in sich in Tunesien: 1978 war es der 26., jener „schwarze Donnerstag", an dem jäh eine *Illusion in blutigen Auseinandersetzungen* in den Straßen von Tunis zerstört wurde. Tunesien verlor damals den Ruf, unter den Ländern der Dritten Welt eine prosperierende Insel politischer Stabilität zu sein. Es war ein Land, in dem Liberalität und das autokratische Regime eines Mannes, Habib Bourguiba, und einer Einheitspartei, der Destour, keine Ge*gensätze zu sein schienen.*

Die Bilder vom vergangenen Dienstag erinnern an jenen historischen Donnerstag, auch wenn das Ausmaß des Aufruhrs geringer scheint: 1978 starben in den Straßen von Tunis Dutzende Menschen, die dem Aufruf der Gewerkschaft UGTT zu einem eintägigen Generalstreik gefolgt waren – Protest gegen zu *niedrige Löhne und gewerkschaftliche* Ohnmacht. Damals war es eine Machtprobe, die die Gewerkschaft unter Habib Achour gegen Armee, Polizei und Partei verlor. Die UGTT-Führung wurde verhaftet und durch eine Marionetten-Mannschaft ersetzt. *Der einzige oppositionelle Faktor* war ausgeschaltet, nicht aber die Oppositionsstimmung.

Demokratische Öffnung

Was dann folgte, war der Versuch, *in kleinen Schritten das zerstörte* Bild vom liberalen, stabilen Tunesien zu restaurieren: Achour, eine Symbolfigur für den tunesischen Arbeiter, wurde mit weiteren Genossen freigelassen und rehabilitiert. Die UGTT durfte sich von ihrer Marionet*ten-Führung lösen.* Allerdings stellte sie bei den Parlamentswahlen vom November 1981 gemeinsame Listen mit der Destour auf, der Partei des Staatsgründers Bourguiba, der seit der Unabhängigkeit 1956 zu einem lebenden politischen Denkmal geworden ist, wahrscheinlich von einer Mehrheit ebenso verehrt wie von einer Minderheit gehaßt.

Die Wahlen von 1981 sollten den demokratischen Durchbruch bringen. Sie waren eine Idee des neuen Ministerpräsidenten Mohammed Mzali, ehemals Erziehungsminister, Poet, hoher Sportfunktionär, der Mann, den sich Bourguiba zum Nachfolger als Staatspräsident erkoren hat. Zum ersten Mal waren oppositionelle Gruppen – liberale, sozialisti*sche und kommunistische – zugelassen*, doch die Wahlen entpuppten sich als Farce: Offenkundige Manipulationen wurden entdeckt und der gesamten Opposition, von der erst seit kurzem drei Gruppen Parteienstatus haben, gestand der Innenminister knapp fünf Prozent der Wählerstimmen zu – ein wahrlich unrealistisches Bild der Stimmungslage. Das *demokratische Experiment scheiterte* wahrscheinlich an den Widerständen in der Regierungspartei und wurde so zu einer Niederlage für Mzali.

Die massiven Proteste gegen die seit Jahresbeginn geltende Erhöhung des Brotpreises um 110 Prozent werfen einen weiteren Schatten auf Mzali. Im September war Wirtschaftsminister Lasram zurückgetreten, weil er sich *nicht mit seiner Forderung* nach einer stufenweisen Erhöhung durchsetzen konnte. Vielleicht wäre es weise gewesen, seinem Rat zu folgen – und damit dem Beispiel der Marokkaner im vorigen Jahr.

Die Regierung hat *gute Gründe*, die Subventionen abzubauen. Sie hat dies frühzeitig angekündigt, aber eben nicht das Ausmaß. Die Gründe: Seit *20 Jahren* wurde der *Brotpreis* durch Subventionen stabil *gehalten* – zur Abwehr von Inflation und hohen Lohnforderungen. Diese Subventionen, 1983 rund 300 Millionen Dollar, belasteten den Etat besonders angesichts einer anhaltenden Dürre und wachsender *Auslandsverschuldung*. Daß die Brotpreise erhöht werden mußten, darüber gab es kaum Streit.

Anders als 1978 steht die Gewerkschaft heute nicht voll hinter den zumeist jugendlichen Demonstranten, obwohl sie jetzt mit der Regierung über die Rücknahme der neuen Preise verhandelt, die sie zuvor „geschluckt" hatte. Die größte Oppositionspartei, die Sozialistischen Demokraten, verurteilte die Ausschreitungen ebenso wie die „brutale" Re*aktion der Regierung. Die wiederum* will der ärmsten Bevölkerung zum Beispiel durch die Anhebung der Mindestlöhne entgegenkommen. Aber was hilft eine solche Maßnahme einem Arbeitslosen?

Hier liegt wohl eine Erklärung dafür, warum die Unruhen von Kasserine und Gafsa ausgingen. Es sind gegenüber dem reicheren Norden und Osten des Landes *unterentwickelte* Gebiete im Südwesten, wo nach offiziellen Angaben jeder vierte Arbeits*fähige ohne Beschäftigung ist. Schon* einmal hatte Gafsa Schlagzeilen gemacht: 1980, wieder im Januar, hatten hier Tunesier ein Blutbad angerichtet, das ein Fanal zum Sturz des Regimes sein sollte. Gafsa galt schon in den fünfziger Jahren als schwieriges soziales und politisches Gelände. Die Angreifer waren Gastarbeiter in Libyen und dort militärisch vorbereitet *worden*.

Tradition contra Moderne

Daß die Unruhen erst Tage später auf Tunis und die ebenfalls reiche Stadt Sfax übergriffen, deutet auf eine zweite Komponente hin: Im Süden mag soziale Not im Vordergrund stehen, im Norden mischt sich politi*sche Unzufriedenheit in den Protest*, der hier offenbar stark von studentischen Kreisen getragen wird, in deren Reihen es Sympathie für den islamischen Fundamentalismus gibt.

Es gibt Spekulationen, daß zumindest in der Hauptstadt vor allem fundamentalistische Kräfte Unruhe schürten, Autos in Brand setzten und zu Steinen griffen. Diese Kräfte arbeiten im Untergrund und werden wohl kaum die Chance erhalten, für einen theokratischen Staat auf dem Fundament des Islam von einer legalen Plattform aus werben zu können. Die Regierung hat gegenüber diesen Kräften einen deutlichen Grenzstrich gezogen, die von Mzali geförderte parteipolitische Öffnung des Systems macht vor ihnen halt. Den Führern der Fundamentalisten wurde 1981 der Prozeß gemacht; die meisten sitzen noch in den Gefängnissen.

Der Grund liegt auf der Hand: Bourguiba hat immer nach Europa geblickt, er studierte in Paris, ihn prägten westliche, vor allem französische Vorbilder, nach denen er aus Tunesien einen modernen Staat machen wollte, ohne die Traditionen seiner sechs Millionen Landsleute zu mißachten. Dieses Lebenswerk will er nicht durch Leute gefährden lassen, die in der radikalen Abkehr von den Werten des Westens das Heil sehen. Wie stark diese Kräfte sind – das ist das tunesische Rätsel.

Der 80jährige Bourguiba hat allen Anlaß, sich Sorgen zu machen über einen friedlichen Übergang in die Ära nach Bourguiba.

Staatsanwalt: Antonow soll ins Gefängnis zurück

Fluchtgefahr / Befürchtungen um Sicherheit des Bulgaren

DW. Rom

Der stellvertretende Generalstaatsanwalt Antonio Albano hat Berufung gegen *die Haftverschonung* des angeblich in das Papst-Attentat verwikkelten Bulgaren Sergei Ivanow Antonow eingelegt. Albano begründete sein Vorgehen gegen den Repräsentanten der „Balkan Air" in Rom mit Fluchtgefahr, zudem fürchtet man um die Sicherheit Antonows.

Antonow war am 21. Dezember vergangenen Jahres wegen seines schlechten Gesundheitszustandes nach 13monatiger Untersuchungshaft aus dem Gefängnis entlassen und in Rom in einem vorwiegend von bulgarischen Diplomaten bewohnten Haus unter Hausarrest gestellt worden. Gegen ihn besteht nach wie vor der Verdacht, bei dem von dem Türken Ali Agca ausgeführten Mordanschlag auf den Papst am 13. Mai 1981 Beihilfe geleistet zu haben. Der Attentäter hatte den Bulgaren schwer belastet. Anklage ist gegen den im November 1982 verhafteten Antonow allerdings noch nicht erhoben worden.

Nach der Entlassung aus der Untersuchungshaft hatte der römische Untersuchungsrichter *Martella* die Akten des Falles Antonow der Staatsanwaltschaft zur formellen Anklageerhebung zugeleitet. Diese muß nun entscheiden, ob gegen Antonow und die beiden ebenso verdächtigten bulgarischen Diplomaten Todor Ayvazoff und Jelio Wassilew Koloff Anklage erhoben wird. Sollte es zu einem Schwurgerichtsprozeß kommen, wird mit diesem im Mai gerechnet. Richter Martella besitzt die Zusicherung der Bulgaren, daß der unter Hausarrest gestellte Luftlinien-Angestellte *das Land nicht verlassen* werde. Die beiden mitverdächtigten Ayvazoff und Koloff hatten sich rechtzeitig nach Bulgarien abgesetzt. Unter dem Verdacht der Beihilfe sind außerdem die Türken Omar Bagci und Cedar Celbei in Italien in Untersuchungshaft.

Bulgarien hatte nach der Haftentlassung *Antonows* erklärt, es sei jetzt „völlig klar", daß weder Antonow noch Sofia mit dem Attentat auf den Papst etwas zu tun hätten. Für solche Schlußfolgerungen ist es nach Ansicht des Richters Martella zu früh.

Antonow bestreitet die Aussage Ali Agcas, er habe sich mit ihm und zwei anderen in die Heimat zurückgekehrten Bulgaren mehrmals zur Vorbereitung des Papst-Attentats getroffen. An Agcas Aussagen wurden allerdings Zweifel laut, als sich nach der Verhaftung Antonows herausstellte, daß Agca im *Gefängnis* Kontakt mit *Geheimdienstagenten und* mit einem der Camorra nahestehenden Priester gehabt hatte. Die Camorra ist eine kriminelle Untergrundorganisation in Neapel. Es wurde der Verdacht geäußert, Agcas Aussage könnte von dieser Seite suggeriert worden sein.

Iran: Militärtribunal eröffnet die Prozesse gegen die Tudeh

Todesurteile verkündet / Moskau übt Druck auf Teheran aus

dpa/DW. Paris

Wegen „Spionage für die Sowjetunion" hat ein geheimes iranisches Militärtribunal den früheren Marinebefehlshaber Kapitän Bahram Afzali und den Leiter des Militärflügels der kommunistischen Tudeh-Partei, Oberst *Mehdi Partovi*, zum Tod durch Erschießen verurteilt.

Exilkreise erwarten, daß die Führer der Partei, unter ihnen Generalsekretär Kianuri, erst vor Gericht gestellt werden, wenn alle Angehörigen des Militärflügels verurteilt sind. Wie der Chef der islamischen revolutionären Militärgerichte, Hojatollislam Reyshahri, sagte, soll noch rund 200 Tudeh-Mitgliedern wegen Spionage und Diebstahls von Waffen sowie Dokumenten der Prozeß gemacht werden.

Nach amtlichen Schätzungen sind gegenwärtig mehr als 6000 Tudeh-Parteimitglieder und Sympathisanten in Teheran inhaftiert. Mit einer *Ausnahme haben alle Parteiführer* der kommunistischen Organisationen in den vergangenen Monaten in einer Reihe von Fernsehgeständnissen die UdSSR als den „Feind Nummer eins der Menschheit" und den Marxismus als „eine Doktrin der Sklaverei" *verurteilt* und ihren Übertritt zum Islam erklärt. Beobachter erwarten, daß die Mehrheit der Inhaftierten zu Beginn des iranischen neuen Jahres im März nach Unterzeichnung einer Reueerklärung freigelassen wird.

Der Rundumschlag gegen *die* Tudeh-Partei, die seit der islamischen *Revolution von 1978 enthusiastisch* für den Führer Ayatollah Khomeini eingetreten war, begann im Januar 1983. Damals waren Iran aus westlichen Geheimdienstquellen Beweise zugespielt worden, daß Moskau Aktionen plane, falls das iranische Regi*me zusammenbrechen sollte. Über*zeugt von der verräterischen Rolle der Tudeh-Partei wurde Teheran durch die Informationen des früheren Residenten des sowjetischen Geheimdienstes in Teheran, Wladimir Kusitschkin, der im Juni 1982 zu den Briten übergelaufen war. *Die darauf* einsetzende Verhaftungswelle gegenüber der Tudeh-Partei erfaßte auch 1500 Offiziere der Revolutionsgarden und der Marine.

Die Sowjetunion hat erheblichen *Druck auf* Teheran ausgeübt, damit die Tudeh-Führer nicht hingerichtet werden. Der Leiter der Mittelost-Abteilung im sowjetischen Außenministerium, Wassili Safrantschok, hat Teheran mehrere Blitzbesuche abgestattet, um die summarische Erschie*ßung von Tudeh-Funktionären zu* verhindern, was anderenfalls zum Bruch zwischen beiden Regierungen führen könnte.

Das langsame Vorgehen der iranischen Justiz, die den Abschluß der Verfahren über Monate in die Länge zieht, gibt nach Ansicht von Beobachtern Revolutionsführer Khomeini die notwendige Zeit, um zu entscheiden, ob er den offenen Konflikt mit der UdSSR riskieren soll.

1984 mindestens soviel Lehrstellen wie im Jahr 1983

Umfrage bei Verbänden / Flexibilität ist entscheidend

PETER PHILIPPS, Bonn

Fast alle Branchen in Handel, Handwerk und Industrie wollen in diesem Jahr das zahlenmäßige Niveau ihres Lehrstellen-Angebots von 1983 zumindest halten. Dies hat eine Umfrage des „Instituts der deutschen Wirtschaft" ergeben. Sie war eingebettet in eine Konjunkturumfrage unter den wichtigsten Wirtschaftsverbänden, die ein Beschäftigungspotential von mehr als 14 Millionen Arbeitnehmern repräsentieren.

Auch Branchen, die *mit sinkender* Beschäftigung rechnen, wie die chemische Industrie und der Einzelhandel, hätten zumindest ein Halten ihres Lehrstellenangebots angekündigt, teilen die Arbeitgeber mit. Handwerk und Versicherungswirtschaft wollen ihre Zahlen steigern. Der Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft, Georg Büchner, kündigt in seiner Antwort auf die Umfrage an: „Die Unternehmen der Branche werden versuchen, ihre Ausbildungsquote, die derzeit durchschnittlich bei 8,1 Prozent liegt, auch 1984 weiter zu erhöhen." Und der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker, sagt zu: „Die von der Konjunkturentwicklung weitgehend unabhängige Bereitschaft des Handwerks, seine Ausbildungsanstrengungen noch zu verstärken, wird auch für das Jahr 1984 gelten."

Alle vorliegenden Zahlen machen deutlich, daß auch nur eine noch größere Anstrengung der deutschen Wirtschaft als im vergangenen Jahr für ein einigermaßen ausreichendes Lehrstellenangebot 1984 sorgen kann. 677 000 Ausbildungsverträge wurden 1983 bundesweit neu abgeschlossen – ein Rekord und ca. 46 000 mehr als im Jahre 1982. Am maßgeblichen Stichtag 30. September waren außerdem noch 20 000 Lehrstellen bei den Arbeitsämtern als unbesetzt gemeldet und 46 000 Bewerber noch nicht vermittelt. Die Lage zu Beginn des Jahres 1984 ist vor allem aus drei Gründen noch schwieriger als vor zwölf Monaten: Die Zahl der Schulabgänger wird in diesem Jahr höher sein, es werden weniger Ausbil*dungsplätze* durch Beendigung bestehender Lehrverhältnisse frei, und die Zahl der „Altbewerber", die in den vergangenen Jahren erst einmal mit schulischen und überbetrieblichen Übergangsangeboten versorgt wurden, ist weiter angestiegen.

Angesichts dieser Situation betonen auch die Arbeitgeber schon heute, daß es in diesem Jahr neben noch weiter verstärkten Anstrengungen der Wirtschaft vor allem auf die Flexibilität der Bewerber und der Berufsberatung ankommt, um den Engpaß zu überwinden. So weist Günther Herion, Präsident des Hauptverbandes der Bauindustrie, darauf hin, daß das Bauhauptgewerbe zwar im vergangenen Jahr „die Zahl der gewerblich Auszubildenden auf 76 000 erhöht" habe, daß aber diese Zahl „noch höher sein könnte, wenn mehr junge Leute bereit wären, einen Bauberuf zu erlernen". Und fast resignierend äußert Ernst-Günther Plutte, Präsident des Gesamtverbandes der Textilindustrie: In seiner Branche werde die Lehrstellenzahl 1984 wohl nicht erhöht werden, schließlich seien die 1983 angebotenen Plätze „erneut bei weitem nicht besetzt" worden.

Glotz warnt SPD vor Blockierung des Privatfunks

fac. Bonn

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter *Glotz* übernimmt in seiner Partei immer stärker die Rolle des Warners vor einer weiteren Blockierung des privaten Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland. In einem Beitrag für die Wochenzeitung „Rheinischer Merkur" markiert Glotz, vor seinem parteipolitischen Engagement ein einflußreicher Kommunikationswissenschaftler, seine Zielsetzung: Die SPD dürfe sich nicht damit abfinden, die Entwicklung der neuen Medien sozusagen vom Balkon aus zu beobachten. Richtschnur ihres medienpolitischen Handelns müsse es vielmehr sein, diesen Prozeß zu beeinflussen.

„Notwendig ist eine offensive, kreative einfache Dogmen überspringende Medienpolitik, die sich nicht nur an Kapitalströmen, sondern an gesellschaftlicher Kommunikation orientiert und die alle möglichen Partner einbezieht, die zu diesem Kommunikationsprozeß beitragen können." Bereits früher hatte Glotz diese Politik als die einer „sozialen Steuerung" der neuen technischen Kommunikationsmöglichkeiten beschrieben. Er macht sich jetzt auch die These von Politikern der Union und der FDP zu eigen, daß die Bundesrepublik Deutschland medienpolitisch keine isolierte Insel sei.

Die bisherige, auf Abschirmung von anderen als öffentlich-rechtlichen Programmveranstaltern bedachte Haltung sucht der SPD-Geschäftsführer so zu entschuldigen: Diese Politik habe dafür gesorgt, vorschneller Geschäftemacherei einen Riegel vorzuschieben. Es sei gelungen, dem an einem sozialverantwortlichen Programmauftrag gebundenen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wie auch der Video-Technik eine gute Ausgangsposition für das neue Konkurrenzverhältnis zu verschaffen.

Moskau will Schulen reformieren

dpa, Moskau

In der Sowjetunion wird eine grundlegende Reform der gesamten Schulausbildung erwogen. Anstatt wie bisher mit sieben soll der Großteil der Schulanfänger von 1986 an mit sechs Jahren eingeschult werden. Die Hauptschule soll um ein Jahr auf insgesamt elf Jahre verlängert werden. Nach den gestern in der Parteizeitung „Prawda" veröffentlichten Reformvorschlägen sollen außerdem *weniger Schüler das Abitur machen* und dafür „doppelt so viele" die Berufsschule besuchen.

Kairo zieht Angebot an PLO zurück

dpa, Kairo

Die ägyptische Regierung hat offenbar ihr Angebot zurückgezogen, *eine PLO-Exilregierung in Kairo zu* beherbergen. In einem gestern veröffentlichten Artikel der offiziösen Zeitung „Al Ahram" heißt es dazu: „Die Gründung einer solchen Exilregierung in Kairo kommt jetzt nicht in Frage", denn Kairo sei daran interessiert, *„seine Aktionsfreiheit zu bewahren"*. Außerdem lege die ägyptische Regierung darauf Wert, auch die – wie es hieß – palästinensische Entscheidungsfreiheit und „die Aktionsfreiheit für eine legitime palästinensische Bewegung zu erhalten".

Gericht verweigert Flick-Ausschuß Akten

AP, Bonn

Das Bonner Landgericht, das über die Eröffnung eines Verfahrens gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) wegen Bestechlichkeit entscheiden muß, hat die Herausgabe von 36 Beweismittelordnern an den Flick-Untersuchungsausschuß des Bundestages abgelehnt. Der vorsitzende Richter der Siebenten Großen Strafkammer, Hans-Henning Buchholz, teilte dem Ausschußvorsitzenden Manfred Langner (CDU) nach Angaben des Bundestages gestern mit, einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß stehe ein Recht auf Akteneinsicht nur im Rahmen der Strafprozeßordnung zu.

Abzuwägen sei einerseits zwischen der Wahrnehmung der parlamentarischen Untersuchungsaufgaben und andererseits dem Interesse der Rechtspflege sowie aller Verfahrensbeteiligter an einem „zügigen und möglichst störungsfreien Ablauf des Strafverfahrens". Buchholz räumte ein, daß vor allem wegen Indiskretionen im Zusammenhang *mit der* Anklageerhebung gegen Lambsdorff und wegen der „ungewöhnlichen Publizität" Zweifel daran geäußert worden seien, ob noch ein unvoreingenommenes Verfahren möglich sei.

Bei der Herausgabe von Strafakten, die in einem Untersuchungsausschuß öffentlich erörtert werden sollen, bestehe die Gefahr, daß „weitere Einzelheiten des Verfahrens" bekannt würden. Es sei darüber hinaus unzulässig, daß der Ausschuß Beweismittel erhalte, die aus Durchsuchungen und Beschlagnahmen der Staatsanwaltschaft herrührten. Da dem Ausschuß „derartige Zwangsmittel" nicht zustünden, würde die „Übergabe von Beweismitteln zu einer von der Verfassung nicht gedeckten Kompetenzerweiterung des *Untersuchungsausschusses führen*".

Spitzfindige Behörde

gtm (Stockholm) – Daß schwedische Behörden an Spitzfindigkeiten kaum mehr zu übertreffen sind, wenn es darum geht, Einnahmequellen zu erschließen, ist eine häufig belegte Tatsache. Zu den jüngsten Beweisen zählt das zweitinstanzliche Urteil des Versicherungsobergerichts, in dem dem Reichsversicherungsamt das Recht zugesprochen wird, eigenmächtig und ohne Berücksichtigung vertraglicher Grundlagen zu entscheiden, ob ein Arbeitnehmerverhältnis vorliegt oder nicht.

Diese Machtwillkür bekam nun auch ein deutsches Unternehmen zu spüren. Weil die Ehefrau eines in Schweden tätigen Handelsvertreters diesem bei der Verrichtung seiner Arbeit behilflich war, verlangt nun das Amt von dem deutschen Arbeitgeber auch für die Frau die Zahlung von Arbeitgeberabgaben. Als wichtige Kriterien für diese Beurteilung führt die Behörde an, die Arbeit sei gemeinsam verrichtet worden, und zudem sei die Provision auf das gemeinsame Bankkonto der Eheleute überwiesen worden.

Aus diesem Beschluß folgert die deutsch-schwedische Handelskammer in Stockholm: „Implizit bedeutet dies, daß ausländische Unternehmer in Zukunft das Nichtvorliegen eines Arbeitsverhältnisses beweisen müssen." Außerdem sollten sie Informationen darüber einholen, wer über das Bankkonto verfügen kann. Andernfalls können – so die Kammer – „deutsche Unternehmen in Arbeitsverhältnisse mit in Schweden ansässigen Personen verwickelt werden, ohne je mit diesen in vertragliche Beziehungen getreten zu sein". Sie meint zu Recht, daß Bonn eine derartige Rechtsauffassung in den gegenseitigen Beziehungen nicht tolerieren sollte.

Erbärmlich

J. G. – Das einschlägige Arbeitgeber-Verbandsmodell war noch gar nicht geboren, als der im Schaltanlagenbau große Mittelständler Klöckner-Moeller vor gut zwei Jahren die Pioniertat der individuellen Arbeitszeitverkürzung begann. Dem an weniger Arbeit (und Einkommen) interessierten Teil der Mitarbeiter, vor allem bei Hausfrauen vermutet, wurden statt der Acht-Stunden-Schicht nur noch vier bis sechs Stunden angeboten mit dem gewünschten Effekt der Doppelbesetzung des Arbeitsplatzes. Doch nur bei 28 seiner 4100 Beschäftigten im Inland fand das Unternehmen bislang Interesse. Erbärmlich nennt auch die Firmenleitung das Resultat dieses Beitrags zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Verständlich findet sie es zugleich. Die Leute wollen eben auf gewohntes Einkommen nicht verzichten. Schon gar nicht, wenn in der Konjunkturflaute die gewünschte Arbeitszeitverkürzung mit Kurzarbeitsgeld honoriert wird. Ergo wird erst der Konjunkturaufschwung zeigen, was „Job-Sharing" wirklich bewirkt.

Sättigungsgrenze erreicht

Von HEINZ HILDEBRANDT

Der deutsche Einzelhandel geht mit einem leichten Optimismus in das Jahr 1984, und das hat seinen Grund. Nach dem für ihn so negativen Jahr 1982, das eine reale Umsatzeinbuße von 2,2 Prozent brachte, lesen sich die Zahlen für 1983 bereits günstiger. Mit einem Plus von rund einem Prozent wurde wieder ein Wachstum verzeichnet, wenn auch ein sehr bescheidenes. Das inzwischen leicht verbesserte Konsumklima läßt daher erste Prognosen für 1984 wahrscheinlich klingen, die von einem weiteren Plus sprechen.

Wenig Hoffnung auf eine Konsumausweitung darf sich allerdings der Lebensmitteleinzelhandel machen. Hier ist offensichtlich der Sättigungsgrad erreicht; die Folge ist eine ausgesprochene Stagnation der Verbrauchernachfrage. So ist es kein Wunder, daß der Wettbewerb um jede Mark, die noch einzunehmen ist, immer härter wird.

Auf der einen Seite fallen zwar immer mehr Anbieter aus diesem Wettbewerb heraus, aber das beschränkt sich zumeist auf die kleinen und weniger leistungsfähigen Läden und Märkte. Andererseits nimmt trotz realen Nachfrage-Rückgangs die Verkaufsfläche im Lebensmitteleinzelhandel immer noch zu. Im Krisenjahr 1982 waren es noch fünf Prozent, 1983 dürften weitere drei bis vier Prozent hinzugekommen sein, und in ähnlicher Größenordnung liegt auch die Erwartung für dieses Jahr. Das aber ist ein Teil der sachlichen Wettbewerbszwänge, die die Preise unter Druck setzen.

Die Erwartungen der Verbraucher haben sich längst in entsprechendem Verhalten niedergeschlagen: einem verstärkten Preisbewußtsein nämlich. Der Verbraucher, dem lange genug nachgesagt wurde, daß er nur ausnahmsweise Artikelpreise kennt, hat gelernt; er kauft heute gezielt preisorientiert und wechselt daher immer häufiger seine Einkaufsstätte. Waren es Anfang 1982 erst vier solcher Einkaufsstätten, die die bundesdeutsche Familie im Durchschnitt aufsuchte, so erhöhte sich diese Zahl bis 1983 bereits auf fünf, und Aldi, der national anbietende Discounter, war immer dabei. Auch das ist bezeichnend; preisgünstige Angebote sprechen heute alle sozialen Schichten an.

Das alles erklärt nicht nur die wachsende Bedeutung der sogenannten weißen Artikel, sondern auch die Rolle, die heutzutage Sonderangebote in der Werbung des Lebensmitteleinzelhandels spielen. Daß dabei häufig Artikel mit hohem Bekanntheitsgrad im Mittelpunkt stehen wie beispielsweise die Spitzenmarke des führenden Kaffeeanbieters oder ähnlich einzuordnende Markenspirituosen, liegt auf der Hand, sie spielen eine Art Lokomotivfunktion beim durchaus legalen Bestreben, Kunden in die Einkaufsstätte hineinzubekommen.

Selbstverständlich läuft die überwältigende Mehrheit dieser Sonderangebote als Preis-Aktion, und das weiß der Verbraucher zu nutzen. Für ihn sind dies inzwischen die Angebote schlechthin, sie sind der Normalfall geworden.

Auf gleicher Linie liegt übrigens auch der sogenannte „Neunerzifferrausch", die Neun am Preisende, die den Kunden munter machen soll. Und schließlich muß auch der extremste Auswuchs des Preiswettbewerbs erwähnt werden, der häufig praktizierte Verkauf unter Einstandspreis.

Die deutsche coop AG kam damit im vergangenen Sommer ins Gerede, aber nicht etwa, weil sie das einzige schwarze Schaf unter sonst nur weißen war, sondern „sie wurde herausgegriffen aus einer Schar von Passanten, die bei Rot über die Kreuzung gingen, weil sie einen Kopf größer war als andere", wie es ihr Vorstandsvorsitzender Bernd Otto formulierte.

Daß sich alle diese „Sünder" inzwischen am Tisch des Bundeskartellamtes zu einem weitgehenden Verzicht auf die bisherigen Praktiken bereit erklärten, ist zwar sehr ehrenwert. Ob dieses Gentlemen's Agreement jedoch unter dem Reaktionszwang des Wettbewerbs lange Bestand haben wird, darf zumindest angezweifelt werden.

Der Preiswettbewerb im Lebensmitteleinzelhandel wird sicher auch 1984 nicht an Schärfe verlieren. Er könnte höchstens dann abgemildert werden, wenn alle Beteiligten die Konsequenz aus der Erkenntnis ziehen, daß sich ein gesättigter Markt auch über den Preis nicht mehr ausdehnen läßt.

DIW / Risiken für den Aufschwung durch den Streit um 35-Stunden-Woche

Finanzpolitische Impulse für ein stärkeres Wachstum werden vermißt

PETER WEERTZ, Berlin

Für 1984 rechnet das Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zwar mit einer weiteren konjunkturellen Erholung, aber nicht mit einem kräftigen Aufschwung. Vorausgesagt wird eine reale Zunahme des Bruttosozialprodukts um zwei bis 2,5 (1983: ein) Prozent. Wie schon im Vorjahr, vermißt das Institut auch in diesem Jahr finanzpolitische Impulse für ein größeres Wirtschaftswachstum. Die Haushaltskonsolidierung sei notwendig, die Maßnahmen bremsten jedoch den möglichen Aufschwung, betonte DIW-Präsident Krupp.

In der Wirtschaftspolitik befürwortete Krupp eine Mischung von angebots- und nachfrageorientierten Maßnahmen, die den Strukturwandel fördern und zugleich die Nachfrage anregen. Schon im Vorjahr hätte die konjunkturelle Erholung kräftiger ausfallen können, wenn nicht von der Finanzpolitik restriktive Wirkungen ausgegangen wären. Was noch fehle, sei ein wirtschaftliches Wachstum, das sich selbst trage. Dies werde aber durch ein zu rasches Tempo in der Haushaltskonsolidierung verhindert. Notwendig sei vor allem eine Finanzierungshilfe für die Gemeinden, deren Investitionen für weitere konjunkturelle Impulse ausschlaggebend seien.

Als Pluspunkte für die konjunkturelle Entwicklung in diesem Jahr sieht der Haushaltsexperte des DIW, Horst Seidler, vor allem die voraussichtliche Zunahme der Exporte, die verbesserte Ertragssituation der Unternehmen und die gewachsene Investitionsneigung der gewerblichen Wirtschaft. Allerdings reiche auch „im zweiten Jahr der wirtschaftlichen Erholung" nach seiner Ansicht das Wachstum noch nicht aus, um die hohen Arbeitslosenzahlen abzubauen. Es wird vielmehr mit einer Stabilisierung der Arbeitslosenzahl bei 2,3 Millionen im Jahresdurchschnitt gerechnet. Wahrscheinlich sei ein geringer Anstieg im Jahresverlauf. In den Wirtschaftszweigen verlaufe aber die Entwicklung nach wie vor unterschiedlich. Vorausgesagt wird freilich eine geringere Zahl der Kurzarbeiter.

Wie aus der Wirtschaftsprognose für 1984 hervorgeht, erwarten die Berliner Konjunkturforscher eine deutliche Verschiebung der konjunkturellen Impulse aus dem Inland zu denen aus dem Ausland. Als Ursache hierfür nannte Konjunkturexperte Manfred Teschner die im Vergleich zum Vorjahr günstigere Lage des Welthandels, der 1984 um 3,5 bis 4 Prozent expandieren soll. Hier unterstellt das Berliner Institut zwar „keinen wirtschaftlichen Aufschwung auf breiter Front", aber höheres Wirtschaftswachstum besonders in den USA, Japan und Großbritannien. In Frankreich und Italien überwiege allerdings nach wie vor die Stagnation.

Freilich sieht das Berliner Institut für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Jahres auch Risiken. So geht es davon aus, daß der Ölpreis unverändert bleiben wird. Im Gegensatz zur Bauwirtschaft, die durch den Gewerbe- und Wohnungsbau begünstigt wird, fehlen in der Investitionsgüterindustrie Anregungen durch die Investitionszulage. Ungewiß ist darüber hinaus der Streit um die Verkürzung der Arbeitszeit zwischen den Tarifpartnern. Hier hofft das Berliner Institut auf eine Versachlichung der Diskussion. Notwendig sei auf beiden Seiten die Bereitschaft zu einem tragbaren Kompromiß. Es dürfe keine zusätzliche Kostenbelastung der Unternehmen erfolgen, die den Aufschwung gefährde, unterstreichen die Berliner Konjunkturforscher.

Im Vorjahr war die wirtschaftliche Entwicklung günstiger als erwartet. Zu Jahresbeginn 1983 hatte das Berliner Institut noch mit einem leichten Rückgang des Bruttosozialprodukts gerechnet. Nicht erst im zweiten Halbjahr, sondern schon von Anfang an hatte der konjunkturelle Erholungsprozeß eingesetzt. Überrascht wurde das Institut auch von der wirtschaftlichen Expansion in der Weltwirtschaft, besonders in den USA. Unerwartet hat die Wirtschaft außerdem die Stagnation im privaten Verbrauch und bei den gewerblichen Investitionen überwunden. Hieraus folgern die Berliner Wirtschaftsforscher: „Die konjunkturellen Zyklen sind noch immer wirksam."

AUF EIN WORT

„In der Wohnungswirtschaft stehen wir am Scheidewege. Die Gefahr ist nicht zu übersehen, daß zur europäischen Gebirgslandschaft der Butterberge und Milchseen auch noch Wohnungshalden kommen. Öffentliche Subventionen in diesem Sektor bedeuten wie dort verschwendetes Volksvermögen, dessen Einsatz uns in innovativen Bereichen fehlt."

Gerhard Gathmann, Mitglied des Vorstandes Deutsche Immobilien Fonds Aktiengesellschaft, Hamburg

FOTO: DIE WELT

DEVISENMARKT

Dollar steigt auf technisch bedingten Höchststand

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der US-Dollar hat gestern seinen neuerlichen Höhenflug beschleunigt und dabei fast die Marke von 2,79 DM überschritten sieben Pfennig mehr als zum Jahresende. Der amtliche Kurs wurde in Frankfurt mit 2,7865 DM notiert nach 2,7458 am Dienstag. Damit kletterte die amerikanische Währung auf den höchsten Kurs seit zehn Jahren. Noch stärker als in der Bundesrepublik ist der Dollar in der Schweiz gestiegen, so daß sich der Frankenkurs von 125,03 auf 124,74 für 100 sfr abschwächte. Dies zeigt deutlich, daß der Anstieg des Dollar nicht Spiegelbild einer Schwäche der D-Mark ist.

Die Ursachen der furiosen Dollarhausse sind weitgehend technischer Natur. Der jetzige Kursgewinn muß im Zusammenhang mit dem Rückgang von 2,77 auf 2,72 DM in der letzten Dezemberdekade gesehen werden, der bei sehr dünnem Geschäft von Glattstellungen vor dem Jahresultimo ausgelöst wurde, und von Spekulanten, die Dollar auf der Basis von 2,76 bis 2,77 DM verkauften in der Absicht, sich billiger wieder einzudecken.

Diese Eindeckungen begannen, als der Kurs die Marke von 2,72 DM nicht unterschritt. Dadurch bewegte sich der Dollarkurs nach oben. Der Anstieg beschleunigte sich seit Dienstag nachmittag merklich, als mit der Bezahlung der jüngsten Emission des US-Schatzamtes der Tagesgeldzins in New York von 9⅝ auf 11½ Prozent kletterte. Zusätzlichen Auftrieb erhielt der Dollar gestern durch Käufe von „Chartisten". Auf den Kursanstieg, an dessen Nachhaltigkeit man zweifelt, reagierte der deutsche Aktienmarkt zunächst mit Verlusten, die später größtenteils aufgeholt wurden.

Keine Eingriffe in Gewerbesteuer

HH. Bonn

Finanz-Staatssekretär Voss (CSU) hat die Forderung des nordrhein-westfälischen Innenministers Schnoor (SPD) nach einer erneuten Gemeindefinanzreform gestern zurückgewiesen. Voss gibt zu bedenken, daß die von Schnoor kritisierten Eingriffe in die Gewerbesteuer (also die Abschaffung der Lohnsummensteuer und die mehrfache Anhebung der Freibeträge) unter der politischen Verantwortung einer SPD-geführten Regierung erfolgt seien. Voss schließt für diese Legislaturperiode weitere Eingriffe in die Gewerbesteuer ebenso wie gesetzgeberische Schritte in Richtung auf eine Gemeindefinanzreform aus.

INSTITUT FÜR VERMÖGEN UND STEUERN

Warnung vor den Gefahren vieler Bauherrenmodelle

HEINZ HECK, Bonn

Nur wenige Zeichner von Bauherrenmodellen wissen, daß 10 bis 20 Prozent der Gesamtkosten dieser Objekte, also in der Regel der volle Kapitaleinsatz des Anlegers, an Anlageberater und Initiatoren fließen. Mit diesem Hinweis warnt die Zeitschrift „Vermögen und Steuern" vor überhöhten Erwartungen in die Rentabilität solcher Modelle.

Das ungehemmte Streben nach Steuervorteilen verstelle manchem Anleger den Blick für die Tatsache, daß zuvor hohe und langfristige Verbindlichkeiten eingegangen werden müßten, die nicht nur ständig zu verzinsen, sondern auch zu tilgen seien. Bisher sei es wohl keiner anderen Branche gelungen, Gefahren und Rentabilität des eigenen Projekts so zu verschleiern wie manchen Anbietern von Bauherrenmodellen, so die Zeitschrift des Instituts für Vermögen und Steuern, das vor allem von Steuerberatungsgesellschaften und Wirtschaftsprüfern getragen wird.

Der Untersuchung zufolge bereite auch der Verkauf dieser Objekte häufig „erhebliche Schwierigkeiten". In vielen Städten stünden teure Bauherrenmodell-Wohnungen leer, die wegen zu hoher Forderungen nicht zu vermieten seien.

„Ein weiteres Abenteuer" wird für Ende des Jahres angekündigt. Denn die am 31. Dezember 1984 auslaufende Mehrwertsteueroption verbessere die Investitionsrechnung für bis dahin fertiggestellte Objekte mit vier bis sieben Prozent Steuererstattung. Für die Schlußphase wird nicht nur mit Fertigstellungsproblemen gerechnet. Bei vielen Projekten sei auch die Mehrwertsteueroption noch nicht endgültig anerkannt.

MIETEN- UND WOHNGELDBERICHT

„Vorhersagen über Explosion der Mieten sind widerlegt"

HANNA GIESKES, Bonn

„Die Entwicklung der Mieten ist in ruhigen Bahnen verlaufen." Bundesbauminister Oscar Schneider wies gestern in Bonn darauf hin, daß die durchschnittliche Steigerung im vergangenen Jahr bei 5,3 Prozent im Vergleich zu 1982 gelegen habe; in diesem Jahr werden es nach seiner Schätzung etwa drei bis vier Prozent sein. Etliche Vorhersagen angesichts der mietrechtlichen Neuregelungen, „wo Mietexplosionen um 30 Prozent und mehr beschworen worden sind", seien damit eindeutig widerlegt, sagte der Minister bei der Vorlage des Mieten- und Wohngeldberichts 1983.

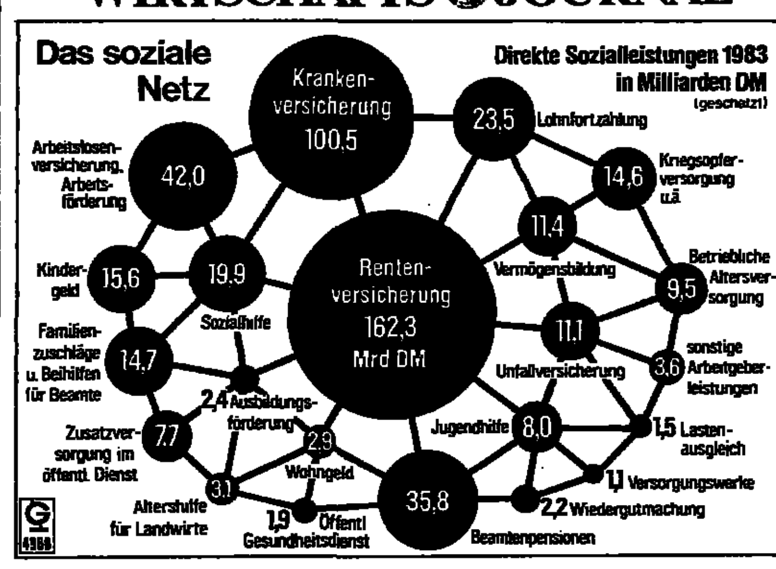
Die Mietsteigerungen für Altbauwohnungen haben auch im vergangenen Jahr den Zuwachs bei den Mieten für freifinanzierte Neubauwohnungen überschritten, berichtete der Minister. So seien die Altbaumieten in den ersten elf Monaten um insgesamt 6,4 Prozent gestiegen; im November konnte eine leichte Beruhigung auf 6,1 Prozent festgestellt werden. Im freifinanzierten Wohnungsneubau hingegen betrug das Plus von Januar bis November lediglich 4,1 Prozent gegenüber 4,5 Prozent im gleichen Vorjahreszeitraum. Diese Unterschiede erklärte Schneider mit dem „deutlich niedrigeren Ausgangsniveau der Mieten für Altbauwohnungen".

Schneider räumte ein, daß die Steigerungsrate der Mieten 1983 über dem Anstieg der Lebenshaltungskosten gelegen habe, „doch dadurch wurde lediglich ein teilweiser Ausgleich der von 1979 bis 1982 real gesunkenen Mieterträge bewirkt". Zwischen 1976 und 1982 seien die Lebenshaltungskosten nämlich um 30,5 Prozent gestiegen, die Mieten aber nur um 26,4 Prozent, „und deshalb war die Investitionsbereitschaft im Mietwohnungsbau erlahmt". Der Minister erwartet, daß in diesem Jahr rund 400 000 neue Wohnungen fertiggestellt werden.

Kräftige Erhöhungen mußten allerdings die Mieter von Sozialwohnungen hinnehmen. Hier stiegen die Mieten laut Bericht in den ersten elf Monaten 1983 um 6,5 Prozent, „aber dies ist eine Folge der noch von der alten Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zum Abbau von Verzerrungen im sozialen Wohnungsbau". Allerdings habe sich der Preisanstieg im November 1983 auch hier beruhigt; die Steigerungsrate lag gegenüber November 1982 nur noch bei 5,2 Prozent.

Die Wohngeldausgaben sind im Jahr 1983 mit 2,6 Milliarden Mark genauso hoch gewesen wie 1982 und 43 Prozent höher als 1980, heißt es weiter. Insgesamt gab es rund 1,8 Millionen Wohngeldempfänger. Einsparungen, die durch den Abbau von Sonderbegünstigungen erzielt werden sollten, seien durch Mehrleistungen aufgrund der hohen Arbeitslosenzahlen aufgewogen worden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Bundesrepublik Deutschland ist internationales Vorbild in Sachen sozialer Buchhaltung. In regelmäßigen Abständen berichtet die Bundesregierung in ihrem „Sozialbudget" über den Umfang aller Sozialleistungen; zusammengerechnet ergaben sie 1983 einen Wert von 492 Milliarden Mark. Zählt man noch die aus sozialen Gründen gewährten Steuervergünstigungen hinzu, so ergibt sich ein sozialer Gesamtaufwand von 537 Milliarden Mark.

QUELLE: GLOBUS

Fünf neue Auslandsaktien

München (Stw.) – Der Kurszettel der Bayerischen Börse wird um fünf Auslandswerte bereichert. Denn die Bayerische Landesbank Girozentrale wird am 9. Januar die Aktien von zwei japanischen und drei US-Gesellschaften in den ungeregelten Freiverkehr einführen: der Elektronikfirmen Alps Electric und Pioneer Electronic, beide Tokio, und der Stahlproduzenten Armco Steel, Middletown/Ohio, Commodore International, Palo Alto/Kalifornien (Heimcomputer) und International Harvester, Chikago (Lkw, Landmaschinen). Mit diesen Neulingen, die in der Bundesrepublik bisher nicht notiert sind, werden an der Münchner Börse insgesamt 78 Auslandsaktien gehandelt, davon 62 im ungeregelten Freiverkehr.

Ankauf untersagt

Berlin (AP) – Die Düsseldorfer „Westdeutsche Zeitung" und „Rheinische Post" sowie die Neusser „Neuß-Grevenbroicher-Zeitung" dürfen nach einer Entscheidung des Bundeskartellamtes in Berlin drei Anzeigenblätter, die im Großraum Mönchengladbach, Erkelenz, Krefeld und Neuss erscheinen, nicht wie beabsichtigt gemeinsam aufkaufen. In der gestern veröffentlichten Untersagungsverfügung hieß es zur Begründung, die drei Zeitungen hätten in ihren jeweiligen Hauptabsatzgebieten eine überragende *Marktstellung*. Der gemeinsame Aufkauf der Anzeigenblätter „Stadt-Panorama", „Stadtanzeiger" und „Report am Sonntag" würde den in der Region bisher noch möglichen Restwettbewerb auf den lokalen Anzeigenmärkten beseitigen. Die Verfügung ist noch nicht rechtskräftig.

Typklassenwechsel in Teilkasko

Düsseldorf (Py.) – Zahlreiche Fahrzeugmodelle sind zum Jahreswechsel in der Teilkaskoversicherung aufgrund des veränderten Schadenverlaufs in eine andere Typklasse eingestuft worden, die für die Höhe der Teilkaskoprämie wichtig ist. Wie der Verband der Autoversicherer mitteilte, kamen über 44 Prozent aller teilkaskoversicherten Pkw, das sind rund 6,2 Millionen Fahrzeuge, in eine günstigere Typklasse. Höher eingestuft wurden nur fünf Prozent, das sind etwa 700 000 Pkw. In der günstigen Typklasse (13) sind Fiat Ritmo 60, Ford Escort 1,3, Opel Kadett D 44 kW, Opel Ascona C 44, 55 und 66 kW, die sich sämtlich um ein bis drei Typklassen verbesserten. Einer hohen Typklasse gehören u. a. der BMW 520 i (29 nach 27) und Mercedes 280 E (32 nach 30) an.

Höherer Pfandbriefabsatz

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Erstabsatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen der deutschen Realkreditinstitute ist im November 1983 gegenüber Oktober um 10,9 Prozent auf 7,9 Milliarden Mark gestiegen. Dabei wurden nach Angaben des Gemeinschaftsdienstes der Boden- und Kommunalkreditinstitute für 6,7 (5,8) Milliarden Mark Inhaberpapiere neu plaziert (plus 15,7 Prozent). Namenspapiere wurden für 1,2 (1,3) Milliarden Mark emittiert.

Umsatzrekord in Frankfurt

Frankfurt (cd.) – Die Aktienumsätze an der Frankfurter Wertpapierbörse waren 1983 so hoch wie nie zuvor. Mit 45,6 Milliarden Mark übertrafen sie das vorjährige Umsatzvolumen von 19 Milliarden Mark, das bisher höchste, um 140,4 Prozent, das des Jahres 1981 sogar um 187,3 Prozent. Die Umsätze in festverzinslichen Papieren waren in Frankfurt mit 47,9 Milliarden Mark kaum höher als im Vorjahr (47,8 Milliarden Mark).

Weniger Öl gefördert

Hannover (rtr) – Die Ölförderung in der Bundesrepublik Deutschland ist weiter zurückgegangen. Der Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG) teilte in Hannover mit, in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres seien 3,77 Millionen Tonnen gefördert worden, verglichen mit 3,9 Millionen Tonnen in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Produktion im November habe 333 145 Tonnen betragen, im Oktober 347 600 Tonnen. Dagegen sei die Erdgasförderung von 14,74 Milliarden Kubikmeter in den ersten elf Monaten 1982 auf 15,03 Milliarden Kubikmeter im Vergleichszeitraum 1983 gestiegen.

Karstadt-Umsatzplus

Düsseldorf (J. G.) – Die Karstadt AG, Essen, hat den Umsatz in ihren 156 Warenhäusern 1983 um 2 Prozent auf 9,4 Mrd. DM gesteigert, wobei die Verkaufsfläche nur noch um 0,9 Prozent auf 1,27 Mill. qm wuchs. Um gleichfalls 2 Prozent stieg der Umsatz der eigenen Reisebüros auf 377 Mill. DM. Bei der Tochter NUR Touristik wurde der Umsatz um 0,4 Prozent auf 1,16 Mrd. DM erhöht, bei der Neckermann Versand AG um 0,9 Prozent auf 1,63 Mrd. DM. Neues zu der nach früheren Angaben für 1983 positiv erwarteten Ertragsentwicklung sagt Europas größter Warenhauskonzern in diesem ersten Rückblick noch nicht.

FRANKREICH

Preise steigen erheblich schneller als die Löhne

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das neue Jahr beginnt für die Franzosen mit einer Reihe von Preis- und Tariferhöhungen, die durchweg über das um diese Jahreszeit übliche Maß hinausgehen. Allein Strom, Gas und Mieten verteuern sich um jeweils rund fünf Prozent. Dies bedeutet eine empfindliche Belastung des Familienbudgets. Denn die Löhne sollen nur im Jahresverlauf etappenweise steigen, und zwar um insgesamt nicht viel mehr als fünf Prozent. Auf diesen Satz will die Regierung auch die allgemeine Inflationsrate begrenzen.

Am Preisschub beteiligt sind auch Brot und Tabak. Für das „Baguette" sind jetzt 2,50 Franc (rund 83 Pfennig) zu bezahlen. Das Päckchen Gauloise-Zigaretten kostet 4,60 statt 4,00 Franc. An deutschen Verhältnissen gemessen sind diese „politischen" Preise aber immer noch sehr niedrig.

Um so mehr wird jetzt der französische Autofahrer zur Kasse gebeten. Seit dem 1. Januar hat er für die Kraftfahrzeugversicherung um 13 bis 30 Prozent höhere Prämien zu bezahlen. Außerdem will die Regierung zur Monatsmitte den behördlich reglementierten Benzinpreis auf über fünf Franc je Liter anheben.

Zum Glück haben sich die großen Warenhäuser verpflichtet, ihre Preise für alle Artikel des laufenden Bedarfs drei Monate stabil zu halten. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind indes teurer geworden, und zwar um durchschnittlich 3,5 Prozent. Im innerfranzösischen Flugverkehr kostet das Ticket jetzt 4,7 Prozent mehr. Besonders stark „zugelegt" hat die Post. In den öffentlichen Telefonzellen muß man jetzt für eine Einheit 1 Franc statt 50 Centimes einwerfen.

ENTWICKLUNGSHILFE / DEG: Privatwirtschaftliches Engagement erhöht

Kleinere Unternehmen stärker beteiligt

KAREN SÖHLER, Bonn

Privatwirtschaftliches Engagement kann die Entwicklung in der Dritten Welt unterstützen und beschleunigen. Diese Auffassung vertritt die Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH (DEG), Köln, deren Aufgabe es ist, Joint Ventures zwischen deutschen Unternehmen und Firmen in Ländern der Dritten Welt zu vermitteln, zu fördern und zu finanzieren. Die Finanzierungshilfe kann zum einen durch die Beteiligung der Entwicklungsgesellschaft an einem Projekt erfolgen, zum anderen durch die Vergabe günstiger, langfristiger Darlehen. Für die Kreditvergaben, die solche Gemeinschaftsprojekte finanzieren helfen, stehen dem bundeseigenen Unternehmen drei Quellen zur Verfügung: das fast zur Hälfte eingezahlte Stammkapital von einer Milliarde Mark, die Erlöse aus dem Verkauf der Beteiligungen und die Refinanzierung auf dem Kapitalmarkt – 20 Mill. Mark im vergangenen Jahr.

Neben dieser reinen Hilfestellung hat die Entwicklungsgesellschaft für Projektfinanzierungen 1983 erstmals auch die Vorbereitung gemeinsamer Vorhaben unterstützt: Studien, die die Erfolgsaussichten möglicher Projekte prüfen, finanziert die Entwicklungsgesellschaft über das Niederlassungsprogramm des Bundes, das aus dem ehemaligen Marshall-Plan hervorgegangen ist. Das für die Untersuchung gewährte Darlehen muß nur zurückgezahlt werden, wenn das unterstützte Unternehmen das Projekt tatsächlich verwirklicht. Wie ein Sprecher der DEG bei einem ersten Überblick über die DEG-Aktivitäten 1983 erklärte, soll diese Finanzierung vorbereitender Ausarbeitungen dazu beitragen, besonders mittelständischen Unternehmern über die erste Hemmschwelle hinwegzuhelfen. Außerdem stellt die Entwicklungsgesellschaft kostenlos Investitionsberatung zur Verfügung sowohl in der Bundesrepublik als auch in zahlreichen Entwicklungsländern.

Mit dem Ausbau der eher beratenden Funktion hat die DEG im vergangenen Jahr positive Erfahrungen gemacht, erklärte der DEG-Geschäftsführer Leutfried Karenberg: 1983 seien 56 Projektfinanzierungen mit 107 Millionen Mark zugesagt worden gegenüber 38 Anfragen mit 121 Millionen Mark im Vorjahr. Daß sich die durchschnittliche Höhe der Neuengagements erheblich reduziert habe, entspreche dem Ziel der DEG, vor allem mittelständische Unternehmen in das Netz der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Dritten Welt einzubeziehen. Die regionalen Schwerpunkte des Investitionsgeschäfts der DEG lagen 1983 in Asien und Afrika.

KORNBRENNER

Sorgen um das Branntweinmonopol

HEINZ STÜWE, **Bonn**

Daß das Branntweinmonopol – einmal in die öffentliche Diskussion geraten – jetzt zur Disposition steht, läßt die deutschen Kornbrenner um ihre Zukunftschancen bangen. Auf einem freien Markt fürchten sie, nicht mehr existenzfähig sein zu können. Verglichen mit Branchenangehörigen, die aus Kartoffeln oder Melasse Alkohol herstellen, haben die Kornbrennereien allerdings noch eine recht günstige Ausgangsposition. Dürfen sie doch damit rechnen, im laufenden Wirtschaftsjahr (wie in dem am 30. 9. abgeschlossenen) ihre Brennrechte voll ausschöpfen zu können. Eine Auslastung, die für die Kartoffel- oder Melassebrenner in weiter Ferne liegt. Ihnen hat die Monopolverwaltung nach Schätzung des Bedarfs nur eine Produktion in Höhe von 70 oder 50 Prozent der Brennrechte zugestanden.

Josef Cornelissen, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Kornbrenner, beklagt dafür die schlechte Ertragslage der 397 Mitgliedsbetriebe und trauert den Zeiten nach, in denen – wie Ende der siebziger Jahre – Überbrandkontingente bis zu 30 Prozent an der Tagesordnung waren. Mit der derzeitigen Produktionsmenge von etwa 400 000 Hektolitern jährlich, der ein Umsatz von 80 Mill. DM entspricht, ist er jedoch zufrieden: „Damit können wir noch leben." Von dem spürbaren Nachfragerückgang in den letzten Jahren ist der Korn allerdings weniger hart getroffen worden als andere hochprozentige Getränke.

Gegenüber dem Finanzministerium, das die jährlichen Zuschüsse von 250 Mill. DM an die Monopolverwaltung einsparen möchte, glauben die Kornbrenner zwei Trümpfe in der Hand zu halten: die mittelständische Struktur der Branche, die ihrer Meinung nach in einem freien Markt nicht erhalten werden kann, und die umweltfreundliche Produktionsweise. Drei Viertel der Kornbrennereien sind landwirtschaftlichen Betrieben angegliedert, in denen das anfallende Nebenprodukt, die Schlempe, als Viehfutter verwendet wird.

GARTENBAU / 300 000 Beschäftigte in 45 000 Betrieben – Wirtschaftsverband gesellschaftspolitisch engagiert

Die „neuen Grünen" erzielen blühende Umsätze

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Der deutsche Markt für Zierpflanzen und Baumschulerzeugnisse hat sich in den zurückliegenden 20 Jahren als schier unerschöpflich und außerordentlich expansiv erwiesen. Die schlechte Konjunktur hat zwar auch bei den rund 45 000 Produktions- und Dienstleistungsbetrieben des Gartenbaus Spuren hinterlassen, dabei hat sich kaum der Umsatz, wohl aber die Einkaufsquelle für den Verbraucher verlagert: vom produzierenden Gartenbaubetrieb hin zsm Supermarkt und Gartenbau-Center, die entweder nicht selbst produzieren oder aber dies in großem Umfang tun.

Neben der deutschen Vorliebe für den Garten und für das Grün auf dem Balkon oder zumindest auf dem Fensterbrett hat der Wirtschaftszweig die Diskussion um heile Umwelt und gesundes Leben – auch für Pflanzen – und die natürliche Gestaltung von Stadt und Landschaft für sich genutzt. Der neueste Slogan dieses gesellschaftspolitisch engagierten Berufs- und Wirtschaftsverbandes, des Zentralverbands Gartenbau (ZVG): „Spezialisten für Grün – die Gärtner".

Und so widmen sich die „neuen Grünen" innerhalb des ZVG durchaus nicht nur der Sicherung ihrer wirtschaftlichen Interessen, sondern auch der Verbesserung strengerer Grenzkontrollen hinsichtlich von Rückständen bei Gemüse- und Obstimporten aus EG-Ländern. Und dies, so versichert ZVG-Präsident Bernd Hildebrandt nicht etwa aus europäischem Futterneid, sondern weil es dem Gewerbe ernst mit der Sorge um den Verbraucher ist: „Angesichts der steigenden Bedeutung einer gesunden, intakten Umwelt für Land und Leute werden wir unsere Mittlerfunktion auf dem Markt wahrnehmen."

Die Produktion des deutschen Gartenbaus zeigt auch „blühende Umsätze": Die 28 000 mit Schwerpunkt in der „Produktion" und 17 000 überwiegend in Handel und Dienstleistung tätigen Unternehmen dürften es 1983 auf einen Produktionswert von reichlich 12 Mrd. DM gebracht haben. Etwa 2,2 Mrd. DM Umsatz aus Blumenbindereien und Blumengeschäften ohne eigene Produktion wären hinzuzurechnen, schließlich noch die Umsätze der 65 000 Nebenerwerbs- und landwirtschaftlichen Betriebe mit gartenbaulichem Zweig.

Insgesamt werden derzeit etwa 13 000 ha Freiflächen und 3400 ha Unterglas-Flächen bewirtschaftet. Die Branche zählt rund 300 000 Mitarbeiter, davon 175 000 Vollarbeitskräfte und 19 000 Auszubildende. Ein Arbeitsplatz kostet zur Zeit je nach Sparte zwischen 200 000 und 300 000 DM. Angesichts der allein im Wirtschaftsjahr 1981/82 in technische Einrichtungen – vor allem Energie-Einsparung – investierten 1 Mrd. DM wird deutlich, daß sinkende Erträge zu Umstrukturierungen der Betriebe, zu einem weiteren Auseinanderklaffen der Betriebsergebnisse und teilweise zu Betriebsaufgaben führen.

Allerdings haben sich dabei die durchschnittlichen Flächen zum Teil erheblich vergrößert und sich positiv auf die Wirtschaftlichkeit des Einzelbetriebs ausgewirkt. Hildebrandt: „Gleichzeitig ist auch das Gewicht der Dienstleistungen gegenüber der Produktion gewachsen. Einmal stieg die Zahl der Erzeugerbetriebe, die zusätzlich Handels- und Dienstleistungsfunktionen wahrnehmen, zum anderen erhöhte sich die Zahl der reinen Dienstleistungsunternehmen."

Vom Branchen-Produktionsumsatz dürften derzeit etwa 3,1 Mrd. DM auf den Garten- und Landschaftsbau, jeweils reichlich 2,2 Mrd. DM auf Obstbau, Zierpflanzen und Friedhofsgärtnereien, etwa 1,4 Mrd. DM auf den Gemüseanbau und knapp unter einer Mrd. DM auf Baumschulen entfallen. Diese „grünen Milliarden" werden ganz überwiegend in kleinen und mittleren Betrieben erwirtschaftet.

Sorgen hat der Gartenbau natürlich auch: Einmal drücken die Energiepreise vor allem den Unterglas-Gartenbau, der bei Zierpflanzen zusätzlich noch mit unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EG zu kämpfen hat. Günstigere Marktstrukturen und geringere Arbeitslöhne im Ausland kosteten die inländischen Betriebe Marktanteile. Die Branche bemüht sich daher trotz weitgehend dezentraler Produktions- und Absatzstruktur um einen stärkeren überregionalen Marktausgleich.

ÖSTERREICH / Impulse durch Exporterfolge

Im Comecon Boden gewonnen

WOLFGANG FREISLEBEN, **Wien**

Eine sprunghaft einsetzende Exportkonjunktur hat seit der Jahresmitte 1983 der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich zusätzliche Impulse verliehen. Im 3. Quartal 1983 wie auch im Oktober wurden real um zehn Prozent höhere Warenausfuhren registriert als ein Jahr zuvor.

Von Mitte 1982 bis Mitte 1983 hatten die Exporte noch stagniert. Die saisonbereinigten Daten weisen für die österreichische Warenausfuhr in der 2. Hälfte 1982 ein deutliches Tief aus. Dennoch konnten auch in dieser Phase insofern Erfolge verzeichnet werden, als die österreichischen Exporteure vor allem in Osteuropa Marktanteile gewinnen konnten: 1982 stiegen die Marktanteile in den Comecon-Staaten (ohne Sowjetunion) um 1,8 Prozent und im 1. Halbjahr 1983 um 14,5 Prozent. Markterfolge erzielten die Österreicher in der „DDR" mit einer sprunghaften Ausweitung von 8,5 auf 16,8 Prozent wie auch in Bulgarien und der CSSR. Die Position in Polen und Rumänien wurde knapp gehalten, in Ungarn dagegen mußten Rückschläge in Kauf genommen werden.

Seit dem Sommer haben die österreichischen Exporteure auch in westlichen Industriestaaten ihren Lieferanteil erhöhen können. Im 3. Quartal ist das Exportpreisniveau um 2,1 Prozent, im gesamten Jahr 1983 um gut ein Prozent gesunken.

Die Impulse seit Juli haben aber immerhin eine reale Ausfuhrsteigerung für das Gesamtjahr 1983 von voraussichtlich fünf Prozent bewirkt. Die schon jetzt vorliegenden Statistiken weisen für das 3. Quartal insbesondere bei den Ausfuhren von Halbfertigwaren (plus 14 Prozent) und Rohstoffen (plus 12 Prozent) beträchtliche Steigerungsraten aus. Bei Halbfertigerzeugnissen hatte sich bereits im 2. Quartal eine leichte Belebung abgezeichnet. Die Investitionsgüterexporte gingen dagegen auch im 2. Quartal noch um zwei Prozent zurück, um im folgenden Quartal um acht Prozent ebenso anzusteigen wie die Ausfuhren im gesamten Fertigwaren- (plus 6,5 Prozent) und Konsumgüterbereich (plus 5,5 Prozent). Die Nahrungsmittelausfuhr ging dagegen um 4,5 Prozent zurück. Auch im laufenden Jahr rechnen die Prognostiker mit einer Fortsetzung der Exportkonjunktur und einer weiteren Steigerung um fünf Prozent, wobei auch ein Anstieg der Exportpreise um vier Prozent erwartet wird.

Die Importkonjunktur mit einem realen Plus von 4,5 Prozent in 183 bei einem um zwei Prozent gesunkenen Preisniveau dürfte dagegen 184 in eine reale Stagnation bei steigenden Preisen münden. Bis zum 1. Quartal 1983 war die reale Importnachfrage in Österreich über 2½ Jahre geschrumpft, im 2. Quartal 1983 dann leicht und im 3. Quartal mit plus 5,5 Prozent schon deutlich gestiegen. Die Zunahme im Oktober um 14 Prozent spiegelte die lebhafte Konsumnachfrage wider.

Lebensmittelhandel schrumpft weiter

dpa/VWD, **Bonn**

Der Ausleseprozeß im Lebensmitteleinzel- und -großhandel sowie die Unternehmenskonzentration in dieser Branche wird weitergehen. Diese Auffassung vertritt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) in einer Stellungnahme gegenüber der Monopolkommission. Danach werden künftig viele Einzelhandelsgeschäfte, vor allem im Lebensmittelsektor, wegen mangelnder Erträge nicht weitergeführt werden. Schon heute könne man für den Bereich des Lebensmittelhandels von fast stagnierenden Märkten sprechen. Dem stehe eine erhebliche Ausweitung der Kosten, vor allem der Personal- und Mietkosten, gegenüber.

Kleine und mittlere Einzelhandelsunternehmen würden zudem durch eine ständige Benachteiligung beim Einkauf ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren und müßten deshalb aus dem Markt ausscheiden. Konsequenterweise sei die Erfahrung, daß die Abnahme möglichst großer Mengen die Erlangung von Vorzugskonditionen erleichtert, ein erheblicher Anreiz für Zusammenschlüsse und Kooperationen.

DEUTSCHE BP / Für 1984 positives Ergebnis?

Hohe Verluste sind getilgt

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Deutsche BP AG, Hamburg, die von den Strukturschwierigkeiten der Mineralölindustrie besonders hart betroffen ist, wird für das Geschäftsjahr 1983 ein „nahezu ausgeglichenes Ergebnis" ausweisen. Verlustvorträge und Kosten der Strukturanpassung seien durch umfangreiche Kapitalmaßnahmen ausgeglichen worden, heißt es bei der BP, so daß man mit bereinigter Bilanz in das Jahr 1984 gehe. Unter der Voraussetzung, daß die Marktverfassung keinen zusätzlichen Belastungen ausgesetzt wird, erwartet BP für dieses Jahr ein „leicht positives" Ergebnis im Ölgeschäft.

Der Anpassungsprozeß, der 1984 endgültig abgeschlossen werden soll, habe bereits 1983 zu deutlichen Kostensenkungen geführt, erklärt die BP. Über alle Produkte gerechnet seien zwar zu keiner Zeit die Gesamtkosten gedeckt gewesen, doch hätten sich die Verluste zu Wiederbeschaffungskosten pro abgesetzter Tonne von 32 DM im Jahr 1982 auf rund 15 DM in 1983 mehr als halbiert. Der branchendurchschnittliche Verlust im Ölgeschäft habe in den ersten 11 Monaten des vergangenen Jahres dagegen 28 DM betragen. Den Bruttoumsatz gibt BP für 1983 mit 24 Mrd. DM an; das entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von rund 7 Prozent.

Der fast ausgeglichene Abschluß für 1983 ist durch umfangreiche Kapitalmaßnahmen ermöglicht worden. Die Hauptversammlung im November hatte eine Kapitalherabsetzung um 900 Mill. auf 600 Mill. DM beschlossen. Durch den Kapitalschnitt sind 425 Mill. DM Verlustvorträge und der für 1983 zu erwartende Jahresfehlbetrag von rund 0,5 Mrd. DM ausgeglichen worden. Im Anschluß an den Kapitalschnitt ist das Kapital wieder auf 1,5 Mrd. DM erhöht worden. Von diesem Kapital hat die Deutsche BP aufgrund ihrer guten Liquidität erst einen Teilbetrag von 250 Mill. DM eingefordert. Berücksichtigt man die rund 600 Mill. DM, die der Deutschen BP bereits 1982 zum Ausgleich hoher Verluste zugeflossen sind, hat die britische Muttergesellschaft innerhalb von zwei Jahren Kapitalhilfen von insgesamt 1,5 Mrd. DM geleistet.

Zwei Konkurse nach Baustopp

SAD, **Madrid**

General Electrica Española SA, eine Tochter des US-Konzerns General Electric, meldete beim Gericht in Bilbao Zahlungsunfähigkeit an. Ihre letzte Jahresbilanz weist ein Minus von umgerechnet 223 Mill. DM aus. General Electrica Española folgt damit dem Beispiel der spanischen Westinghouse-Tochter, die vor Monaten ebenfalls Zahlungsunfähigkeit anmeldete. Als Begründung führt die Gesellschaft drei Gründe an: erstens, der konstante Rückgang der Nachfrage nach elektrischer Ausrüstung in Spanien, zweitens die steigenden Kosten, vor allem aber drittens der Umstand, daß die spanische Regierung ihren Energieplan nicht in der Weise realisiert, wie er seinerzeit im Programm festgelegt wurde.

Das betrifft vor allem den Verzicht auf den Bau von mindestens fünf Kernkraftwerken, die die spanische General-Electric-Tochter mit Turbinen und Generatoren ausrüsten sollte. Nach der Aktion von Westinghouse schien die spanische Regierung ihren Atomstopp aufzugeben. Offensichtlich soll die neue Aktion von General Electric klare Verhältnisse schaffen.

STEILMANN / Führende Position behauptet

Antenne für Markt und Mode

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Weitaus stärker als noch im Herbst letzten Jahres erwartet, hat die Steilmann-Damen- und Herrenoberbekleidungsgruppe 1983 ihren Umsatz im 25. Gründungsjahr gesteigert. Die Muttergesellschaft, Klaus Steilmann GmbH & Co. KG, Bochum, erhöhte den Nettoumsatz um 12,7 Prozent auf 550 Mill. DM, einschließlich der sieben Tochter- und Beteiligungsgesellschaften wuchs er um 13,4 Prozent auf rund 907 Mill. DM. Dabei liegt der Exportanteil in der Gruppe mit unverändert 35 Prozent niedriger als bei der Muttergesellschaft mit 39 (38) Prozent.

Für die Muttergesellschaft weist Steilmann darauf hin, daß das Mengenwachstum größer ausgefallen ist als die wertmäßige Steigerung. Insgesamt wurden 11,9 (10,5) Mill. Teile abgesetzt. Nach gefertigten Teilen und Umsatz größter Hersteller von Damenoberbekleidung in Europa, hat Steilmann auch 1983 seine Position im deutschen Einzelhandel gefestigt und darüber hinaus neue Kunden im In- und Ausland gewonnen. Die Abteilung Damenmäntel, Kostüme und Jacken, deren Produktion den größten Einzelmarktanteil des Unternehmens in der Damenmode seit Jahren behaupten, legte noch einmal 12 Prozent auf 2,8 Mill. Teile zu. Steilmann begründet seinen für die DOB ungewöhnlich positiven Trend mit verfeinerter Marktforschung, schneller Umsetzung richtiger modischer Trends und weiter verbesserter Kostenstruktur.

In die 25 deutschen Betriebsstätten wurden 1983 reichlich 12 (9) Mill. DM investiert. In den inländischen Betrieben und in Österreich waren zum Jahresende 4574 (4509) Mitarbeiter tätig, in der Gruppe 6107. Positiver als in den Vorjahren betrachtet Steilmann die Ertragsentwicklung: „Sie konnte dem Umsatzwachstum folgen."

NIEDERLANDE / Notleidende Blätter erhalten öffentliche Zuschüsse

Qualitätszeitungen steigern Auflage

BODO RADKE, **Den Haag**

Die Pflege eines hohen journalistischen Niveaus bei der Gestaltung von Tageszeitungen zahlt sich offenbar in den Niederlanden aus. Nach einem jetzt veröffentlichten Vergleich der Auflagenentwicklungen aller dem holländischen Verlegerverband angeschlossenen Zeitungen in den letzten eineinhalb Jahren haben die Qualitätsblätter „NCC Handelsblad" (Rotterdam) und „De Volkskrant" (Amsterdam) den stärksten Leserzuwachs zu verbuchen.

Die Auflagengewinne dieser beiden Zeitungen lagen mit 10 514 beziehungsweise 7400 erheblich über dem des für ein Massenpublikum gemachten Amsterdamer „Telegraaf" mit 3220 neuen Lesern. Die anderen landesweit verbreiteten Tageszeitungen Hollands mußten zum Teil erhebliche Einbußen hinnehmen, während die Regionalblätter ihre Position im allgemeinen halten konnten.

Neun niederländische Tageszeitungen, die das Geschäftsjahr mit Verlusten abgeschlossen haben, werden als Teilausgleich in Kürze zusammen 15 Millionen Gulden (13,5 Millionen Mark) aus einem Sonderfonds erhalten, der von den staatlich kontrollierten Einnahmen aus Werbung in Fernsehen und Hörfunk gespeist und vom Kultusministerium in Den Haag verwaltet wird.

Für den Verkauf von Sendezeiten für elektronische Medien als Umrahmung der Nachrichtensendungen im Fernsehen und Hörfunk ist in Holland eine Stiftung namens STER zuständig. Über deren Einnahmen nach Abzug der Kosten verfügt die Regierung. Die Kompensationsregelung für erlittene Verluste von Tageszeitungen ist Enfang dieses Jahres in Kraft getreten. Zunächst geht es jetzt um einen Teilausgleich für 1981. Für Defizite der Jahre 1982 und 1983 stehen ebenfalls je 15 Millionen Gulden zwecks späterer Auszahlung zur Verfügung. Die Entscheidung über die Verteilung der Summe auf die einzelnen notleidenden Blätter liegt beim zuständigen Minister Brinkman, der sich dabei von einem Verlegergremium beraten läßt.

Im niederländischen Zeitungsgewerbe geht es allmählich wieder aufwärts, wie eine Umfrage des Verlegerverbandes NDP bei seinen Mitgliedern ergab. Wenn der durchschnittliche Gewinn im Jahre 1981 nur 4,1 Prozent des Umsatzes betragen hatte und 1982 auf 5,3 Prozent gestiegen war, wird für 1983 mit mindestens 6,2 Prozent gerechnet. Diese günstige Entwicklung ist eine Folge der seit dem 1. Juli um 4 Prozent angehobenen Preistarife für Anzeigen und der mehrfachen Erhöhung der Abonnementgebühren. Außerdem stellen die meisten Verlage eine deutliche Verminderung des Schrumpfungsprozesses beim Anzeigenvolumen fest. Besonders die Entwicklung der letzten acht Wochen sei als „ermutigend" zu bezeichnen.

Eine solche Gesundung im Anzeigensektor sei für die meisten holländischen Zeitungen dringend notwendig, heißt es im Verlegerverband. Im Jahre 1979 war das Anzeigengeschäft noch mit durchschnittlich 59,1 Prozent an den Einnahmen der Verlage beteiligt. Im vergangenen Jahr betrug der Prozentsatz nur noch 50,9, und für 1983 müsse ein weiterer Rückgang auf 48,1 Prozent befürchtet werden. (SAD)

Volksbank baut Marktposition aus

cd. **Frankfurt**

Die Wiesbadener Volksbank berichtet über einen Ausbau ihrer guten Marktposition, der sich in einer 7,4prozentigen Steigerung der Bilanzsumme auf 1,6 Mrd. dokumentiert.

Die Geschäftsexpansion wurde von einer deutlichen Belebung des Kreditgeschäfts mit Schwerpunkt in der Baufinanzierung getragen. Das Buchkreditvolumen stieg um 104 Mill. DM oder zehn Prozent, das Gesamtkreditvolumen von 1,14 auf 1,25 Mrd. DM.

Das Nettosparaufkommen sank von knapp 200 auf 159 Mill. DM, weil die Kunden „an der Bilanz vorbeisparten" und sich vor allem in Aktien engagierten, deren Absatz sich nahezu vervierfacht hat.

Trotz voller Wertberichtigung der bei der SMH-Bank-Stützungsoperation verlorenen 10 Mill. DM ist wieder eine sechsprozentige Dividende und eine angemessene Rücklagenstärkung vorgesehen. Außerdem wurde der allgemeinen Risikovorsorge „besondere Aufmerksamkeit" geschenkt. Die Mitgliederzahl erhöhte sich überproportional um 1484 auf 47 800.

PONGS + ZAHN / Für Bilanzprüfung fehlt Geld

Schicksal in der Schwebe

dpa/VWD, **Düsseldorf**

Das Schicksal des konkursgefährdeten Düsseldorfer Immobilienunternehmens Pongs + Zahn AG (P + Z) ist noch immer ungewiß. Der gerichtlich bestellte Aufsichtsratsvorsitzende Rechtsanwalt Manfred Th. Heiermeier bemüht sich derzeit darum, in Gesprächen mit Banken eine Liquiditätszufuhr zu erreichen und zwei der Hauptgläubiger zu einer Subordination ihrer Forderungen zu bewegen. Wie Heiermeier jetzt bestätigte, hat der bisherige Vorstand Rudolf Weidemann am 27. Dezember sein Amt niedergelegt und ist damit einer Amtsenthebung zuvorgekommen.

Die Hoffnungen auf einen Einstieg eines Schweizer Interessenten bei P + Z, auf den auch Weidemann zur Vermeidung der Zahlungsunfähigkeit gesetzt hatte, haben sich vorerst zerschlagen. Der Interessent hat sich kurz vor Unterzeichnung einer Grundsatzvereinbarung zurückgezogen.

Ob das Unternehmen überschuldet ist, kann Heiermeier derzeit noch nicht beurteilen. Für eine hierfür erforderliche Prüfung fehle das Geld. Unklar ist auch, inwieweit sich der Konkurs der Tochter Solid Wohnbau GmbH, der vor wenigen Tagen von der Mittelrheinische Bau-Treuhand GmbH, Aachen, als Solid-Gläubiger beantragt worden war, auf P + Z auswirken wird. Heiermeier ist nicht bekannt, wie die Solid-Beteiligung in der P + Z-Bilanz bewertet worden ist.

Verwundert zeigte sich Heiermeier darüber, daß Solid erst 1982 zu einem Kurs von 3000 Prozent erworben wurde und jetzt bereits in Schwierigkeiten geraten ist. Zudem soll Solid 1982 einen Verlust von fast 0,5 Mill. DM ausgewiesen haben. Heiermeier bemüht sich derzeit um einen neuen Vorstand, der eingesetzt werden soll, wenn die Zahlungsfähigkeit von P + Z wieder gegeben ist. Ob die Verhandlungen mit Gläubigern und Banken erfolgreich sein werden, bleibt vorerst abzuwarten.

NAMEN

Rudolf Fabian, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Hypothekenbank Frankfurt-Bremen AG, Frankfurt, übernahm am 1. Januar 1984 als Vertreter des Verbandes Deutscher Hypothekenbanken den Vorsitz im Gemeinschaftsdienst der Boden- und Kommunalkreditinstitute. Er ist Nachfolger von **Klaus Flachmann**.

Gerhard Goll wurde per 1. Januar 1984 zum ordentlichen Mitglied des Vorstandes der Landeskreditbank Baden-Württemberg ernannt.

Egbert Diehl ist als persönlich haftender geschäftsführender Gesellschafter in das Bankhaus Delbrück & Co. eingetreten. Diehl, ein Enkel des früheren Teilhabers **Eugen von Rantenstrauch**, kommt von der Commerzbank und nimmt seine Tätigkeit im Hamburger Haus der auch in Berlin, Köln, Aachen und Frankfurt vertretenen Privatbank auf.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Düsseldorf: Proficon Ges. f. Vermögensanlagen; **Homburg (Saar):** Marianne-Quelle GmbH, Blieskastel; **Marburg:** Dieter Pfaff, Installateur; **Weißenhausen:** Mathilde Kamm, geb. Rummel, Kauffrau, Leingarten, Inh. d. P. & S. Böhnke, Tegernsee.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Bensheim: Otto Zillig & Söhne oHG, Bauunternehmung; **Peine:** Wolfgang Jansen, Bauunternehmer, Alleininh. d. Bauunternehmung Wolfgang Jansen.

Vergleich beantragt: Kempten: Edmund Herold, Sulzberg, alleiniger Inh. d. Edmund Herold, Spar-Markt, Sulzberg.

HOFPFISTEREI STOCKER / Der Ertrag bietet „keinen Anlaß zum Stöhnen" – Preise seit 1981 stabil

Mit Bauernbrot den Geschmack getroffen

DANKWARD SEITZ, **München**

Mit einem Angebot von über 200 Brotsorten dürfte die Bundesrepublik in der Welt einsame Spitze sein. Diese Vielfalt ist allerdings auch ein Zeichen dafür, wie sehr das Bäckerhandwerk mit immer neuen Variationen um die Kundschaft kämpfen muß. Ähnlich wie die Kartoffel, zählt Brot zu jenen Grundnahrungsmitteln, die sich recht wechselhafter Wertschätzung bei den Verbrauchern erfreuen. Sind die Zeiten schlecht, stürzen sie sich darauf; wächst dagegen der Wohlstand, wird es als Dickmacher verachtet, oder man wendet sich Feinerem zu. Der Rückgang des Pro-Kopf-Verbrauchs von 98,4 kg (1949/50) auf 73,0 kg (1980/81) verdeutlicht dies.

Trotz stagnierenden oder rückläufigen Brotmarktes gibt es aber Nischen, in denen Spezialisten gedeihen. Einer von ihnen ist die Ludwig-Stocker-Hofpfisterei in München, die sich ganz auf Bauernbrot aus Sauerteig spezialisiert hat, und in diesem Marktsegment der größte deutsche Hersteller ist. Täglich verlassen etwa 20 000 Vier-Pfund-Laibe die 50 Backöfen (750 qm Backfläche). Billig sind die Brote mit einem Durchschnittspreis von 3,30 DM je Kilo nicht gerade. Dies hält aber den ständig wachsenden Kreis von Liebhabern nicht ab, in den 94 eigenen Stadtfilialen und bei den 660 Einzelhändlern im Umkreis von 100 km danach zu greifen. Einige Laibe gehen sogar per Luftpost nach Kanada, Mexiko und Indien, aber auch in die Volksrepublik China.

Die Geschichte der Hofpfisterei reicht zurück bis ins Mittelalter. Diesen Namen, der sich vom lateinischen „pistor" (der Bäcker) ableitet, trugen Regiebetriebe, die eine Hofhaltung oder ein Kloster zur Selbstversorgung mit Mehl und Brot betrieben. Gegründet wurde das heutige Familienunternehmen 1331 vom Herzoglichen Hof in München und diente ihm bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts als Mühle und Bäckerei.

Nach wechselvollen Jahren wurde die Hofpfisterei 1917 von Ludwig Stocker erworben. Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges zog er einen schwungvollen Mehlhandel auf. Das Geschäft lief gut, denn Stocker war der Konkurrenz immer um Längen voraus, weil er sich die erste private Funkstation in München eingerichtet hatte und so stets über die aktuellen Verhältnisse auf dem nordamerikanischen Getreide- und Mehlmarkt unterrichtet war.

Als Bäckerei gewinnt die Hofpfisterei erst in den 50er Jahren nach dem Neuaufbau wieder an Bedeutung. Als der jetzige Inhaber Siegfried Stocker den Betrieb 1970 übernahm, wurden bereits 44 Verkaufsstellen unterhalten. Inzwischen sind die Produktionskapazitäten in der engen Münchner Innenstadt fast erschöpft. Auch wenn Stocker nicht an rasches Wachstum denkt („Wir lassen uns wie in den letzten Jahren leicht von der Nachfrage schieben"), muß ein zweiter Standort ab 1986 in Erwägung gezogen werden.

Vermieden werden soll vor allem eine Überproduktion, denn neben Qualität schwört Stocker auf Frische. Jeden Abend werden die nichtverkauften Brote aus den Geschäften zurückgeholt und am nächsten Tag in einem speziellen Altbrotladen am Viktualienmarkt angeboten. Rund 1000 Vier-Pfund-Laibe werden auf diese Weise pro Tag zu einem Kilopreis von 1 DM („Wir holen gerade damit wieder die Rohstoffkosten herein") abgesetzt und müssen nicht wie früher zu Kraftfutter verarbeitet werden.

Im Jahr 1982 ist der Gesamtumsatz zwar noch leicht auf 39,1 (39,8) Mill. DM zurückgegangen. Für die vergangenen zwölf Monate aber erwartet Stocker wieder ein Plus von 3,3 Prozent auf 40,4 Mill. DM bei einem um 9 Prozent auf 12 600 t steigenden Brotabsatz. Die Differenz geht auf die Reduzierung des Handelssortiments (Brötchen, Brezeln und anderes Feingebäck) von früher 300 auf jetzt nur noch 30 Artikel zurück. Noch 1978 entfielen darauf 32 Prozent des Gesamtumsatzes von 31,5 Mill. DM; im vergangenen Jahr sank dieser Anteil auf 18 Prozent. Die Brotpreise wurden laut Stocker seit Mitte 1981 stabil gehalten und sollen auch 1984 nicht steigen.

Über den Ertrag der Hofpfisterei mit ihren 516 (504) Beschäftigten schweigt Stocker und meint nur lächelnd, daß es „allgemein betrachtet kein Anlaß zum Stöhnen gibt". Die Investitionen, die „immer etwas über den Abschreibungen liegen", habe man „immer aus eigener Kraft finanzieren können". Und daran soll sich auch nichts ändern, wenn einmal der zweite Standort spruchreif wird.

TEE / Indischer Export-Stopp für drei Monate

Preise auf Rekordstand

WILHELM FURLER, **London**

Die Preise für Tee haben an den wichtigen Handelszentren einen neuen Rekordstand erreicht. Bei der letzten Teeauktion in London – diese Auktionen finden einmal pro Woche statt – ist der durchschnittliche Preis für Tees höherer Qualität um mehr als 50 Pence je Kilo auf den Spitzenpreis von 330 Pence (13 Mark) gestiegen. Seit dem Spätsommer vergangenen Jahres haben sich damit die Preise für Qualitätstee in London von 150 Pence je Kilo mehr als verdoppelt. Abgesehen von Kalkutta ist London die bedeutendste Teebörse, da Großbritannien der größte Tee-Importeur ist.

Hinter dem jüngsten Preissprung steht die von den indischen Behörden zu Weihnachten bekanntgegebene Entscheidung, die Ausfuhr von Tee der CTC-Klasse (cut, tear and curl – damit wird die Methode der Teeblatt-Verarbeitung für Beuteltee beschrieben) für drei Monate zu unterbrechen. CTC-Tee, der etwa in den am britischen Mark angebotenen Teemischungen zu mehr als 80 Prozent enthalten ist, stellt den größten Teil der indischen Tee-Exporte.

Der Ausfuhr-Stopp wurde verhängt, um den auch am heimischen Markt stark erhöhten Teepreis zu drücken. Aber auch der starke Anstieg der Teepreise an den europäischen Auktionszentren vor dem Preissprung der letzten Auktionen geht auf Indien zurück. Und zwar hat die erhebliche Zunahme des indischen Eigenverbrauchs zu einer Zeit, da die Welt-Teevorräte nach den letzten schlechten Ernten und nach einer langen Zeit stark gedrückter Marktpreise deutlich geschrumpft sind, ganz wesentlich zu der steilen Entwicklung auf den Rekord-Durchschnittspreis für alle Teesorten von 285 Pence (11,25 Mark) je Kilo beigetragen.

Ob und wie weit die jüngste Hausse bei den Tee-Auktionen zu einer erneuten Verteuerung der Ladenpreise führt, kann auch von Marktkennern nicht gesagt werden. Alles wird davon abhängen, wie lange die gegenwärtigen Hortungs- und Panikkäufe weitergehen. In diesem Zusammenhang wird nicht ausgeschlossen, daß Indien schon deutlich früher als beabsichtigt den Export-Stopp auf CTC-Tee aufheben wird – nicht zuletzt deswegen, weil die Ausfälle an lukrativen Exporterlösen über kurz oder lang bedenklich zu Buche schlagen dürften.

Tauschoperation bei den Aktien

Lebhafte Nachfrage nach Conti-Gummi wegen des Optionsscheins

DW. – Der Empfehlung der meisten Banken folgend, beim Aktienkauf in diesem Jahr selektiv vorzugehen, wird in diesen Tagen weitgehend entsprochen. Dabei kommt es zu umfangreichen Tauschoperationen. Überschattet wurden diese Aktivitäten in der ersten Börsenstunde durch den weiteren Anstieg des Dollars und durch die allgemeine Schwäche am Rentenmarkt. Beides löste beim Berufshandel weitere kursdrückende Gewinnmitnahmen aus. Doch auf der ermäßigten Basis gab es massive Rückkäufe, so daß die Umsatztätigkeit am Aktienmarkt wieder lebhaft war.

Eine gewisse Abkehr vollzieht sich in diesen Tagen von den konsumnahen Papieren, aber auch von den Autoaktien; die Tauschoperationen gingen ferner zu Lasten einiger Maschinenbauwerte; so besonders von GHH, wo sich allerdings Glattstellungen auch besonders lohnen. Gewinnmitnahmen ebenso bei den Stahlaktien. In den Mittelpunkt der Käufe rückten Mannesmann, wo der Kurs nahe 150 DM (plus 3,20 DM) kam. Fest tendierten auch Conti-Gummi (plus fünf DM). Auslöser für das Interesse ist hier die geplante Ausgabe der Optionsanleihe, die im Gegensatz zu anderen Emissionen den Conti-Aktionären im Wege eines Bezugsrechts angeboten werden soll. Veba-Aktien waren gut behauptet.

Düsseldorf: Balcke Dür verminderten um 5 DM, Gerresheimer Glas um 4,90 DM und Gildemeister um 2 DM. Nachgeben mußten Huta um 4,50 DM auf 108 DM und Stinnes um 10 DM auf 690 DM. Verbessert haben sich Heinrich und Leffers um jeweils 10 DM und Stahlwerke Bochum um 6 DM.

Frankfurt: Bei Maschinenwerten mußten Bremer Vulkan um 5,20 DM auf 34,50 DM zurückgenommen werden. Moenus setzte Aufwärtsbewegung um 7 DM auf 77 DM fort. Sonstige Nebenwerte Braun AG 330 DM (minus 10 DM), Rheinelektra 405 DM (plus 10 DM). Daimler erneut schwach 638 DM (minus 9,50 DM). Rütgers 332 DM (minus 8 DM), Cassella 535 DM (minus 1 DM). Grünzweig & Hartmann 173 DM (plus 8 DM).

Hamburg: HEW wurden mit 103 DM und NWK-Vorzüge mit 176 bis 177 DM gehandelt. Triton gingen zu 142 DM (plus 1,50 DM) aus dem Markt. Auf unveränderter Basis verkehrten Reichelt zu 96 DM. Vereins- und Westbank gaben um 1 DM auf 313 DM nach.

München: Agrob Vz. und Augsburger Kammgarn verloren je 5 DM, Brauhaus Amberg 10 DM und Etienne Aigner 20 DM. Erhöhen konnte Dywidag um 2 DM und Flachglas um 10 DM. Hutschenreuther stockten um 9,50 DM auf und Leonische Draht um 5 DM. Porz.

Berlin: Berthold zogen um 19 DM und Berliner Kindl um 8,50 DM an. Kötitzer Leder wurden um 3,4 DM höher taxiert. Herlitz Stämme und Schering lagen um je 1 DM freundlicher. Concordia Chemie büßten 5 DM ein.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex vom 4. 1.: 154,4 (154,9); WELT-Umsatzindex vom 4. 1.: 3188 (3442)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 4. 1.: 1136 Optionen = 53 750 (56 475) Aktien, davon 151 Verkaufsoptionen = 7700 Aktien. Kaufoptionen: AEG 4-70/18, 4-80/8,4, 4-85/5,8, 7-85/9,5, 7-90/6, 7-95/4,1, BASF 4-160/18, 4-170/12,4, 4-180/14,4, Bayer 4-160/19, 4-170/12,5, 4-190/6,4, BMW 4-440/17, Commerzbank 4-170/14, 4-180/7,5, 4-190/4,1, 4-200/2,9, 7-170/20, 7-180/14, 7-190/8,5, 7-200/5, Conti 4-110/24, 4-120/20-20,3, 4-130/10,5-13,6, 4-140/5, 7-120/21, 7-130/18,5, 10-120/30, Daimler 4-650/44, 7-650/75, Dt. Babcock St. 4-200/7, 7-190/22, Deutsche Bank 4-320/35, 4-330/30, 4-340/17, 4-370/5,6, 4-550/14, 7-330/33,5, 7-340/29,4 7-350/23,8, 7-370/15, 10-370/23, 10-380/16, 10-390/10,1, Dresdner Bank 4-170/13,4, 4-180/9,9, 4-190/5, 7-180/16, 7-190/8,95, 7-200/6, GHH St. 4-150/10, Hoechst 4-160/25,8, 4-170/19, 4-180/11,6, 4-190/7,4, 4-200/3,9, 7-180/18,5, 7-190/12, 7-200/8, Hoesch 4-100/13, 4-110,7, 4-120/5,5, 4-130/4,5, 7-90/26, 7-100/18,1, 7-120/9,5, 7-140/2, Klöckner 4-40,8, 4-50/4, 4-55/1,8, 7-40/12,4, 7-50/5,6, 7-55/2,5, 10-50/11, 10-55/5,8, Lufthansa St. 4-180/3,5, 7-180/7,9, Lufthansa Vz. 4-150/12, Mannesmann 4-130/18, 4-140/12, 4-150/5,6, 4-160/4,45, 7-140/17, 7-150/9, 7-160/5,5, Rütgers 4-380/15, RWE St. 10-190/8,8, RWE Vz. 7-180/30,5, Kali + Salz 7-200/16, Siemens 4-400/10, 7-400/17,6, 10-430/7,1, Thyssen 4-80/11, 4-85/7, 7-80/12,5, 7-85/6,6, 7-90/5, Veba 4-170/9,8, 4-180/5,3, 7-170/14, 7-180/8,5, VEW 4-130/5,9, 7-130, 7,4, VW 4-200/35, 4-120/29,4, 4-220/20,8, 4-230/12, 4-240/8,5, 7-230/24,3, 7-240/17,5, 7-250/13,2, 7-260/7,6, 10-240/28,8, 10-250/19,4, Chrysler 4-75/9, 7-85/7, 7-90/3,6, Elf 7-60/5,6, Norsk Hydro 7-190/10,6, Philips 4-29,5/13,9, 4-40/4,6, 4-45/1,75, 7-40/5,6 Royal Dutch 4-120/12,4, 4-126,9/6,2, 7-120/13,9, 7-130/10,6, Sony 4-40/7,3, Xerox 4-140/8, Verkaufsoptionen: AEG 4-85/4,5, 7-75/1,5, 7-80/2,5, 7-85/3,8, 10-80/4, BASF 4-180/8, 7-170/4, 7-180/9,5, Bayer 7-170/3,5, BMW 7-420/9,4, Commerzbank 4-180/6, 7-170/3,2, 10-170/4, Conti 4-130/4,5, 7-120/2,4, Daimler 4-650/14,1, 7-620/5,2, Deutsche Bank 4-340/3, 7-340/7,65, GHH St. 7-150/6, Klöckner 4-45/3, 7-35,2, 7-45/4, Lufthansa Vz. 7-150/6,9, Mannesmann 4-140/1,6, 4-150/6,5, 7-140/2, Thyssen 7-85/4, Veba 4-170/2, 7-170/3, 10-170/4,5, VW 4-220/3,5, 4-230/6,1, 7-210/3,4, 7-220/6, 7-230/8, 10-200/5, 10-230/9,2, Chrysler 4-75/3,5, IBM 4-340/8, Royal Dutch 7-130/4,4

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 4. 1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¾–10	5⅜–5⅝	3⅜–3⅝
3 Monate	9⅞–10⅛	5⅞–6⅛	3⅞–4⅛
6 Monate	10⅛–10⅜	6⅛–6⅜	4⅛–4⅜
12 Monate	10⅜–10⅝	6⅜–6⅝	4⅛–4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 4. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1490,00	1812,60
10 US-Dollar (Indian) **)	1188,00	1479,72
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	609,90
1 £ Sovereign alt	243,00	299,82
1 £ Sovereign Elizabeth II	237,00	292,98
20 belgische Franken	186,00	241,68
10 Rubel Tscherwonez	253,00	315,78
2 südafrikanische Rand	238,00	292,98
Krüger Rand, neu	1067,00	1256,28
Maple Leaf	1067,00	1256,28
Platin Noble Man	1089,00	1281,36
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	263,00	327,18
20 schweiz. Franken „Vreneli"	207,00	259,92
20 franz. Franken „Napoléon"	199,00	250,80
100 österr. Kronen (Neuprägung)	984,00	1185,60
20 österr. Kronen (Neuprägung)	196,00	246,24
10 österr. Kronen (Neuprägung)	106,00	137,94
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	462,00	566,58
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	149,34

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

4. 1. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,7825	2,7905	2,7565	2,73	2,82
London1)	3,939	3,953	3,914	3,88	4,03
Dublin1)	3,094	3,108	3,055	3,03	3,18
Montreal3)	2,2284	2,2364	2,1119	2,17	2,26
Amsterd.	88,975	89,165	88,07	88,00	90,00
Zürich	124,640	124,840	124,74	123,50	126,25
Brüssel	4,894	4,914	4,841	4,71	4,93
Paris	32,645	32,805	32,13	32,00	33,75
Kopenh.	27,580	27,880	27,315	26,50	28,50
Oslo	35,530	35,658	34,97	34,75	36,50
Stockh.**)	34,135	34,295	33,755	33,25	35,00
Mailand2) **)	1,645	1,655	1,607	1,60	1,70
Wien	14,162	14,202	14,169	14,08	14,31
Madrid**)	1,743	1,753	1,688	1,68	1,80
Lissabon**)	2,070	2,090	1,985	1,60	2,40
Tokio	1,1910	1,1940	–	1,14	1,20
Helsinki	47,055	47,255	46,005	46,00	47,55
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,733	2,797	–	2,10	2,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4910	2,51	–	2,43	2,54
Johannesbg.*)	2,245	2,264	–	–	–

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Einen sensationeller Anstieg verzeichnete am 4. 1. der US-Dollar, der nach ersten Kursen um 2,7740 am Nachmittag bis 2,7950 anzog. Ohne daß diese Bewegung Interventionen der Notenbanken auslöste. Lediglich zur amtlichen Notiz von 2,7865 verkaufte die Bundesbank 25,85 Mio. Dollar. Die heutige Notierung ist die höchste seit dem 30. 1. 1974. Die überraschende Festigkeit war nicht ganz verständlich und ist mit den hohen Zinssätzen bis zu 11 Prozent am Tagesmarkt und Eindeckungen von Short-Positionen allein nicht zu erklären. Der schweizer Franken fiel gegen D-Mark um 2,4 Promille auf 124,74 zurück. Die übrigen Währungen notierten höher, wobei der japanische Yen seinen Höchststand auf 1,1925 verbesserte. US-Dollar in: Amsterdam 3,1345; Brüssel 56,9025; Paris 8,5295; Mailand 1690,50; Wien 19,64,90; Zürich 2,2338; Ir. Pfund/DM 3,101; Pfund/Dollar 1,4161; Pfund/DM 3,946.

Ostmarkkurs am 4. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,75; Verkauf 20,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Nachfrage nach Dollar-Depositen wurde am 4. Januar druch die hohen Dollar-Tagesgeldsätze neu entfacht, so daß die Swapsätze alle höher gehandelt wurden.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	2,82/2,72	5,48/5,28
Pfund/Dollar	0,085/0,105	0,27/0,30	0,53/0,57
Pfund/DM	1,70/0,30	3,80/2,40	6,80/5,50
FF/DM	28/ 10	67/ 51	131/115

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 4. 1.: Tagesgeld 5,50–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,90–6,00 Prozent; Dreimonatsgeld 5,90–6,10 Prozent.

Privatdiskontsätze am 4. 1.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 4. 1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Jauar 198· an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,30 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,59) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,89; 2 Jahre 7,21. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Renten unter Druck

Der Anstieg des Dollars bis zeitweise nahe 2,79 DM sowie die leicht nachgebenden Bondskurse in den USA haben die Abgabeneigung am Rentenmarkt noch wachsen lassen. Leidtragende waren in erster Linie öffentliche Anleihen, deren Kurse bis zu einem halben Punkt zurückgenommen wurden. Gleichwohl gilt inzwischen die Silvester-Anleihe als grundsätzlich placiert. DM-Auslandsanleihen gaben um durchschnittlich 0,25 Prozentpunkte nach. Die Renditen der Pfandbriefe wurden Zug um Zug der veränderten Lage angeglichen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		4. 1.	3. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,3G	100,3G
7½ Bdbahn 72	2/84	100G	100G
8 dgl. 72	9/84	100,8	100,8G
8¼ dgl. 76	9/84	101,05	101,05
6 dgl. 78 III	11/84	99,55	99,55G

Bankschuldverschreib.

	4. 1.	3. 1.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	98,5G	98,5G
F 7½ Bakola Pf 104	99,85G	99,85G
9 dgl. Pf 106	102,8G	102,8G
10 dgl. Pf 108	107,5G	107,5G
7 dgl. KS 132	94,75G	94,75G
8 dgl. KS 155	98,4G	98,4G
9 dgl. KS 189	102G	102G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ho = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Wiederum schwächer, wenn auch nicht in dem Umfang wie am Vortag, lagen am Mittwoch die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee deutlich fester aus dem Markt ging, kam es bei Kakao zu deutlichen Verlusten. Hier gingen einige Kontrakte während des Sitzungsverlaufs zeitweilig bis um das Limit zurück.

Getreide und Getreideprodukte

	4. 1.	3. 1.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	355,50	354,00
Mai	351,75	350,75
Juli	341,75	340,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	248,90	geschl.
Amber Durum	259,70	geschl.
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	140,50	141,50
Mai	144,00	146,00
Juli	148,30	148,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	126,30	126,00
Mai	125,80	125,10
Juli	126,90	126,90
Hafer Chicago (c/bush)		
März	180,75	179,00
Mai	183,25	181,50
Juli	182,25	180,50
Mais Chicago (c/bush)		
März	330,25	329,50
Mai	333,50	333,50
Juli	334,25	334,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
März	131,90	131,20
Mai	134,00	133,30
Juli	135,70	134,50

Genußmittel

	4. 1.	3. 1.
Kaffee New York (c/lb)		
März	139,30	137,76
Mai	136,20	134,76
Juli	134,20	133,00
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. März	2805	2701
Mai	2599	2680
Juli	2583	2670
Umsatz	–	6207
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	7,87	7,88
Mai	8,31	8,24
Juli	8,68	8,60
Sept.	8,85	8,83
Okt.	9,04	9,00
Umsatz	7495	9465
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6,94	7,19
Kaffee London (£/t) Robusta-		
Kontrakt Jan.	1940–1945	1941–1947
März	1926–1928	1899–1900
Mai	1873	1836–1837
Umsatz	2786	1286
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1958–1960	2063–2064
Mai	1933–1935	2030–2032
Juli	1918–1920	2011–2012
Umsatz	9469	7932
Zucker London (£/t)		
März	142,00	141,80–142,00
Mai	149,20–149,30	148,10–148,25
Umsatz	1260	942
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	430,00	430,00
weißer Sarawak	677,50	677,50
weißer Muntok	685,00	685,00

	4. 1.	3. 1.
Orangensaft New York (c/lb)		
Jan.	140,25	137,60
März	143,75	140,90
Mai	144,90	142,00
Juli	146,00	142,90
Sept.	146,60	143,50
Umsatz	1200	2500

Öle, Fette, Tierprodukte

	4. 1.	3. 1.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk.	47,00	47,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	26,75	26,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Jan.	28,30	28,10
März	28,80	28,64
Mai	29,35	29,15
Juli	29,45	29,25
Aug.	29,05	28,80
Sept.	27,60	27,40
Okt.	26,70	26,25
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,00	30,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	23,00	21,50
Choice white hog 4% fr. F.	17,50	17,25
Talg New York (c/lb)		
top white	17,50	17,50
fancy	17,00	17,00
bleichfähig	16,75	16,75
yellow max. 10% fr. F.	15,25	15,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	51,00	50,20
Apr.	47,85	47,40
Juni	53,12	52,65
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	60,90	60,05
März	61,35	60,25
Mai	63,10	62,30
Rinder Chicago (c/lb)		
Ochsen sieb. schwere River Northern	54,50	54,50
Kühe sieb. schwere River Northern	55,00	55,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	774,00	784,50
März	791,00	802,75
Mai	805,00	813,50
Juli	813,00	819,00
Aug.	802,80	805,50
Sept.	748,00	747,00
Nov.	712,00	705,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Jan.	212,50	215,50
März	212,50	215,30
Mai	213,50	215,50
Juli	215,00	215,90
Aug.	212,50	214,50
Sept.	206,50	209,00
Okt.	193,00	192,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)		
März	373,00	378,80
Juli	382,00	387,30
Mai	378,50	384,00
Kokosöl New York (c/lb)		
Westküste fob Werk	46,75	47,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. cif	920,00	925,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	527,50	530,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	740,00	750,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	212,00	217,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1045,00	1045,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	316,00	324,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	4. 1.	3. 1.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
März	75,70	75,30
Mai	77,10	76,70
Juli	77,90	77,62
Okt.	73,80	73,54
Dez.	72,35	72,17
März	73,90	73,20
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	57,50	57,50
Wolle Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:		
Jan.	405–410	408–410
März	421–424	421–425
Mai	432–434	437–439
Umsatz	88	4
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:		
März	47,20	42,70
Mai	47,80	47,80
Juli	47,90	47,90
Okt.	48,20	48,20
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype		
März	563,00–570,00	564,00–570,00
Mai	580,00–582,00	580,00–583,00
Juli	590,00–594,00	591,00–594,00
Umsatz	7	18
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen		
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager		
Jan.	geschl.	geschl.
Febr.	geschl.	geschl.
Kautschuk London (p/kg)		
Nr. 1 RSS loco	85,00–86,50	85,60–86,25
Febr.	85,40–86,50	85,40–86,80
März	86,60–86,50	85,60–86,70
April/Juni	86,10–86,20	86,10–86,20
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Jan.	262,00–262,50	263,00–263,50
Febr.	266,00–266,50	267,50–268,50
Nr. 2 RSS Jan.	254,50–255,50	256,00–257,00
Nr. 3 RSS Jan.	251,00–252,00	252,50–253,50
Nr. 4 RSS Dez.	244,50–245,50	246,00–247,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)		
BWC	485,00	485,00
BWD	465,00	465,00
BTC	485,00	485,00
BTD	465,00	465,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. = 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	4. 1.	3. 12.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	113,45–113,85	117,35–117,55
drittfolg. Monat	117,40–117,80	121,31–121,51
Zink: Basis London		
laufend. Monat	252,00–252,20	251,38–251,73
drittfolg. Monat	254,18–254,38	255,29–255,09
Produz.-Preis	273,47	289,48
Reinzinn 99,9%	3728–3765	3718–3755

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	4. 1.	3. 1.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	399,64–401,62	399,15–401,12
Blei in Kabeln	121,25–122,25	124,75–125,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–452,00	430,50–452,00
Vorziehdraht	439,50–464,00	439,50–464,00

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	4. 1.	3. 1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	372–384	370–373
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	418–422	418–422
MS 63	414–420	414–420

Zinn-Preis Penang

	4. 1.	3. 1.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,16

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	4. 1.	3. 1.
Leg. 225	448–455	445–455
Leg. 226	450–457	447–457
Leg. 231	480–487	477–487
Leg. 233	490–497	487–492

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	4.1.	3. 1.
Platin (DM je g)	36,40	37,45
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	34 150	34 300
Rücknahmepr.	33 400	33 550
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	34 110	34 290
Rücknahmepr.	33 090	33 260
verarbeitet	35 800	35 920
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 860	34 000
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	772,20	804,00
Rücknahmepr.	745,20	775,90
verarbeitet	806,40	839,70

Internationale Edelmetalle

	4. 1.	3. 1.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	376,50	384,00
15.00	374,00	383,00
Zürich mittags	374,50–375,00	383,50–384,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 530	103 050
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	599,90	624,30
3 Monate	613,60	638,00
6 Monate	629,90	654,05
12 Monate	660,80	686,30
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	266,15	270,35
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	110,35	111,05

New Yorker Preise	4. 1.	3. 1.
Gold H & H Ankauf	374,00	383,00
Silber H & H Ankauf	842,00	858,00
Platin fr. Händlerpr.	386,00–388,50	386,00–388,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	156,00–158,00	158,00–160,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Jan.	852,00	862,00
Febr.	857,50	866,50
März	862,00	871,00
Mai	878,00	885,00
Juli	890,00	903,00
Sept.	914,00	918,50
Dez.	931,90	942,00
Umsatz	32 000	33 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	4. 1.	3. 1.
Jan.	64,75	64,80
Febr.	65,20	65,30
März	65,80	65,65
Mai	67,00	67,20
Juli	68,40	68,50
Sept.	69,85	69,95
Dez.	72,00	72,00
Umsatz	8 500	11 000

Londoner Metallbörse

	4. 1.	3. 1.
Aluminium (£/t) Kasse	1103,0–1104,0	1100,5–1101,0
3 Monate	1132,5–1133,0	1129,5–1130,0
Blei (£/t) Kasse	287,00–288,00	295,00–295,50
3 Monate	297,00–297,50	305,00–305,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	998,50–999,00	998,0–999,0
3 Monate	1025,5–1026,0	1024,0–1025,0
abends Kasse	998,50–999,00	1001,5–1002,5
3 Monate	1025,0–1025,5	1028,0–1028,5
(Kupfer-Standard) Kasse	979,00–988,00	982,00–983,00
3 Monate	1005,0–1006,0	1008,0–1009,0
Zink (£/t) Kasse	644,00–645,00	629,50–630,50
3 Monate	648,00–649,00	640,00–641,00
Zinn (£/t) Kasse	8560–8565	8460–8470
3 Monate	8740–8745	8630–8631
Quecksilber ($/Fl.)	300,00–310,00	300,00–310,00
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	70,00–80,00	70,00–80,00

SPORT-NACHRICHTEN

Lerby operiert

München (dpa) – Sören Lerby, Mittelfeldspieler des Fußball-Bundesligavereins Bayern München, fällt für mindestens acht Wochen aus. Der Däne, der zu Beginn der Saison für 1,8 Millionen Mark von Ajax Amsterdam verpflichtet worden war, mußte an der Leiste operiert werden.

UdSSR Weltmeister

Nortköping (dpa) – Die Junioren der Sowjetunion wurden in Schweden erneut Eishockey-Weltmeister. Mit 13:1 Punkten belegten sie Platz eins vor Finnland (12:1), das im letzten Spiel die Auswahl der Bundesrepublik Deutschland 8:2 besiegte. Die deutsche Mannschaft belegte Platz sieben, die Schweiz muß absteigen.

Sylvia Hanika krank

Washington (sid) – Syliva Hanika mußte wegen einer Virus-Infektion auf einen Start beim Tennis-Damenturnier in Washington verzichten. Eva Pfaff hat als einzige deutsche Spielerin die zweite Runde des Turniers erreicht. Sie besiegte die Amerikanerin Leslie Allen 6:1, 6:1.

Kameras kontrollieren

Verona (dpa) – Der italienische Fußball-Oberligaklub Hellas Verona beginnt am Sonntag mit einem Experiment: Vier Fernsehkameras, zwei hinter jedem Tor, sollen jede Entscheidung der Schiedsrichter aufzeichnen.

Ohne Peter Angerer

München (sid) – Der Weltcup im Biathlon beginnt heute in Falun (Schweden) ohne Vorjahrssieger Peter Angerer. Der Deutsche Ski-Verband verzichtet aus finanziellen Gründen auf die Reise nach Skandinavien und trägt statt dessen in Ruhpolding eine interne Olympia-Qualifikation aus.

Basketball: Niederlage

Osnabrück (dpa) – Im dritten Spiel gegen China gab es die erste Niederlage für die deutsche Nationalmannschaft. In Osnabrück unterlag sie mit 93:103. Bester Werfer war der Kölner Pappert mit 25 Punkten.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Junioren in Schweden, letzter Spieltag: Finnland – Bundesrepublik Deutschland 8:2, CSSR – Kanada 6:4, Schweiz – USA 3:12, UdSSR – Schweden 8:2.

1. UdSSR	7	6	1	0	50:17	13: 1
2. Finnland	7	6	0	1	44:23	12: 2
3. CSSR	7	5	0	2	51:22	10: 4
4. Kanada	7	5	0	2	39:17	9: 5
5. Schweden	7	3	0	4	27:28	6: 8
6. USA	7	2	0	5	32:38	4:10
7. Deutschland	7	1	0	6	12:54	2:12
8. Schweiz	7	0	0	7	16:72	0:14

Bundesliga, Nachholspiel: Schwenningen – Düsseldorf 5:0.

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Bayer Leverkusen – Dae Woo Royals (Südkorea) 5:1, Auswahl Nizza/Cannes – Hamburger SV 3:1.

TENNIS

Damenturnier in Washington (150 000 Dollar), erste Runde: Pfaff (Deutschland) – Allen (USA) 6:1, 6:1, Bonder (USA) – Kohde (Deutschland) 6:7, 6:1, 6:2, Jäger (USA) – Walsh (USA) 6:2, 6:3, Mandlikova (CSSR) – Benjamin (USA) 6:4, 6:2, Collins (USA) – Bassett (Kanada) 5:7, 7:5, 7:5.

WCT-Doppel-Weltmeisterschaft in London, erste Runde: Günthardt/Taroczy (Schweiz/Ungarn) – Curren/Denton (Südafrika/USA) 3:6, 7:6, 6:4, 6:2, Slozil/Smid (CSSR) – Tim und Tom Gullikson (USA) 6:3, 6:7, 6:4, 4:6, 6:2.

Einladungsturnier in Chicago (250 000 Dollar), erste Runde: Gomez (Ecuador) – Noah (Frankreich) 7:6, 7:6, Wilander (Schweden) – Arias (USA) 6:2, 3:6, 6:3.

EISKUNSTLAUF / Chaos im deutschen Verband vor der Europameisterschaft

Auch Manuela Ruben trennte sich von Erich Zeller. Krieg der Funktionäre

DW. Oberstdorf/Bonn

In Oberstdorf gab es gestern keine Auskünfte mehr. Das Sekretariat des Leistungszentrums der Eiskunstläufer hatte strikte Anweisung, keine Telefon-Gespräche mehr zu vermitteln. Das ist nur ein äußeres Zeichen der totalen Verunsicherung. Fünf Tage vor Beginn der Europameisterschaften im Eiskunstlaufen herrscht das totale Chaos: Trainerwechsel wie in der Fußball-Bundesliga, Streit zwischen den wichtigsten Funktionären der Deutschen Eislauf-Union (DEU), Widersprüche und Hin- und Hergeschiebe von Verantwortungen.

Anfang der Woche, erst jetzt wurde es bekannt, begrüßte die deutsche Meisterin Manuela Ruben Bundestrainer Erich Zeller (70) im Leistungszentrum von Oberstdorf mit den Worten: „Sie sind nicht mehr mein Trainer. Hat Ihnen denn Doktor Montag nichts gesagt?" Wolfdieter Montag, einst Mannschaftsarzt, jetzt Präsident der DEU, sagte gestern aber noch: „Da gibt es gar keine Diskussionen. Vor der Europameisterschaft wird keine andere Entscheidung mehr getroffen: Erich Zeller wird in Budapest Manuela Ruben betreuen."

Es ist schwer, die Kringel zu entwirren, die zur Zeit von den Beteiligten dieses Eistheaters gezeichnet werden. Manuela Ruben sagt: „Ich mußte reagieren, weil ich vor Budapest nicht noch wichtige Trainingstage versäumen wollte. Schließlich liegt der Druck auf mir, nachdem Claudia Leistner nicht starten kann." Die Vierte der Europameisterschaft des letzten Jahres schloß sich dem Kölner Sportlehrer Werner Seyfaerth an, der 1976 Gert-Walter Gräbner zum deutschen Titel geführt hatte und auch schon der Wunschtrainer von Norbert Schramm war.

Manuela Ruben glaubte auf folgenden Tatbestand reagieren zu müssen: Nachdem sich Norbert Schramm, der Europameister, von Zeller getrennt hatte (28. Dezember), erschien der Bundestrainer drei Tage lang nicht mehr in Oberstdorf – die Tage galten ohnehin als trainingsfrei. Die deutsche Meisterin aber nahm dies zum Anlaß, selbst zu handeln. Auch mit der Begründung des angeblich angegriffenen Gesundheitszustandes des 70 Jahre alten Zeller, der sich im Münchner Krankenhaus Links der Isar einer Herzuntersuchung unterzogen hatte.

Zeller: „Was die Manuela da macht, ist für mich eine völlig unverständliche Entscheidung. Unser Verhältnis war doch gut." In der Tat ging der Schritt, sich von Zeller zu trennen, allein von der deutschen Meisterin aus. Gestern meldete sich ihr Vater beim Vizepräsidenten der DEU und bat ihn, mit Manuela zu sprechen, damit sie ihre Entscheidung wieder rückgängig mache.

Ausgelöst wurde dieses Durcheinander offensichtlich von Norbert Schramm, der sich entschlossen hat, mit dem amerikanischen Startrainer Carlo Fassi zusammenzuarbeiten. Eugen Romminger, Schatzmeister der DEU und starker Mann des Verbandes: „Das ist wie bei den kleinen Kindern vor einer Ampel. Wenn ein Erwachsener bei Rot losmarschiert, laufen sie aller hinter dem schlechten Vorbild hinterher."

Romminger ist jetzt auch die Figur, an dem die Querelen innerhalb des Verbandes am besten aufzuzeigen sind. Er kündigte gestern an, nicht mehr mitzuarbeiten, wenn Montag im Juni als Präsident wiedergewählt werden sollte: „Wenn ich von der Trennung Schramm–Zeller erst aus der Zeitung erfahre, kann ich das nach 33jähriger Funktionärstätigkeit nicht mehr akzeptieren."

Montag läßt derlei Vorwürfe nicht gelten. „Wir haben Herrn Romminger ordnungsgemäß per Post benachrichtigt. Wenn er zuerst in die Zeitung schaut anstatt in seinen Briefkasten, ist das nicht unser Fehler."

Doch nicht nur als Vorsitzender des Verbandes, auch als Arzt wird Montag von Romminger kritisiert: „Er hätte einfach die Pflicht gehabt, sich nach dem Befinden der verletzten Claudia Leistner zu erkundigen, zumal deren behandelnder Arzt, Doktor Maierski im Urlaub war." Montags Antwort: „Daß Dokter Maierski in Urlaub war, habe ich nicht gewußt."

So befehden sich die Funktonäre – die Läufer handeln selbst. Offensichtlich führt das immer wieder ins Chaos. Norbert Schramm ist das beste Beispiel dafür: Er will mit Carlo arbeiten, doch der kommt erst am 24. Januar nach Europa. Zur Zeit holt er sich Tips von Martin Scotnicky, dem Betreuer des Tanzpaares Born/Schönborn, und bei Peter Jonas, dem Trainer der deutschen Vize-Meisterin Cornelia Tesch. In Budapest aber soll er von Carlo Fassis Frau Christa betreut werden. Ein Verwirrspiel, in dem wohl erhoffte Medaillen verloren gehen ...

SKISPRINGEN

Dopinggerüchte, aber Weissflog siegt weiter ...

sid, Innsbruck

Zwei Athleten aus der „DDR" beherrschen die deutsch-österreichische Vier-Schanzen-Tournee der Skispringer: Jens Weissflog und Klaus Ostwald. Nach dem dritten Wettbewerb liegen beide mit großem Vorsprung in der Gesamtwertung vorn.

Der 19 Jahre alte Weissflog, Elektroinstallateur-Lehrling aus Oberwiesenthal, kam gestern in Innsbruck zu seinem zweiten Sieg, nachdem er am Neujahrstag in Garmisch-Partenkirchen gewonnen hatte. Mit 101 und 107,5 Metern verwies er den Finnen Matti Nykänen (96 und 102,5 m) auf Platz zwei. Erfreulich nach dem Debakel im Springen von Garmisch war für die Athleten aus der Bundesrepublik Deutschland der neunte Platz von Peter Rohwein aus Isny.

Der Wettbewerb von Innsbruck litt unter dem böigen Wind. Er zog sich fünf Stunden lang hin. Nachdem der bisher weitgehend unbekannte Jugoslawe Mathias Zagar im ersten Durchlauf 106 Meter erreichte hatte, ließ die Jury zunächst den Anlauf so weit wie möglich verkürzen und später auch noch den Schanzentisch abschneiden, um die Gefahr auszuschalten, daß die Weltklassespringer über den kritischen Punkt der Schanze in das Flachstück des Auslaufs hinausgetragen würden.

Bei diesen Veränderungen behielt besonders Klaus Ostwald die Nerven. Der Sieger des ersten Springens in Oberstdorf lag nach dem ersten Durchgang mit 89 Metern nur auf Platz 26, erreichte dann aber mit dem Schanzenrekord von 107,5 (den Weissflog später einstellte) noch Platz vier. Ostwald und Weissflog waren auch von den Gerüchten nicht aus der Ruhe zu bringen, die Springer aus der „DDR" benutzten verbotene Hormone zur Leistungssteigerung. Die Vermutungen waren aufgetaucht, nachdem der Internationale Ski-Verband gestern zum ersten Mal Dopingkontrollen für die ersten drei des Wettbewerbs angesetzt hatte. Besonders Weissflog war Mittelpunkt der Gerüchte. Der nur 1,70 m große und 53 kg schwere Springer verfügt über eine für seine Figur überdimensionale Oberschenkelmuskulatur, aus der einige Beobachter schlossen, sie sei ein Produkt anaboler Hormone.

FUSSBALL

Hamburger SV: Verletzte, aber kein Arzt

dpa, Cannes

„Was soll man dazu noch sagen?" Die Worte von Nationalspieler Wolfgang Rolff zeigten die Ratlosigkeit beim Hamburger SV. Beim deutschen Fußball-Meister wird weiterhin vergeblich nach einem Weg aus der Krise gesucht. Der erste Auftritt im neuen Jahr brachte an der Côte d'Azur eine neue Pleite und neue Verletzte. Die Mannschaft gab mit dem 1:3 im ersten Spiel während des einwöchigen Trainingslagers in Südfrankreich gegen eine Zweitliga-Kombination von AS Cannes/OGC Nizza vor nur 900 Zuschauern eine peinliche Vorstellung. Zehn Tage vor dem Pokalspiel beim VfB Stuttgart ließen allerdings auch neue Verletzungen von Dieter Schatzschneider und Jürgen Milewski alle guten Vorsätze zunächst wie ein Kartenhaus zusammenstürzen.

„Das darf doch alles nicht wahr sein", jammerte Jürgen Milewski, der sich nach mehrmonatiger Pause wegen einer Knöcheloperation nun im Training eine Oberschenkelzerrung zuzog. Bereits zum zweiten Mal brach bei Dieter Schatzschneider eine Zerrung auf.

Pech und Fehler der Vereinsführung kommen zusammen. Die Mängel in der ärztlichen Betreuung beim HSV wurden auch dadurch deutlich, daß der Klub ohne Arzt nach Cannes startete. Manager Netzer und Trainer Happel gaben Schatzschneiders Wunsch zur sofortigen Rückreise allerdings nicht statt und ließen statt dessen einen Doktor einfliegen. Die Vertretung des unabkömmlichen Mannschaftsarztes Ralph Matthies soll sein Kollege Wessendorf übernehmen. Ärztliche Betreuung hat wegen einer Knöchelverletzung auch Thomas von Heesen bitter nötig.

Die ausgebrannt und lustlos wirkende Mannschaft ließ in Cannes außerdem Zweifel aufkommen, ob Ernst Happel mit seiner harten Trainingsgestaltung richtig liegt und das rechte Maß zwischen notwendiger Erholung und Rückrunden-Vorbereitung gefunden hat. Selbst Happel scheinen da Zweifel gekommen zu sein. Er bemüht sich um eine Streichung des für Sonntag vorgesehenen Spiels beim AS Monaco, das das vierte Spiel der Hamburger innerhalb von sechs Tagen sein sollte.

STANDPUNKT / Folgen eines Urteils: Eishockey unter der Käseglocke?

Im Namen des Volkes hat der Bundes-Gerichtshof in Karlsruhe beschlossen: In Eisstadien müssen über den Banden der Eisflächen künftig, gemäß den Richtlinien des Weltverbandes, anderthalb Meter hohe Plexiglas-Scheiben angebracht werden. Ferner haften die Veranstalter für Verletzungen der Zuschauer. Die Klage einer Frau, die beim Spiel Rosenheim gegen Iserlohn vom Puck getroffen worden war, sorgte für dieses Urteil.

Ein unbewußt halbherziges Urteil. Denn der VI. Zivilsenat stützte sich bei seinem Beschluß auf die Annahme, die 1,5 Meter hohe Umrandung würde die Flugbahn des Pucks so verändern, daß niemand mehr getroffen werden könne. Eine Voraussetzung, die falsch ist. Denn die Zuschauer-Reihen steigen an und, je nach Stadion, bietet die Verglasung in der fünften, sechsten oder siebten Reihe schon keinen Schutz mehr. Erst kürzlich wurde in Davos ein Besucher noch in der 15. Reihe von der Hartgummi-Scheibe getroffen. Aber das konnten der Zivilsenat und seine Verantwortlichen nicht wissen. Beisitzer Steffen: „Ich habe Eishokkey bisher nur im Fernsehen verfolgt." Dann, so Steffen, müsse die Schutz-Umrandung eben erhöht werden.

Aber wie hoch? Effektiven Schutz bieten Glas und Maschen – hinter den Toren bereits üblich – nur, wenn sie bis unter das Dach gezogen werden. Unter einer solchen Käseglocke ginge der Reiz der schnellsten Mannschafts-Sportart der Welt völlig verloren. Die Zuschauer könnten zwar noch – eingeschränkt – sehen, aber nichts mehr hören. Die Kommunikation zwischen Publikum und Mannschaften wäre dahin.

Begrüßenswert ist an dem Karlsruher Urteil sicherlich, daß die Klubs künftig eine Zuschauer-Haftpflicht abschließen müssen. Aber die Zuschauer werden auch künftig ein Risiko mittragen müssen, wenn sie die Reize des Eishockeys erleben wollen. Nicht anders ist es bei anderen Sportarten. Eine subjetive Gefahr besteht immer. Formel-1-Rennen auf dem Nürburgring unter einer Käseglocke oder Golf und Tennis hinter Gittern – kaum vorstellbar. M. STÖSSINGER

Am 29. Dezember 1983 verstarb im Alter von 50 Jahren Herr

Abteilungsdirektor

Hans J. Söller

Rechtsanwalt

Der Verstorbene gehörte unserem Unternehmen seit 1967 an und hat in der Abteilung Steuern und Zoll verschiedene Gesellschaften der Thyssen-Gruppe steuerlich betreut. Als ein begabter Jurist hat er sich darüber hinaus mit Fragen des internationalen Steuerrechts befaßt und war maßgeblich an der Vertragsgestaltung des weltweiten Anlagengeschäfts beteiligt.

Allzufrüh hat der Tod uns einen verdienten Mitarbeiter genommen, der als Fachmann und Mensch allseitige Anerkennung fand.

In aufrichtiger Trauer und Dankbarkeit nehmen wir von Hans J. Söller Abschied. Er war unserem Unternehmen aufs engste verbunden und uns ein treuer Freund.

THYSSEN AKTIENGESELLSCHAFT
vorm. August Thyssen-Hütte
Vorstand und Belegschaft

Duisburg, den 5. Januar 1984

Die Beisetzung hat auf Wunsch der Familie in aller Stille stattgefunden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 2: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Beatrice Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anne Tietjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Die große Zeit der luxuriösen Ozeandampfer

Mehr als fahrende Hotels

Als der Leuchtturm von Bishop's Rock querab gepeilt wurde, legte man die Hebel der Maschinentelegrafen, der Kommandogeber zwischen den Offizieren auf der Brücke und den Ingenieuren auf ihrem *Leitstand*, auf „Voll voraus" und in dieser Stellung blieben sie, bis Ambrose-Feuerschiff passiert war: In 4 Tagen, 18 Stunden, 17 Minuten gewann im Juli 1929 die „Bremen", der soeben fertig gestellte Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyds, das Blaue Band. Der schmale Wimpel, der vom Vortopp bis fast zum Heck wehte, war die Trophäe für das schnellste Schiff auf der Hauptstraße des Seeverkehrs

Transatlantikroute – ARD, 20.18 Uhr

zwischen der Südspitze Englands und dem Eingang zum Long Island Sund vor New York.

Heute, mehr als ein halbes Jahrhundert danach, läßt sich nur noch unvollkommen nachempfinden, was jene Rekordfahrt eigentlich bedeutete. Sie war ein Triumph des „Made in Germany". Vor allem aber brachte sie, wie kurz zuvor schon die Übersee-Reisen des Luftschiffs „Graf Zeppelin" etwas von dem wieder, woran es der Weimarer Republik ansonsten heillos mangelte: Optimismus, Nationalstolz und Selbstsicherheit. Die Woge der Begeisterung schwappte bis ins tiefste Binnenland. Am höchsten ging sie im Hafen von New York, wo man das Blaue Band als ein Signal der Freundschaft erkannte. Die Republik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika waren über alle nautischen Daten hinaus *näher denn je aneinandergerückt.* Zum ersten Male gab es, bis die Deutschen *dann* die *Flagge mit dem* Hakenkreuz hißten, eine spontane, *volkstümliche deutsch-amerikanische* Freundschaft.

Mit der „Bremen" und im Jahre darauf auch mit ihrem Schwesterschiff „Europa", deren Taufpate der amerikanische Botschafter in Berlin war, begann die letzte Phase in der großen Zeit der „Oceanliner", auf denen sich zur Perfektion der Schiffbautechnik auch die Perfektion des Luxus gesellte. Es war ein Luxus, der auch unter der tristen Wolkendecke der Weltwirtschaftskrise kein Neidgefühl erweckte. Man begriff ihn zu Recht als Funktion der Leistung und als Präsentation des Nationalprestiges. Die Deutschen wie die Briten, *Franzosen und Italiener, die sich das* Blaue Band streitig machten, zeigten auf ihren Schnelldampfern, ähnlich wie auf einer Weltausstellung, wozu Industrie, Gewerbe und Kunst in ihrem Lande fähig waren und wieviel Geschmack sie zu entwickeln wußten. Diese Schiffe waren mehr als nur fahrende Hotels.

Le Corbusier, der Architekturprophet, der in den 20er Jahren schon das ganze 20 Jahrhundert in den Gestaltergriff nehmen wollte, rühmte den Ozeandampfer als ein „großes Haus", in dem „keine Verwirrung, sondern die allergrößte Ordnung" herrsche: „Überall auf der Welt hegen wir, ohne Ausnahme, tiefe Bewunderung für ihn." Der Ozeandampfer war zum Inbegriff und Zeugnis für die Möglichkeiten der Zivilisation geworden.

Die Bewunderung ist geblieben. Die Schiffe, denen sie heute wie damals gilt, sind verschwunden, gesunken, ausgebrannt, verschrottet, gescheitert an den Klippen der roten Zahlen in den Reedereibilanzen. Die letzten ehemaligen Liner, die Schiffe also, die nach *Fahrplan zwischen* Europa und Amerika verkehrten, sind *längst auf Ausweichkurs zu den* Ferienküsten gegangen. Auch das heute *größte deutsche Passagierschiff, die* vor drei Jahren in Dienst gestellte *„Europa", ist ein Kreuzfahrtschiff,* übrigens ein Motorschiff, das dank *weiterer technischer Perfektionie*rung ebenso ruhig fährt wie ein Tur*binendampfer. Und wenn man so* will, ist es durchaus ein Traumschiff:

Man liegt im Deckstuhl, Maschinerie und Meer sorgen für den Grundton, für ein fernes, undefinierbares Rauschgemix, das auf der Flüsterphonschwelle verharrt und eher ins Gefühl als ins Gehör dringt, und mit einem bißchen Phantasie kann man sich in jene Zeit zurückversetzen, als die Transatlantikroute wie ein Weg in eine bessere Welt erschien. P. P.

KRITIK

Eine Kamera ohne Phantasie

Die neue TV-Serie nach Peter Roseggers „Waldbauernbub" hat 26 Folgen, jede Folge zu 30 Minuten brutto: **Waldheimat**, ZDF. In der knappen halben Stunde kann nicht viel geschehen, aber so wenig wie bei der ersten Folge ist doch wohl etwas zu wenig. Da sieht man das Exterieur eines Einödhofes, dann das Interieur mitsamt den urigen Bewohnern und einer – freilich schön fotografierten – Berglandschaft, dann begegnet der Waldbauernbub (mit seinem Paten unterwegs) einer *komischen Klein*bahn, dazu wechseln die Hauptdarsteller *einige* Rosegger-Sätze, und kaum hat man sich's versehen, ist die Story auch schon vorbei.

Nichts (in Worten: gar nichts) ist zu spüren von des wackeren Rosegger kerniger Naivität, nichts von dem Ruch nach Heu, Herd und Heiligenschrein. Die Kamera fährt getreu den Textzeilen nach, die der steirische Bauernschreiber hinterlassen hat, fährt dahin, daher – nur den Peter Rosegger erwischt sie nicht. Das macht, sie hat keine Phantasie.

VALENTIN POLCUCH

Nützliche Tips am Schluß

Wirtschaftsmagazine müssen nicht im bebildert Erzählerischen steckenbleiben. Sie können auch mehr bieten als interessante Informationen über Hintergründe wirtschaftlichen Geschehens. Das hat jetzt mit seinem Team Friedhelm Ost gezeigt, der erstmals das neue ZDF-Magazin „WISO" – Wirtschaft & Soziales moderierte. Er präsentierte auch Verbrauchertips – diesmal für die Geldanlage – und erfüllt damit das Versprechen, das neue Magazin „bürgernäher" zu gestalten.

Als Nachteil mochte mancher es empfunden haben, daß die „Tips" erst zum Schluß geboten wurden. Aber dadurch gewinnen die Magazinmacher auch Zuschauer für ihre anderen Beiträge, die zwar in dieser Sendung nicht immer fesselnd waren, sich aber durch eine faire Darstellung auch *unterschiedlicher Mei*nungen – zum Beispiel Bremer Werftenschließung oder Altenfürsorge – auszeichneten. Auch dadurch, daß die „WISO"-Redakteure ihr Publikum gleichsam an die Hand nahmen und zum Nachdenken anregten, ohne schulmeisterlich zu wirken. cd.

Geschrei um Frank und Willy

Es ist etwas Ungeheuerliches passiert: Unsere Fernsehmenschen haben Frank Elstner und Willy Millowitsch auf den gleichen Abend (am 7. Januar) für die gleiche Stunde angesetzt. Da kocht das Volk, da siedet das gesunde Volksempfinden, da bricht die große Welle auf: Wir, so rufen sie, wir wollen beide haben, den Frank und den Willy, und wehe dem Fernsehoberen, der uns brutal zwingt, einen nur von beiden einzuschalten. Vergessen ist da die grandiose Absage an den verplanten Staat, an das verplante Fernsehen! Vergessen auch der immer wieder zum Aufschrei stilisierte Wunsch nach mehr Programm, nach mehr Vielfalt. Bis tief ins Mark getroffen ruft das tümliche Volk nach dem Schuldigen, der seiner Nation die Zumutung bereitet hat, zwischen zwei *Programmen zu wählen. Genauer:* Wählen zu müssen.

Dabei ist die Sache doch sehr einfach. Jahrelang haben wir nach mehr Volkstümlichkeit in den Fernsehprogrammen gerufen. Langsam und – zu Recht oder nicht: – widerwillig sind die Anstalten diesem Verlangen nachgekommen, und jetzt, da die sogenannte Volkstümlichkeit, die leichte Unterhaltung beide Systeme beherrscht, jetzt ist es uns auch nicht recht, denn, was Wunder, jetzt stoßen die vielen Unterhaltungssendungen hart aufeinander. Haben wir – wenn dem *so ist – nicht vielleicht doch* zuviel des Guten, ich meine: des Unterhaltsamen?

Wie auch immer: Entweder wir wollen den total verplanten Staat, in dem wäre auch das Fernsehen perfekt aufgekästelt. Dann bräuchten wir uns nie Gedanken darüber zu machen, was wir abends einschalten wollen, Frank oder Willy, zum Beispiel. *Diese Mühe nähme uns der* Staat ab. Das gibt es anderswo schon. *Nur ist es dort recht gut zu ertragen,* weil man beim Nachbarn, der ungeplant ausstrahlt, über den Zaun schauen kann. Wenn wir indes verplanen, bei wem sollen wir zum Teufel über den Zaun schauen? cuch





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Endstation Malibu
11.55 Songs und Lieder mit Angelo Branduardi
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute
13.15 Videotext

ARD

15.55 Tagesschau
15.45 Jahreskreis – mit Volksliedern durch ein Jahr
16.58 Matt und Jenny
Letzte Folge: Go West
16.55 ... um 100stel Sekunden
2. Teil des Spielfilms mit Gustav Thöni
17.50 Tagesschau
dazwischen Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend der 7. Sinn
20.18 Transatlantikroute
Die große Zeit der Oceanliner
*Film von Jürgen Corleis und Rein*hard Koch
21.15 Udo Jürgens
Gala-Abend aus dem Deutschen Theater in München
Es spielt das Orchester Pepe Lienhard
Fernsehregie: Peter Wortmann
22.30 Tagesthemen
23.00 Merbolds Raumfahrt
Der deutsche Astronaut erzählt
23.30 Die Erbin
Schauspiel von Ruth und Augustus Götz nach dem Roman „Washington Square" von Henry James
Deutsch von Hans Feist
Der Roman von Henry James (1843–1916) wurde bereits mehrmals verfilmt. Die wohl berühmteste Fassung drehte William Wyler im Jahre 1949 mit Montgomery Clift, Ralph Richardson und *Olivia de Havilland, die für ihre Rolle mit dem „Oscar" ausgezeichnet wur*de. Franz Josef Wild, der Regisseur der Fernsehfassung von heute abend, schuf schon vor 26 Jahren eine TV-Version des Romans, allerdings noch nicht in Farbe. Damals spielten Elfriede Kuzmany, Willy Birgel und Lothar Blumhagen die Hauptrollen.
Der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts behandelte Stoff hat bis auf den heutigen Tag nichts von der Aktualität seiner menschlichen Probleme verloren. Es ist *eine Familiengeschichte oder,* besser gesagt, eine Tragödie um Vater und Tochter.
1.25 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Aus meiner Aktenmappe
2. Folge: Bürokratie – weltweit
Von Peter von Zahn (Wh. von 1981)
Anschl. heute Schlagzeilen
16.35 Kuschelbären
Neue 13teilige Puppentrickserie
1. Teil Wiedersehen am Erlenteich
Zweiter Teil: am nächsten Donnerstag
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Ballet Classique de Paris
17.50 Flohmarkt
Nostalgisch is' in
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mann, halt die Luft an!
Der reitende Amtsschimmel
19.00 heute
19.30 Hätten Sie heut Zeit für uns?
Michael Schanze präsentiert eine Show mit jungen Künstlern
Es spielt die Big Band des WDR

WELT ● Videotext

täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Mit dem Test für Millionen:
– Sehen Sie gut?
– Hören Sie gut?
– Reagieren Sie gut?
– Konzentrieren Sie sich gut?
Moderation: Hans Mohl
21.45 heute-journal
22.05 Wenn das die Leute wüßten ...
Airbus, Kalkar usw.
Über Fehlentscheidungen in der Politik
22.50 Filmforum
Die Macht der Mimen
Schauspieler und Politik
Mit den Wechselwirkungen zwischen Showbusiness und Politik *setzen sich Peter Hajek und* Helmuth Dimko auseinander.
23.50 Zeugen des Jahrhunderts
Klaus Mehnert im Gespräch mit Volker v. Hagen
(Erstsendung 7. 7. 1982)
01.05 heute



Alexander Kerst, Heidelinde Weis und Alexander von Waechter (v. l.) in einer Szene des Fernsehspiels „Die Erbin", um 23.30 Uhr in der ARD

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die flotte Pariserin
Amerikanischer Spielfilm (1938)
21.30 Erinnerungen an Max Ophüls
Danielle Darrieux erzählt von ihrer Zusammenarbeit mit dem Regisseur
21.45 Landesspiegel
22.15 Nachtstudio
Kaspar, Melchior, Balthasar
23.00 Nachtstudio Spätausgabe
Kulturszene und Tips für Leser
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Schach für jedermann
19.00 Film [illegible] Hobby
19.15 An [illegible] schönen blauen Donau
20.00 Ta[illegible]schau
20.15 Hunde wie Samt
Ital. Spielfilm (1979)
Anschl. Nachrichtentelegramm
21.50 Ich hab's erlebt – Axel Eggebrecht
Der Autor und Aufklärer wird 85 Jahre alt (Wh.)
22.35 Volleyball
Nationalturnier der Damen
Aus Bremen
23.20 Nachrichtentelegramm

HESSEN

19.00 Invasion vom Mars
US-Spielfilm (1953)
20.20 Filmmagazin
21.20 Das Bild der Woche
Frühstückstisch und Küchenmagd
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
22.30 Janosik, Held der Berge (1961)

SÜDWEST

17.00 *Wanderungen durch die „DDR"*
17.45 Die Ilse ist weg (3)
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Die Wand
Dreiteil. französ. TV-Film
21.00 Sport unter der Lupe
22.00 Lieder & Leute
23.30 Damen-Volleyballspiel
Bundesrepublik Deutschland gegen Kuba in Bremen
(Aufzeichnung vom Abend)
00.15 Sendeschluß

BAYERN

17.05 Rebecca (4)
18.00 Meine Lieblingsgeschichte
Prominente Schauspieler lesen
18.15 Die Tier-Sprechstunde
18.45 Rundschau
19.00 Berühmte Ärzte der Charité
21.00 Bahnsteig 11
21.30 Rundschau
21.45 Des Königs Admiral
Amerikanischer Spielfilm aus dem Jahr 1951
23.40 Z.E.N.
23.45 Rundschau

Die Lulu des Dr. Schön

A. W. – Rektor Gentsch, der unlängst seiner Hochschule, der Universität Essen, zu Schlagzeilen verhalf, ist zurückgetreten. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß der frischgewählte Rektor der nordrhein-westfälischen Gesamthochschule seine Antrittsrede aus einer Broschüre der chemischen Industrie abgeschrieben hatte, zwang ihn seine Fraktion, die konservative Liste „Forschung und Lehre", zum Rücktritt. Öffentlich empört hatte sich über den abschreibenden Rektor die Fraktion der linken Professoren, vereinigt in der Liste „Demokratische Gesamthochschule". Deren Gegenkandidaten, den Chemiker Schön, hatte Gentsch mit Längen geschlagen.

Auf die Tragödie folgt jetzt das Satyrspiel. Eine Untersuchungskommission hat herausgefunden, daß es der unterlegene Rektorkandidat gewesen sein muß, der einer Illustrierten das Plagiat zugespielt hat. Hilfreiche Dienste leistete ihm hierbei eine Angehörige des Hochschuldidaktischen Zentrums, einer Institution, die der Universität von außen aufoktroyiert wurde. Die Dame ist – zusammen mit Schön – damit beschäftigt, den „integrierten Studiengang" Chemie zu „evaluieren". Sie verstand diesen ihren Auftrag wohl vor allem in der Weise, daß sie die Kollegen Schöns im Fachbereich Chemie dahingehend zu „evaluieren" habe, ob sie als Rektoren einer „demokratischen Gesamthochschule" tragbar sind. Das Resultat dieser Recherchen hat sie – nach eigenem Bekunden – dem Gegenkandidaten Schön mitgeteilt, nicht aber dem Rektor, der die Rede gehalten hatte.

Soweit das Satyrspiel um das Essener Rektorat. Bleibt die Anregung an den Senat übrig, das Hochschuldidaktische Zentrum demnächst offiziell mit der wissenschaftlichen und politischen Überprüfung möglicher Rektorkandidaten zu betrauen. Es erübrigten sich dann nachträgliche Recherchen im dunkeln und anonyme Denunziationen.

Der neue Rektor, der am 13. Januar vom Konvent gewählt werden soll, wird freilich auf keinen Fall Schön heißen. Die Liste „Demokratische Gesamthochschule", die ihn bei den Wahlen im Sommer vergangenen Jahres aufstellte, hat ihn unterdessen fallengelassen.

Der Winter unseres Mißvergnügens – Zur Halbzeit der Theatersaison 1983/84

Wenn Möwen Tango tanzen

Buhs in Berlin, Buhs in Hamburg, Buhs in München, Köln, Bochum, Bonn. Was ist mit dem Theater los, das ein Publikum derart auf die Palme bringt? Schon wieder eine „Krise"? Oder wieder der Versuch, das Publikum „umzuschichten": Bürgerliche raus, Progressive rein? *Noch eine Traditionszertrümmerung?* Schocktheater? Provozierte Skandale?

Ach, wär's doch wenigstens das! Aber nichts von alldem. Ratlosigkeit beherrscht die Szene, Einfallslosigkeit, Langeweile. Die ehrlichste Aufführung dieser Spielzeit, die jetzt Halbzeit hat, sah man wohl in Hamburg, wo Ernst Wendt Schillers „Räuber" zur öffentlichen Hinrichtung preisgab. Kein konzeptioneller Zusammenhang ließ sich erkennen. Sämtliche Rollen waren gegen den Strich besetzt. Die Souffleuse schrie lauthals den Text herum. Auf Wunsch aus dem Publikum wiederholten die Schauspieler auch Szenen. Und stellvertretend ließ ein Räuberlein für den Regisseur die Hose runter. Hier stehe ich, ich kann nicht anders.

Natürlich fragt man sich: Warum inszeniert der das dann? Es gibt wohl nur eine mögliche Antwort: Weil er zeigen will, wie ratlos er ist. Wendt hat schon früher in München seine Schwierigkeiten beim Erzählen einer Geschichte auf die Bühne gebracht. Aber da kam (manchmal) wenigstens noch sprühende Steinbruch-Arbeit heraus. Heute sind es nur noch Gesten, Attitüden, Ambivalenzen.

Da geht etwas zu Ende. Die Zertrümmerer, Klassik-Henker und Systemveränderer, die bis in die 70er Jahre hinein die Szene beherrschten, sind aus den Schlagzeilen verschwunden. Peter Zadek gibt sich brav. Hans Hollmann weicht ins unterhaltsam Ironische aus. Hansgünther Heyme grummelt in Stuttgart seinem Ende entgegen. Von den Jüngeren ist Niels-Peter Rudolph in Hamburg in ästhetische Langeweile versunken. Peymann laufen in Bochum die Zuschauer weg, obwohl man, wie im Fall „Hermannsschlacht", gelegentlich Interessantes von ihm zu sehen bekommt.

Den einen sind die ideologischen Hoffnungs-Felle weggeschwommen, andere haben sich schlicht ausgetobt – ein Leben lang mag keiner immer nur die Pauke schlagen. Ausflüge in den Ästhetizismus, wie manchmal bei Dieter Dorn in München, hatten von vornherein wenig bewegende Kraft, weil auch sie nur der Gegenschwenk einer Erschöpfung waren.

Das Ursachenbündel für das tiefe Wellental des deutschen Theaters ist dick und so leicht nicht aufzuschnüren. Es spielt sicher eine Rolle, daß die aufgeblähte Bürokratie sich wie ein Mehlsack auf künstlerische Innovationen legt. Die Tarifverträge behindern mehr und mehr die *Leistungsbereitschaft und das Gemeinschaftsempfinden*. Die Mentalität des Kunst-Beamtentums schlägt voll durch.

Das alles betrifft aber eher das Arbeitsklima. Gravierender ist wohl das Überhandnehmen der Dramaturgie bei den Inszenierungen. Eine ganze Reihe jüngerer Regisseure kommt ohnehin aus der Dramaturgie. An die Stelle künstlerischer Erkenntnis trat so die Er-Klärung, die sich so gern als Auf-Klärung geriert. „Hinterfragungen", Verdeutlichen, Zeigen, Demonstrieren wurden wichtiger als die lebendige Szene. Wie perfekt diese Art Theater sich zugrunde richtet, sah man unlängst in Bonn: Peter Eschberg mußte mit Schillers „Maria Stuart" seine bislang empfindlichste Niederlage hinnehmen. Daß Macht auch Sex ist, demonstrierte bei ihm der Zeigefinger sogar noch unterm Rock der Königin Elisabeth.

Dem lag und liegt natürlich Weltanschauliches zugrunde: der Messianismus des Verändern-Wollens; der Glaube, die Welt restlos erklären zu können; der Irrtum, das Soziale sei der Dreh- und Angelpunkt des Menschengeschicks; die Inanspruchnahme des Theaters für politische Kundgebungen – das sind die Grundlagen des Dramaturgentheaters. Dies hat sich von zwei Seiten her überlebt. Das Publikum ist der ewigen Belehrung müde und reagiert zunehmend aggressiver, wenn man es für so *dumm hält, auch den einfachsten* Sachverhalt noch stundenlang buchstabiert bekommen zu müssen. Und andererseits sind die Dramaturgen in ihren Blütenträumen wohl selbst verunsichert: Trotz ihrer Offensiven geht die Welt ihren Gang, als habe sie die Zwischenrufe nicht zur Kenntnis genommen.

Nebenbei: Kurioserweise tat sich ausgerechnet im Umgang mit Brecht, dem Urvater dieser Art von Theater, in der laufenden Spielzeit etwas Neues. Frank-Patrick Steckel ließ in Hamburg beim „Puntila" schlicht alle „aufdeckenden Brüche" beiseite, ließ Ulrich Wildgruber einen Puntila aus einem Guß spielen, argumentierte mit Bildern, in menschlicher Nähe – und schuf einen herausragenden Theaterabend. In Bochum wagte sich Manfred Karge nicht ganz so weit vor. Zwischen Anti-Amerikanismus und Raketengetöse (als Alibi am Anfang und am Ende) inszenierte er aber eine prachtvoll kulinarische „Mahagonny" – und widerlegte sich damit selbst.

Zwei weitere Arten des Scheiterns – *und damit einen weiteren Krisenpunkt* – sah man in Köln und in Stuttgart (Wendts Hamburger „Räuber" gehören gleichfalls hierhin). Jürgen Flimm und Günter Krämer beschäftigten sich mit Tschechow. Flimm übergoß den „Kirschgarten" sozusagen mit Kunstharz und ließ ihn erstarren. Er tut so etwas fast immer. Die „Dreigroschenoper" in Acryllack, den „Baal" im Kunststoff-Gehäuse moderner U-Bahn-Schächte. Manchmal geht das sogar auf. Günter Krämer ließ die „Möwe" sozusagen Tango tanzen. Das Leben ein Ritual überdrehter, artifizieller Wiederholungen. Auch er tut das fast immer. Im Musical „Cabaret". In Tankred Dorsts „Villa". Manchmal geht auch das auf.

Aber dahinter steckt etwas, was mit persönlicher Handschrift nicht das geringste mehr zu tun hat. Der Regisseur degradiert sich selbst zum Markenartikel. Auf das Stück kommt es dann überhaupt nicht mehr an. Peter Zadek war vor Jahren einer der Hauptakteure dieser Richtung. Ernst Wendt markiert ihr Ende. Seine Probleme mit den Stücken sind der Inhalt seiner Regie. Das wiederholt sich. Das erschöpft sich. Auch wenn man die Tätigkeitsorte rasch wechselt. Die Stücke setzen sich zur Wehr.

Und die zeitgenössischen Autoren? In der laufenden Spielzeit war Neues kaum zu sehen. Die schwachen Hoffnungen aus dem Vorjahr, genährt mit *Tankred Dorsts „Merlin" oder* Peter Handkes „Über die Dörfer", sind bislang durch keine weiteren Lichter erhellt worden. Dürrenmatts „Achterloo": Erschöpfte Wiederholung. Thomas Braschs „Mercedes" Endzeitgejammere im Jargon-Stil. Ansonsten Kleinigkeiten, selbst bei Anleihen aus dem Ausland, wie zum Beispiel bei Michel Vinavers „Flug in die Anden" in München. Von vielen anderen Autoren: Reprisen. Botho Straußens beredte Sprachlosigkeit, Thomas Bernhards verdrossene Jammerjaden, Heiner Müllers Geschichtstrümmer retten das Theater ohnehin nicht. Wann hört dieses Theater endlich auf, nur sich selbst und Programmen ins Antlitz zu blikken?

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

An Giotto geschult: „Maler und Sonne" (1980) von Sandro Chia, aus der Hannoveraner Ausstellung FOTO: KATALOG

Die Kestner-Gesellschaft Hannover zeigt S. Chia

Thales bittet ums Wort

Die Bewegung der Nouveaux Fauves hat international schnell Boden gefaßt, schneller als sonst Neues sich durchzusetzen pflegt. Ist es wirklich so neu? Erfüllt es vor allem seinen französischen Titel, mit dem auf den französischen Expressionismus der Schule von Matisse verwiesen wird? Manche der Gesten der Deutschen, der Franzosen, der Italiener, die daran beteiligt sind, verweisen noch ins Informel, sind heftig und brutal in einem Sinne, der weder dem klassischen deutschen noch dem französischen Expressionismus je unterstellt werden konnte. Anderes aber weist viel weiter zurück bis *auf klassische Aspekte, auf Giotto,* auf Cézanne, auf Impressionistisches und, wie bei Sandro Chia, vereinzelt auf Kubistisches. Die neue Malerei, gestenreich und vielfältig instrumentiert, ist trickreicher, historisch fundierter und intellektuell aufgeladener als frühere Anfänge.

Der erste große Überblick vom Werk Sandro Chias, den jetzt die Kestner-Gesellschaft in Hannover für Deutschland bietet, enthält immerhin 64 Titel, zumeist Ölbilder auf Leinwand zum Teil größeren Formats. Darauf läßt sich ein verläßliches Urteil gründen. Der erste deutliche Eindruck: Viel Wildes gibt es nicht zu sehen. Die von klassischer Figurvorstellung bestimmte Gestik unterstreicht die Kontur und damit zugleich eine klare plastische Bilddisziplin: Cézanne ist immer noch der nicht zu umgehende Lehrer.

Der zweite Eindruck: Weder naturalistische noch realistische Aspek*te bestimmen den Bildraum: Kaum* je tritt ein Bildhorizont auf: Der Hintergrund ist einheitlich perspektivlos mit zumeist mit expressiven Bildzeichen gefüllter Fläche: Sie erfüllt die Funktion des Goldgrunds und gibt dem ganzen Bildgefüge jene an Mythisches erinnernde Struktur, wie sie die Goldgründe bei Giotto erzeugen. Also historische Retrospektiven von Giotto bis Cézanne? Nicht das allein.

Auch die Bildthemen selbst reichen ikonologisch in tiefe Vergangenheit, nehmen in Gestik und Figuration durchaus Klassisches auf: Der „Wasserträger (1981, 206 mal 170 cm, Tate Gallery London) ist das charakteristische Zeugnis. Ein Mann trägt *einen mannsgroßen* Fisch vor dem Hintergrund eines Meeresteppichs aus bewegten Wellenzeichen in antinaturalistischem Kolorit. Der Fischer als mytische Figur, das Meer, aus dem alles entstanden, Thales von Milet meldet sich zu Wort: Neue mythische Schau vom Überdauern des Alten und Ewigen?

Eine weitere Differenz zum Expressionismus der Deutschen wird dabei klar: das gesellschaftliche und humanistische Engagement der „O, Mensch"-Rufer bleibt aus: Für Chia ist Mythos die vollendete Gegenwart. Eine perennierende „Poetic Declaration", wie der Titel eines seiner Bilder auf der Ausstellung in Hannover lautet. Dies poetische Moment ist überall durchschlagend präsent, es macht die eigentliche Faszination dieser Malerei aus, die in allen Details ganz Malerei und nicht bloß mythische Erzählung ist.

Ein anderer Mythos, in der Moderne vor allem von Baudelaire beschworen, drängt sich in einem anderen Bild auf: „Alles geht gut". Ein *Mann dringt in* einen von Blitz und zusammenbrechenden Bäumen erfüllten Urwald ein. Regengepeitscht versucht er, das Dickicht zu durchdringen: „Zum Unbekannten, auf des Neuen Spur" (Blumen des Bösen, „Die Reise"). Der Urmythos menschlicher Neugier und des nie unterdrückbaren Forschungsdranges. Angst und Faszination zugleich: aber „Alles geht gut".

Und dann „Paintings, Sculpture and Dust" – Cézannes Schatten geistert darin. Und „Die Braut des Schlachtschiffs" bringt Futuristisches und Kubistisches auf einen Bildnenner. Chia hat sich überall umgesehen und seinen Honig genommen, wo er ihn fand – und blieb Chia. Der 1946 in Florenz Geborene ist längst weltweit bekannt: Manches in den Arbeiten dieses begabten Malers streift die Trivialität, eine Schwäche, die auszumerzen wäre: Vor ihm liegt noch ein weiter Weg. (Bis 29. Januar; *danach London*, Paris, Wien, Berlin, Darmstadt und Düsseldorf; Katalog: 38 Mark, im Buchhandel 48 Mark).

HERBERT ALBRECHT

Die ältesten Europäer

Konkurrenz für den Heidelberger

Europa war offenbar vor mehr als einer Million Jahren doch nicht menschenleer, wie man lange Zeit angenommen hatte. Wenn die Altersdatierung für einen im spanischen Distrikt Orce entdeckten Urmenschenfund zutrifft, dann haben unsere Vorfahren bereits vor etwa 1,2 Millionen Jahren in klimatisch günstigen Phasen des Eiszeitalters den Mittelmeerraum Europas – von Süden her kommend – aufgesucht.

Der spanische Fund macht dem mehr als 500 000 Jahre alten Heidelberg-Menschen seinen Titel als Senior unter den europäischen Urmenschen streitig. Über seine Zugehörigkeit zu außereuropäischen Bevölkerungen kann vor einer wissenschaftlichen Bearbeitung, die noch nicht erfolgt ist, keine sinnvolle Aussage gemacht werden. „Natürlich ist in dieser Zeit an einen Angehörigen der sogenannten Homo erectus-Populationen zu denken, wie sie auch in Afrika lebten", erklärt der Mainzer Zoologe und Anthropologe Professor Helmut Hemmer.

Die Besiedlung weiterer Gebiete Europas ist nach Auffassung des Mainzer Wissenschaftlers aber erst mit dem Auftauchen des Heidelberg-Menschen irgendwann im Zeitraum vor einer halben bis einer dreiviertel Million Jahren gleichzusetzen. Beim Heidelberger handelte es sich bereits um eine frühe Rasse des Homo sapiens, die sich gegen Ende des Eiszeitalters zum Neanderthaler entwikkelte. Diese Menschen verfügten über das Feuer, benutzten Speere, bauten Hütten und hatten sicherlich Fellkleidung, wenn diese auch nicht mehr direkt nachweisbar ist.

Auch französische Anthropologen machen dem etwa 550 000 Jahre alten Heidelberg-Menschen den Ruhm streitig. Sie bezeichnen Funde aus der Arago-Höhle bei Tautavel in Südfrankreich als Überreste des ältesten Europäers. Tatsächlich erreichen diese Fossilien jedoch nur ein Alter von etwa 450 000 Jahren.

Umstritten ist auch das Alter eines Urmenschen aus Nordgriechenland. „Neuere Versuche, das Alter des Petralona-Fundes zu einem möglichst jungen Datum (unter 200 000 Jahre) herabzudrücken, erscheinen wissenschaftlich ebenso fragwürdig wie die Gegenversuche, ihn auf weit über eine halbe Million Jahre hinaufzusetzen. Tatsächlich müssen wir wohl mit einem ähnlichen Alter wie bei dem Heidelberger Originalfund rechnen", meint Professor Hemmer.

ERNST PROBST

Alle wollen ein Atrium – John Portmans neue Hotelbauten in Amerika

Riesen-Toblerone mit Swimmingpool

Die Zeit des hemmungslosen Abreißens und Neuaufbauens ist in Amerikas Städten vorbei. Auch dort wurde inzwischen der Wert alter Häuser, gewachsener Ensembles und traditioneller Bauformen erkannt. Deshalb muß, wer in den Innenstädten ein Projekt realisieren will, sich recht unterschiedlich und nicht selten auch recht einschneidenden Auflagen unterwerfen. Daß dabei trotzdem einfallsreiche und eigenwillige Gebäude entstehen können, beweist das Marriott Long Wharf Hotel in Boston.

Wie der Name verrät, entstand es auf einem alten Kai im Hafen. Da dieser Anlegeplatz schon seit langem nicht mehr genutzt wurde, war auf dem Gelände, das früher als Lagerfläche diente, ein Park angelegt worden. Eine geschlossene Bebauung des Kais hätte den Zugang zu diesem Park abgeschnitten. Deshalb mußte ein öffentlicher Durchgang gewährleistet sein. Die Architekten (Cossutta & Ass., New York) lösten dieses Problem, indem sie ein offenes Erdgeschoß bauten, die Empfangshalle in die erste Etage, die Ballsäle aber unter das Straßenniveau legten.

Außerdem mußten sie Rücksicht auf die Bauhöhe, die traditionellen roten Ziegelfassaden und die Spitzgiebel der Speicher im Hafen nehmen. Da also nicht in die Höhe gebaut werden durfte, entschlossen sie sich zu einem fast hundert Meter langen und etwa dreißig Meter hohen rotgeklinkerten Baukörper, der mit seinem dreieckigen Querschnitt die Giebelform der Nachbarschaft aufnimmt. An der Hafenseite wird diese „Riesen-Toblerone" mit einem gläsernen Halbkreis abgeschlossen, in dem sich unten ein Restaurant, darüber der Swimming-pool befinden.

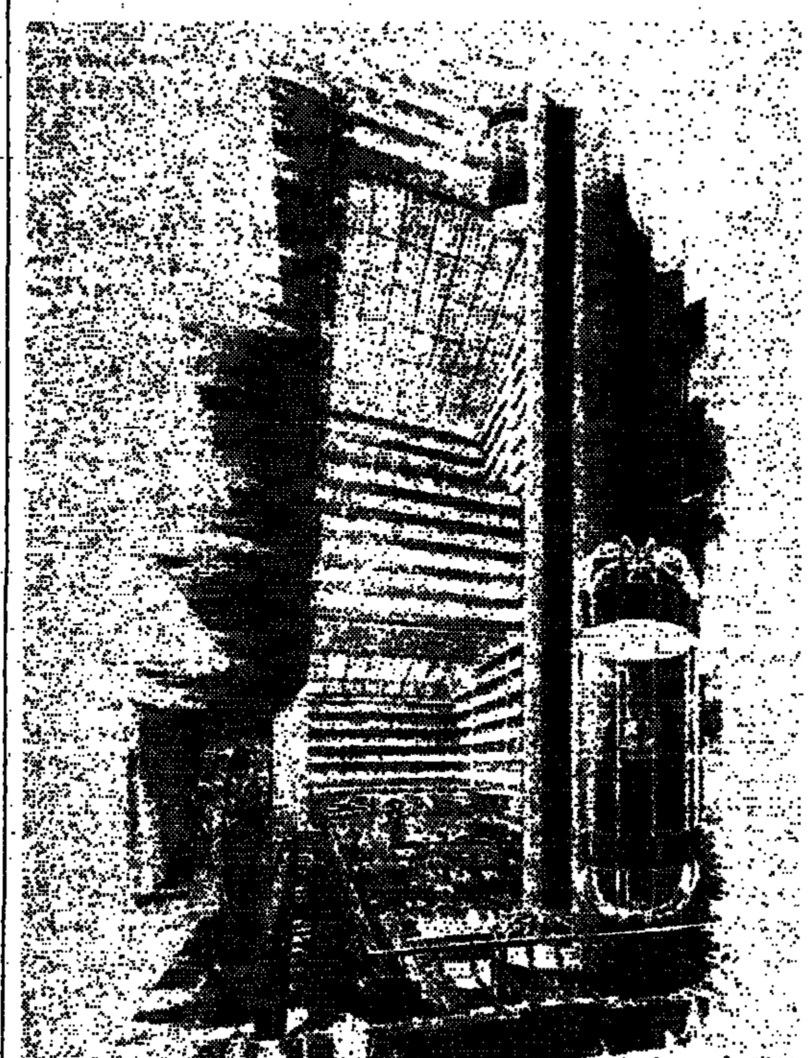
Aus dem dreieckigen Querschnitt mit den in jeder Etage zurückspringenden Zimmern ergibt sich im Inneren eine hohe Halle mit umlaufenden Galerien als Zugängen zu den einzelnen Räumen. Sie ist in einem gelblichen Ton gehalten und schließt mit einem abstrakten Deckengemälde von Françoise Schein, 6,30 x 76 Meter groß, in dunklen Tönen ab. Diese *hohe Halle dient ebenfalls als Restaurant*. Sie wurde durch Pflanzen und natürliche Bäume unterteilt. Dadurch entsteht das Gefühl einer wohnlichen, belebten Atmosphäre.

Mit dieser fast die ganze Höhe und einen großen Teil der Länge des Gebäudes ausnutzenden Halle haben die Architekten das Prinzip, das zuerst von John Portman entwickelt und im Hyatt Regency-Hotel in Atlanta realisiert wurde, variiert. Es ist das sogenannte Atrium, kein offener Innenhof wie bei der klassischen römischen Villa, sondern eine viele Stockwerke hohe gedeckte Halle. Das größte derartige Atrium hat John Portman für ein Hotel unweit des Times Square in New York entworfen. In dieses Projekt ist die Marriott-Kette eingestiegen. Wenn das Marriott Marquis 1985 fertiggestellt sein wird, dann kann man in dem 50stökkigen Gebäude ein 46stöckiges Atrium bewundern, in dessen Mitte ein runder Fahrstuhlturm steht, in dem sich 12 gläserne Lifte bewegen (vorsichtshalber wurden vier weitere Fahrstühle ins Innere verlegt – für Leute, denen leicht schwindlig wird).

Die gleiche Gefahr ist natürlich auch bei den Galerien gegeben, über die man die Zimmer erreicht. Denn diese Galerien blicken ebenfalls in das Atrium. Bei dieser offenen Bauweise spielen auch Sicherheitsüberlegungen eine Rolle: Es gibt keine unübersichtlichen Gänge, keine abgeschlossenen Fahrstühle, die für New-York-Touristen stets eine Quelle der Angst sind.

Das Marquis-Hotel, das einen ganzen Wohnblock zwischen Broadway, 45. und 46. Straße einnimmt, umfaßt 1876 Zimmer, alle in zwei großen Scheiben mit Sicht nach außen. Dazwischen, in drei großen gläsernen Stufen zurückgesetzt, befinden sich die Tagungs- und Ballräume, die Restaurants und die teuren Suiten. Ein Hotel der Superlative also. Aber die Bauherren sind optimistisch, denn unweit ihres Bauplatzes entsteht mit dem New York Convention Center nach dem Entwurf von I. M. Pei eines der größten Ausstellungs- und Tagungszentren, von dem man hofft, daß es viele Leute nach New York bringt.

PETER DITTMAR



Es wird das größte seiner Art: Das Atrium des Marriott-Marquis-Hotel, das 1985 in New York eröffnet wird ZEICHNUNG: DIE WELT

Deutsch-ägyptischer Kulturaustausch der DAAD

Wartelisten inclusive

Mubaraks hundert ägyptische Deutschlehrer geben an 70 ägyptischen Oberschulen rund 9000 Schülern Deutschunterricht. Auf diese Tatsache stießen Mitglieder der Deutsch-Ägyptischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, die sich vor Ort über den wissenschaftlich-technischen Austausch zwischen beiden Ländern informierten.

Drei deutsche Schulen in Ägypten, die Deutsche Evangelische Oberschule Kairo sowie die Schulen der Borromäerinnen in Kairo und Alexandria mit zusammen 3000 Schülern, darunter 2700 Ägyptern, werden mit deutschen öffentlichen Mitteln gefördert. Sie gelten als die besten Privatschulen des Landes, die Aufnahme erfolgt über Wartelisten. Das Gebäude des Goethe-Instituts beherbergt eine Zentralbibliothek für deutsche Wissenschaftsliteratur. An den Kairoer Universitäten (es gibt drei) beläuft sich die Zahl der Deutsch-Studenten zur Zeit auf etwa 1000.

Die Stipendienprogramme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) der Alexander-von-Humboldt-Stiftung sowie der Austausch von Wissenschaftlern werden, wie Roswitha Wisniewski, Vorsitzende der Parlamentariergruppe, sagte, jetzt verstärkt fortgesetzt. Bei der Stipendienvergabe liegt der Schwerpunkt auf den Naturwissenschaften, dem Ingenieurwesen, der Landwirtschaft und der Veterinärmedizin.

Um der Abwanderung von Wissenschaftlern ins Ausland entgegenzuwirken und zugleich eine Verkürzung der Stipendienzeit zu erreichen, wurde ein Austauschprogramm geschaffen, in dessen Rahmen bisher über 200 deutsche und ägyptische Professoren mit Unterstützung des DAAD und des ägyptischen Erziehungsministeriums die Betreuung von Promotionsarbeiten ägyptischer Doktoranden in der Bundesrepublik Deutschland vereinbarten.

Einen anderen Schwerpunkt deutsch-ägyptischer Wissenschaftskooperation bildet das Deutsche Archäologische Institut (DAI) mit Sitz in Kairo. Es ist zur Zeit unter anderem auf der Insel Elefantine bei Assuan, in Qurna/Theben, Abydos, Sakkara, Abu Menas und Dashour aktiv. In den vergangenen Jahren wurde diese Zusammenarbeit zwischen ägyptischer Antikenverwaltung und DAI auch auf die Restaurierung islamischer Bauten, vor allem in der Altstadt von Kairo, ausgedehnt.

EBERHARD NITSCHKE

JOURNAL

Juri Ljubimow ans Wiener Burgtheater

dpa, Wien

Dem Publikum des Wiener Burgtheaters werden sich in diesem Jahr einige neu verpflichtete Regisseure mit interessanten Inszenierungen vorstellen. So soll Juri Ljubimow, der prominente Regisseur aus Moskau, die Dramatisierung des Romans „Der Meister und Margerita" *von Michail Bulgakow auf die Bühne* bringen. Direktor Achim Benning konnte auch Michael Gruner gewinnen, der bereits Ende 1984 eine Inszenierung von Calderons „Das Leben ein Traum" präsentieren wird. Jürgen Bosse (Mannheim), der bereits zweimal in Wien inszeniert hat, soll im Laufe der nächsten drei Jahre Friedrich Dürrenmatts „Die Physiker", Sean O'Caseys „Der Preispokal" und Schillers „Kabale und Liebe" leiten. Mit Rudolf Noelte gibt es Verhandlungen über eine Inszenierung der „Maria Stuart" noch in dieser Spielzeit, und Hans Hollmann wird das Shakespeare-Drama „Timon von Athen" inszenieren.

Beim Denkmalschutz ist Eile geboten

dpa, Bonn

Das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz hat dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten der Länder eine Entschließung zur Rettung von Denkmälern vor schädlichen Einflüssen der Umwelt zugleitet. Sein Vorsitzender, der bayerische Kultusminister Hans Maier, erklärte, das Komitee wolle alle Verantwortlichen zur Eile mahnen, denn die Schäden an Denkmälern durch Luftverschmutzung hätten erheblich zugenommen, und das Tempo des Verfalls habe sich sichtbar erhöht. Mit immer größeren Summen für die Wiederherstellung schon geschädigter Denkmäler sei das Problem nicht zu lösen. Ziel müsse vielmehr sein, das Risiko durch drastische Verringerung der Schadstoffe in der Luft zu begrenzen.

Bremer Universität zeigt neue Computergraphiken

DW. Bremen

„Harmonie in Chaos und Kosmos" heißt eine Ausstellung, die vom Forschungsschwerpunkt „Dynamische Systeme" der Universität Bremen in der Sparkasse vom 16. Januar bis 3. Februar gezeigt wird. Es handelt sich dabei um eine neue Form von Computergraphiken, die bei Versuchsreihen der experimentellen Mathematik entstehen. Außerdem wird das Graphiklabor „Dynamische Systeme" in der Universität im Rahmen eines Kolloquiums am 23. Januar eröffnet. Der Katalog, der möglichst einfach die komplizierten wissenschaftlichen Grundlagen dieses – z. T. von der Stiftung Volkswagenwerk unterstützten – Forschungsprogrammes darzustellen versucht, kostet 5 Mark.

Belgrads Nationaltheater vor dem Ruin

dpa, Belgrad

Das 115 Jahre alte Nationaltheater der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad kämpft um seine Existenz. Immer häufiger fragen die Zeitungen nach dem Sinn einer Institution, für die alle Bürger zwar viel Geld zahlen, die aber kaum in Anspruch genommen wird. Nach Darstellung des Wochenmagazins „NIN" gehen von den alteingesessenen Belgrader Bürgern rund 90 Prozent, von den zugezogenen sogar 95 Prozent niemals in das Theater. Kritiker bemängeln in letzter Zeit das sinkende Niveau des Theaters als Ursache der Misere. Die schauspielerischen Leistungen erreichten oft nicht einmal Mittelmaß, und altgediente Mimen verteidigten mit Zähnen und Klauen ihre angestammten Rollen und blockierten den talentierten Nachwuchs. Auch äußerlich kann das Belgrader Nationaltheater seine tiefe Krise nicht übertünchen: Das deprimierend farblose Gebäude im Herzen der Hauptstadt weist immer noch Spuren der Bombardierung im Zweiten Weltkrieg auf. Mit Spenden soll jetzt eine der wichtigsten Kunststätten der größten Nationalität Jugoslawiens vor dem Ruin gerettet werden.

Preise für B. Schultze und Albert Mangelsdorff

dpa, Wiesbaden

Der Kölner Maler Bernard Schultze und der Jazzmusiker Albert Mangelsdorff aus Frankfurt sind mit dem Hessischen Kulturpreis ausgezeichnet worden. Der 68jährige Schultze erhielt den mit 50 000 Mark dotierten Hauptpreis, der 55jährige Mangelsdorff bekam eine mit 10 000 Mark ausgestattete Auszeichnung. Der aus Westpreußen stammende Schultze war Mitbegründer der Frankfurter Künstlergruppe „Quadriga". Aufsehen erregte er vor allem 1962 mit seinem „Migof-Paradies", einer Sammlung phantasievoller, abstrakter Skulpturen. Mangelsdorff begann seine künstlerische Laufbahn 1958 als Leiter des neuen Jazz-Ensembles des Hessischen Rundfunks, aus dem später das erste Albert-Mangelsdorff-Quintett hervorging. Er gilt als einer der wichtigsten stilbildenden Musiker der deutschen Jazz-Szene.

„Frösche" bedrohen Englands 40 000 Milchmänner

HELMUT VOSS, London

Zwischen Engländern und Franzosen fliegen ungeachtet der sie trennenden 34 Kilometer Salzwasser wieder einmal die Fetzen. Vor dem Buckinham Palast werden demonstrierende französische Bauern festgenommen. Es ist vom „Geist von Dünkirchen" die Rede und von einer „heiligen politischen Kuh". Im Unterhaus, so vermerkte der „Daily Telegraph" entsetzt, war bei einer Debatte die Stimmung so brisant, daß ein „Frosch" – wie die Engländer nicht gerade schmeichelhaft ihre Nachbarn jenseits des Kanals gerne nennen – „auf der Stelle gelyncht worden wäre – hätte er sich hierher verirrt".

„Der große Milchkrieg" ist ausgebrochen. Es geht um die im EG-Jargon UHT genannte, vornehmlich in Frankreich populäre Langzeitmilch, die die Franzosen nach einem Beschluß des Europäischen Gerichtshofes vom Februar vorigen Jahres in Mengen ins Königreich exportieren dürfen. Die Briten aber lassen sie nur äußerst unwillig ins Land – weil sie einen Berufsstand bedroht, dessen Ansehen in England gleich hinter dem der Rettungsbootmänner und Leuchtturmwächter kommt, den britischen Milchmann.

Teurer Service

England ist heute das einzige westliche Industrieland, das ebenso hartnäckig wie rührselig an der täglichen und teuren (1,48 Mark pro Liter) Belieferung von Einzelhaushalten festhält. Rund 40 000 „milk men" sind Tag für Tag mit ihren aus unerfindlichen Gründen „floats" (Flöße) genannten Elektrokarren unterwegs und liefern 84 Prozent der in England und Wales jährlich verbrauchten 6,1 Milliarden Liter Milch direkt an den Konsumenten. Sie spielen aber auch eine wichtige Rolle bei der Weitergabe von Dorfklatsch, helfen gelegentlich Babys zur Welt zu bringen und lassen sich durch nichts unterkriegen. Ganz England war zur Zeit des Falkland-Konfliktes gerührt von dem tapferen Milchmann von Port Stanley, der trotz Ausgangssperre und Bombardement ungerührt seine Flaschen ablieferte.

Die erheblich weniger schmackhafte, dafür aber um etwa 35 Pfennig pro Liter billigere und bis zu sechs Monaten haltbare UHT-Milch bedroht jetzt auf dem Umweg über die Supermärkte diese Idylle. Die britische Molkerei-Industrie hat errechnet, daß bereits ein Nachfrage-Rückgang bei der Haus-zu-Haus-Belieferung um zehn Prozent das Ende des britischen Milchmannes bedeuten würde, und hat mit ihren Warnungen das ganze Land aufgeschreckt. Gewerkschaften riefen zum UHT-Boykott auf. Einflußreiche Labourpolitiker wie Eric Heffer sekundierten: „Der Milchmann ist mehr als ein Milchmann: Er ist auch Sozialarbeiter." Der konservative Minister Peter Walker machte die UHT-Milch im Unterhaus mit dem Hinweis mies, daß sein Hund zwar den nicht gerade als internationale Delkikatesse geltenden britischen Lymeswold-Käse verzehre, daß er aber von dem *Langzeitprodukt nichts halte*: „Das rührt er nicht an."

Unerschütterliche Bastion

Die Franzosen haben bereits zweimal versucht, die mit fast japanischen Importkontrollen abgeschottete britische Milchbastion zu erstürmen. Eine erste Lastwagenladung im September wurde in Portsmouth konfisziert, weil die französische Milch laut britischen Kontrolleuren mit Wasser verdünnt worden war. Der zweite, mit 22 000 Kartons UHG-Milch beladene Lkw rollte Ende Dezember im südenglischen New Haven von einer Kanalfähre geradewegs in die Arme eines britischen Gesundheitsinspektors und wurde von ihm – Millionen Engländer sahen es aufatmend im Fernsehen mit an – ebenfalls „kassiert".

Gestern aber durfte die französische Milch doch ausgeliefert werden.

(SAD)





Die Zeit ist wahrhaftig nicht spurlos am „Esplanade" vorbeigegangen. Aus dem früheren „Grand Hotel" (links) wurde mit den Jahren eher ein Zweckbau, der zuletzt nur noch vor sich hindämmerte. Mit 40 Millionen Mark soll das Lieblingshotel Kaiser Wilhelm II. nun zu einem „Berliner Filmzentrum" werden. FOTOS: DPA/MROTZKOWSKI

Ein altes Haus hat Zukunft beim Film

WILFRIED MOMMERT, Berlin

Es ist heute eine der deprimierendsten Ecken Berlins, jene Gegend um den von Grenzmauer, Todesstreifen und Panzersperren durchzogenen Potsdamer Platz. Hier endet heute die einstmals von Königsberg bis Aachen führende „Reichsstraße 1", hier stand das Vox-Haus, in dem der deutsche Rundfunk seine Geburtsstunde erlebte, der Vergnügungspalast „Haus Vaterland" und hier stand auch jener berüchtigte „Volksgerichtshof" der Nationalsozialisten. Hier steht immer noch der Torso eines der elegantesten und repräsentativsten Hotels Deutschlands, das vor 75 Jahren Ende 1908 vor allem für den preußischen Hochadel erbaute „Esplanade", in dem auch Kaiser Wilhelm II. seine „Herrenabende" gab.

Nun wartet dieses „Baudenkmal von morbidem Reiz und vielschichtiger Bedeutung", wie das Fachblatt „Bauwelt" meinte, auf die vierte Eröffnung in seiner wechselvollen Geschichte, denn nach dem Willen des Berliner Kultursenators Volker Hassemer soll hier und möglicherweise in einem Erweiterungsbau für etwa 40 Millionen Mark ein „Berliner Filmzentrum" entstehen.

Das „Esplanade" war mit seinen 400 Betten, den Telefonen in jedem Zimmer, mit der ersten elektrischen Großküche, den Marmorkaminen, den Spiegel- und Eichenholzsalons neben dem „Hotel Adlon" das führende Hotel der damaligen Reichshauptstadt, in der späten Kaiserzeit immerhin die viertgrößte Stadt der Welt. Der Bau wurde von einem sogenannten „Fürstenkonzern" der Hohenlohe, Fürstenberg und Henckel-Donnersmarck finanziert. So manches Mal wehte später die Standarte des Kaisers auf dem Dach. Auf seinen Wunsch war wohl dieser exklusive Gästepalast „außerhalb der Bannmeile" des Schlosses entstanden. Hier sollte sich ein „Dolce vita der allerhöchsten Kreise von äußerster Diskretion" entfalten, wie es in einem Zeitungsbericht spöttisch heißt.

Die „fürstliche Zeit" dauerte für das Hotel allerdings nicht sehr lange. Nach 1918 stiegen hier vorzugsweise Industriemagnaten (Hugo Stinnes wurde neuer Besitzer des Hotels), Po*litiker, Bankiers, Schauspieler und* Bohemiens ab. Die Zeit der Gigolos und des Geldadels war gekommen. Mit der Machtübernahme des Nationalsozialisten wurde das inzwischen zu den „exquisiten Häusern älterer Geschmacksrichtung" zählende Grand Hotel von Hitlers Chefarchitekten Speer als Gästehaus requiriert.

Während des Krieges hatte dem „Esplanade" ein Teilabriß zugunsten eines „Reichsmarschallamtes" gedroht. Bomben besiegelten das Schicksal des Prachtbaus, jedenfalls seines größten Teils. Die vorderen Eingangshallen, der Palmenhof, der Speisesaal, der „Kaisersaal", ein Barraum, das Kellergeschoß mit der elektrischen Großküche und das wertvolle Geschirr für mehrere tausend Gäste blieben erhalten. 1950 konnte der stehengebliebene und *halbwegs renovierte Rest des Hotels* mit einem „Ball der Technik" wiedereröffnet werden. Viele Bälle folgten.

Es entfaltete sich der Glanz der 50er Jahre. Bis zum Mauerbau in Berlin 1961 trafen sich Ost und West im „Esplanade" zum Amüsement. Noch 1960 war es für 450 000 Mark renoviert und zum dritten Mal wiedereröffnet worden. Aber als direkt vor der Nase der Gäste die Mauer mit Stacheldraht entstand, wurde es schnell still um das schließlich vor sich hindämmernde „Etablissement".

Bis 1981 fand in den Hotelhallen noch die eine oder andere Veranstaltung statt. Dann aber mußten die Gebäudeteile aus Sicherheitsgründen völlig geschlossen werden. In den 60er Jahren hatte der damalige Bundesschatzmeister der CDU, Werner Dollinger, allerdings schon einmal *vorgeschlagen*, aus den Resten des „Esplanade" entweder ein Gästehaus der Bundesregierung und des Berliner Senats, ein Domizil der Stiftung für Entwicklungshilfe oder ein „Haus der Kultur" zu machen. An letzteren Vorschlag Dollingers lehnt sich nun die jüngste Idee des Berliner Kultursenators Volker Hassemer (CDU) an.

Das „Cognac-Alibi" zieht nicht mehr

Medizin kann Ausrede vom Nachtrunk entkräften

DIETER THIERBACH, Bonn

Trotz aller Kampagnen und Appelle nimmt die Zahl der Verkehrsunfälle, bei denen Alkohol im Spiel ist, weiter *zu. Jüngste Statistiken* weisen dabei aus, daß sich jeder vierte betroffene deutsche Autofahrer auf den Nachtrunk beruft, wenn er auf dem Polizeirevier „zur Ader" gelassen wird.

Professor Michael Staak und sein Team vom Institut für Rechtsmedizin der Kölner Uni haben bei der Überprüfung dieser typischen Ausrede im Bereich des Landgerichtsbezirks Köln herausgefunden, daß sich die Größenordnung der Nachtrunkbehauptungen („Cognac-Alibi") angefangen von der polizeilichen Ermittlung bis hin zur Gerichtsverhandlung schlankweg verdoppeln. Wird zunächst zu Protokoll gegeben, 40 Gramm reiner Alkohol seien gekippt worden, sind es dann vor Gericht plötzlich Werte über 90 Gramm.

Die Kölner aber sind seit einiger Zeit in der Lage, die Nachtrunkausrede wie ein Kartenhaus zusammen*stürzen zu lassen. Rechtsmediziner* Staak: „Zwei Feststellungen sind dabei von erheblicher Bedeutung. Nämlich die Trinkzeiten und die Menge des Nachtrunkes. Letztere wird durch die Getränkeart – es handelt sich fast immer um hochprozentige Wässerchen, *mitbestimmt*. Denn: Es muß ja viel innerhalb kurzer Zeit bringen, sonst wäre der Nachtrunk sinnlos."

Situationen, wie sie tagtäglich vorkommen, wurden von Studenten nachgestellt: Die Kölner Probanden brachten sich mit mehreren „Kühlen Blonden" zunächst auf einen Level von ca. 0,8 Promille, danach verpaßte man ihnen einen Nachtrunk von 0,5 Promille. Für die Rechtsmediziner war von Interesse, wie die in den üblichen Spirituosen vorhandenen Begleitstoffe („Fuselalkohole") wie Methanol, n-Propanol und iso-Butanol sich verhalten: „Unsere Fragestellung lief auf die Wirkung dieser Begleitalkohole hinaus", erklärt Professor Staak. Erstes Ergebnis: Es besteht eine Relation zwischen dem Blutalkoholgehalt (sprich Äthanol) und der Konzentration der Begleitstoffe im ursprünglichen verkonsumierten Getränk. Diese Stoffe sind nun wiederum charakteristisch: Weinbrand, Obstschnaps und Whisky lassen sich im nachhinein eindeutig identifizieren. So haben Wissenschaftler *am Institut für Rechtsmedizin* in Göttingen Kurven von rund 260 Spirituosen des Marktes tabellarisch zusammengefaßt. Von jedem alkoholischen Getränk kann so eine Art „Fingerabdruck" gemacht werden. Wird das Blut des betroffenen Autofahrers *mit der gleichen* Methode analysiert, ist auf einen Schlag klar, was der Mann getrunken hat.

Das Kölner Verfahren wird bereits mit großer Effektivität im gutachterlichen Bereich eingesetzt. „Mit geradezu überraschendem Erfolg", meint Michael Staak: „Leute, die ihren wahren Alkoholgehalt vernebeln wollen, fallen plötzlich um."

Der apparative Aufwand ist jedoch sehr groß. Das Verfahren kann nur von Fall zu Fall eingesetzt werden.

Die Rechtsmediziner schlagen vor, für die Absicherung in schwierigen Fällen die Doppelblutentnahme wieder einzuführen. Mit Hilfe dieses Verfahrens kann festgestellt werden, ob die *Blutalkoholkurve noch ansteigt* oder schon abfällt, um so den Zeitpunkt des Alkoholgenusses zu bestimmen. Doppelblutentnahmen waren vor Jahren ineffektiv, weil sie – zeitlich gesehen – viel zu spät durchgeführt wurden. „Das ist aber alles *nur eine Frage der Organisation. Die* Behörden sind aufgefordert, exaktere Ermittlungen anzustellen." Für Professor Staak wäre es optimal, zur Blutprobe synchron auch eine Urinprobe gaschromatografisch untersuchen zu können. „Wenn wir hier auch noch eine Alkoholbestimmung machen würden, ließen sich aus dem Harnalkohol Aussagen über die Alkoholzusammensetzung machen."

LEUTE HEUTE

Frau Butler

Die 22 Jahre alte **Lorraine Woods**, die vor einem Jahr mit ausgezeichnetem Resultat als bisher einzige Frau die renommierte „School of British Butling" absolviert hatte, ist immer noch arbeitslos. Inzwischen ist sie überzeugt, daß sie als Frau und Butler diskriminiert werde. Ihr Ausbilder **Ivor Spencer** jedoch, der auf eine Karriere als „Königlicher Toastmeister" zurückblicken kann, hat eine andere Theorie: „Sie ist einfach zu hübsch und zu attraktiv!"

Star-Spot(t)

Glaubt man **Marty Ingels**, Inhaber einer New Yorker Vermittlungsagentur für Fernsehwerbung, braucht **Marlene Dietrich** Geld. Deshalb habe sie



sich bereit erklärt, ein paar Werbe*spots zu drehen. In amerikanischen* Blättern war darob gleich von einem Comeback der 82jährigen Diva die Rede. Wie so oft, ist aber auch diesmal nicht sicher, ob es wirklich der Star ist, der die Publicity sucht – oder eher jene, die davon sprechen.

Spar-Rekord

Nur durch Sparsamkeit reich geworden zu sein, behauptet von sich der japanische Textilkaufmann **Yoshinori Nishioka**, der mit einem Spar-Weltrekord ins Guinness-Buch will. „Die *100 Millionen Yen (1,25 Millionen* Mark) auf meinem Sparbuch verdanke ich nur meiner Genügsamkeit im täglichen Leben", verkündete der 78jährige. Ein paar Beispiele: „Bei Einladungen nur die Suppe essen, den Rest nach Hause mitnehmen. Im Café *und in Restaurants alle übriggebliebenen* Zucker- oder Sahnepäckchen einstecken."

Italienische Polizei ließ Babyhändler auffliegen

Sizilianische Gang verkaufte Tausende von Kindern

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die italienische Polizei ist einem Handel mit neugeborenen Kindern auf die Spur gekommen. Auf Sizilien wurden eine Hebamme und drei Kaufleute verhaftet, denen Zugehörigkeit zu einer Gang von Babyhändlern vorgeworfen wird. Die Verbrecherorganisation soll in Sizilien, Kalabrien und in einigen norditalienischen Städten jahrelang ein Millionengeschäft gemacht haben. Sie hat angeblich im Auftrag eines noch nicht voll aufgedeckten „Kunden"-Kreises bei jungen Italienerinnen und Ausländerinnen Babys „bestellt", diese den Müttern für rund 2000 Mark abgekauft und dann mit falschen Geburtsurkunden zum zehnfachen Preis weiterverkauft. Hunderte von Neugeborenen sollen auf diese Weise wie Waren verschoben worden sein.

Den Anstoß für die polizeilichen *Ermittlungen gegen die* Verbrecherbande hatte ein Gemeindeangestellter des sizilianischen Ortes Salemi im Belice-Tal gegeben. Ihm war seltsam vorgekommen, daß ein recht betagtes kinderloses Ehepaar plötzlich die Geburt eines Kindes anzeigte und unter Vorlage der vorgeschriebenen Hebammenbescheinigung und zweier Zeugenaussagen die Eintragung ins Geburtsregister beantragte. Die Polizei ging dem Fall nach. Sie stellte fest, daß das Ehepaar mit Hilfe der Hebamme und zweier gekaufter „Zeugen" ein Baby als sein eigenes ausgegeben hatte, das aus der „Babybank" der Verbrecherorganisation stammte.

Hauptstützpunkt der Organisation ist nach Informationen aus Polizeikreisen ein öffentliches Krankenhaus auf Sizilien. Dort seien die meisten der von der Gang angeworbenen jungen Jugoslawinnen, Rumäninnen, Bulgarinnen und italienischen Prostituierten niedergekommen, die sich zu einer Schwangerschaft mit dem Ziel des Babyverkaufs bereitgefunden hatten. Von den im Krankenhaus tätigen Mitarbeitern der Gang war dafür gesorgt worden, daß die ordentlichen Geburtsdokumente sofort wieder aus den Akten verschwanden. Mit Hilfe der Hebamme und von „Zeugen" wurden dann neue, auf den Namen der Kauf-„Eltern" lautende Papiere ausgestellt.

Nach Angaben der Carabinieri von Marsala wurde das Babygeschäft viele Jahre lang – wahrscheinlich mindestens seit 1977 – mit großem Gewinn für die Bande betrieben. Der Skandal sei noch längst nicht voll aufgedeckt. Für die Ermittlungen werde man noch viele Monate benötigen. Sie erstreckten sich über ganz Sizilien und Kalabrien sowie über einige Großstädte im Norden und schlossen die verschiedensten Bereiche ein – vom Krankenhauswesen über die Prostitution bis hin zur illegalen Einwanderung.

Wichtige Hinweise lieferte der Polizei ein Adreßbuch der verhafteten Hebamme von Salemi, Maria Marsala. Es enthält eine Fülle von Anschriften, Telefonnummern, Namen von mutmaßlichen „Händlern" und von Käufern, die zur Verhaftung von drei Kaufleuten aus Trapani führten. Ihnen und der Hebamme wird die Bildung einer verbrecherischen Vereinigung vorgeworfen. Ob mit diesen Verhaftungen schon der Kopf der Gang abgeschlagen ist, wird von der Polizei freilich bezweifelt. Angeblich verfolgt man weitere Spuren, die auf Personen hinweisen, die bisher als über jeden Verdacht erhaben galten. So sei auch schon ein hoher Politiker verhört worden.

Die erschütterndste Geschichte, *die bisher von der Polizei aufgedeckt* wurde, betrifft ein Mädchen, das schon vor vielen Jahren sofort nach seiner Geburt verkauft worden war und das jetzt, mit 11 Jahren selbst ein Baby bekommen hat, das ein Ehepaar in Trapani kaufte.

V-Mann-Fall: Sieben Jahre Haft für Juwelier

dpa, Hannover

Zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren Haft hat das Landgericht Hannover gestern nach zehnmonatiger Verhandlung den 37jährigen Juwelier René Düe verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß sich Düe der Vortäuschung einer Straftat, des versuchten Versicherungsbetruges und der Unterschlagung schuldig gemacht hat, *indem er den Raubüberfall auf* sein Geschäft in Hannover 1981 selbst inszenierte. Damals war Schmuck im Wert von 12 Millionen Mark verschwunden.

Mit dem Urteil folgte das Gericht der Argumentation und dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Über Monate beschäftigte sich das Gericht mit der Rolle des mysteriösen Polizei-V-Mannes „Claude", den die Strafkammer verdeckt vernommen hatte. Der Ansicht der Verteidigung, dieser V-Mann erst habe den Juwelier veranlaßt, 15 angeblich versehentlich auf die Verlustliste gesetzte Schmuckstücke in Geld umzusetzen, vermochte sich das Gericht nicht anzuschließen. Da die Strafkammer die Aussagen des V-Mannes nach der jüngsten Rechtssprechung des Bundesgerichtshofes zum Problem der V-Leute und ihrer Vernehmung in der Hauptverhandlung nicht verwenden durfte, stützte das Gericht die Verurteilung auf die Aussagen von zwei Häftlingen, die mit dem Juwelier zusammen in einer Zelle der Justizvollzugsanstalt Hannover gesessen hatten. Die Verteidigung, die Freispruch verlangt hatte, kündigte Revision an.

Drei Tote im Orkan

dpa, Düsseldorf/Hamburg

Bei einem Unwetter im Raum Köln mit Spitzenböen bis zu 120 Stundenkilometern kamen in der Nacht zum Mittwoch drei Menschen ums Leben. Zwei Jugendliche wurden von einem umstürzenden Baum erschlagen. Ein Autofahrer wurde von einem Windstoß gegen einen Bus geschleudert. Im übrigen Rheinland haben die Winterstürme erheblichen Sachschaden angerichtet. Die ebenfalls in der Nacht *zum Mittwoch erwartete schwere* Sturmflut ist glimpflicher als befürchtet ausgefallen. Daraufhin wurden die Einsatzstäbe in Hamburg und Kiel aufgelöst.

Disko-Besitzer angeklagt

AFP, Madrid

Die fünf Besitzer der Madrider Diskothek „Alcala 20", in der am 17. Dezember 82 Menschen bei einem Brand ums Leben gekommen waren, sind offiziell wegen Fahrlässigkeit unter Anklage gestellt worden. Experten hatten festgestellt, daß die Sicherheitsvorkehrungen in dem Tanzpalast völlig unzureichend waren.

Verschmutzer gefunden

dpa, Ludwigshafen

Die im Rhein vor allem an der deutsch-niederländischen Grenze gefundenen Spuren der Chemikalie Bis-Chlor-Isobutylether, die zu einem Giftalarm geführt hatten, stammen wahrscheinlich aus dem Abwasser der BASF. Ein Sprecher erklärte gestern in Ludwigshafen, eigene Untersuchungen hätten dies ergeben.

Tod in Amsterdam

AP, Amsterdam

Die ersten Drogentoten dieses Jahres im europäischen „Rauschgiftmekka" Amsterdam waren nach Angaben der Polizei zwei junge Deutsche. Sie wurden am Sonntag und Montag in einem Hotel in der Nähe des Hauptbahnhofs und in einer Ruine in der Altstadt gefunden.

Erster Stützpunkt

AFP, Rio de Janeiro

Brasilien will jetzt seinen ersten Stützpunkt in der Antarktis errichten *und damit den brasilianischen* Anspruch auf einen Teil dieses Gebietes festklopfen. Gestern lief das Forschungsschiff „Barao de Teffe" mit einer Gruppe von Technikern und Wissenschaftlern, die sich im Gebiet von Port Lockroy niederlassen wollen, aus.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Der über Mitteleuropa liegende Zwischenhochkeil wandert rasch nach Osten ab. Ihm folgt der Ausläufer eines Tiefs bei Island, der die Witterung erneut unbeständig gestaltet.



Vorhersage für Donnerstag

Gesamtes Bundesgebiet: Zunächst wechselnd wolkig mit örtlichen Aufheiterungen und im wesentlichen niederschlagsfrei. Im Westen in der zweiten Tageshälfte Eintrübung und nachfolgend Schneefall, der im Flachland in Regen übergeht. Höchste Temperaturen 1 bis 6 Grad. Tiefstwerte in der kommenden Nacht plus 1 bis minus 3 Grad. Mäßiger Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Wechselhaft, leichter Temperaturanstieg

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	3°	Kairo	18°
Bonn	3°	Kopenh.	4°
Dresden	3°	Las Palmas	20°
Essen	3°	London	6°
Frankfurt	3°	Madrid	7°
Hamburg	6°	Mailand	9°
List/Sylt	5°	Mallorca	14°
München	3°	Moskau	3°
Stuttgart	2°	Nizza	14°
Algier	16°	Oslo	–4°
Amsterdam	7°	Paris	4°
Athen	14°	Prag	2°
Barcelona	8°	Rom	13°
Brüssel	4°	Stockholm	–3°
Budapest	7°	Tel Aviv	21°
Bukarest	11°	Tunis	14°
Helsinki	0°	Wien	5°
Istanbul	13°	Zürich	2°

Sonnenaufgang* am Freitag: 8.26 Uhr, Untergang: 16.29 Uhr, **Mondaufgang:** 16.43 Uhr, Untergang 19.41 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Boston wünscht seinen schlechten Ruf nach Schenectady

hst/DW. Boston

Die Alarmanlage eines älteren Cadillacs schrillt – am hellichten Tag, mitten auf einer der belebtesten Straßen in Boston. Doch die Passanten kümmern sich nicht um den Krach. Alle paar Minuten hupt und heult es hier in der City und es kümmert schon lange keinen Fußgänger mehr, geschweige denn die Autodiebe, die eigentlich gemeint sind. Nirgendwo in Amerika werden nämlich mehr Autos gestohlen als in der Ostküstenmetropole. Die „New York Times" nannte Boston jüngst die „Hauptstadt des Autodiebstahls".

Die neuesten Zahlen des FBI untermauern diesen traurigen Ruf. Nirgendwo kamen mehr Autos abhanden als in Massachusetts, und in Boston wurde im vergangenen Jahr jedes zehnte zugelassene Auto irgendwann einmal als geklaut gemeldet. Dies beunruhigte nicht nur die Autobesitzer, sondern brachte auch immer höhere Stellen auf den Plan. Zuletzt erregten *die Automarder sogar* den Unwillen des Gouverneurs von Massachusetts, Michael S. Dukakis. Die Entwicklung würde dem guten Ansehen des Staates schaden, ließ er seinen für öffentliche Sicherheit zuständigen Dezernenten Charles V. Barry erklären und der fügte hinzu: „Er fragte mich, ob wir den Titel ‚Hauptstadt des Autodiebstahls' nicht an Schenectady oder woanders hin abgeben könnten. Auf jeden Fall *wünscht er den Titel so schnell* wie möglich abzugeben."

Der Wunsch war den untergeordneten Behörden Befehl. Man gründete eine Sonderkommission aus FBI-Agenten, Staats-, Stadtpolizisten und Experten der Zulassungsbehörden, die das Know-how einbringen sollen. Die Autoversicherungsgesellschaften überzeugte man davon, daß 475 000 Dollar im Vergleich zu den 72 Millionen Dollar, die 1982 für bestohlene Autobesitzer aufgewendet werden mußten, nicht zuviel seien. Mit diesem Geld wurden Räume, Fahrzeuge und Ausrüstung für die „Car Force" angeschafft.

Seit einigen Wochen nun arbeitet die Kommission. „Es ist nicht unser *Ziel", so erläutert Charles Barry* diese Arbeit, „die kleinen Jungs zu fassen, die die Autos auf Anweisung und für ein paar Dollar klauen. Wir wollen an die Männer heran, die die Anweisung geben und die Autos verschwinden lassen." Dies seien im Ostküstenstaat im vergangenen Jahr mehr als 55 000 gewesen.

Dabei hat sich ganz offensichtlich in den vergangenen Jahren einiges geändert. Längst sind es nicht mehr hauptsächlich die Teenager, die meist aus Übermut ein Auto für eine Spritztour klauen und es stehen lassen, wenn der Tank leer ist. „Noch vor sechs oder sieben Jahren", erinnert sich Barry, „hatten wir 90 Prozent von ihnen innerhalb der nächsten 48 Stunden. Heute sind es nicht einmal mehr 50 Prozent. 30 Prozent sehen wir niemals wieder."

Einen Grund, daß sich immer mehr Profis des Geschäftes annehmen, sehen Experten darin, daß man heute für ein Auto das Doppelte seines Wertes bekommt, wenn man es zerlegt und in Einzelteilen verkauft. Nicht unwesentlichen Anteil an den steigenden Zahlen hätten allerdings auch jene Autobesitzer, die ihr Auto als gestohlen melden, um die Versicherung zu betrügen.

Unterstützt wird die Arbeit der Kommission, die in den letzten Wochen 25 Verdächtige festnahm, aber auch von der staatlichen Zentrale für Verbraucherfragen. Sie gibt Broschüren heraus und klärt unter anderem darüber *auf, wie man* sich vor den Autodieben schützen kann.

Damit ist es allerdings auch nicht getan. Abgesehen davon, daß die lauten Autoalarmanlagen kaum noch jemand ernst nimmt, bekommen die Autofahrer, die ihren Wagen damit ausrüsten, oft sehr schnell Ärger mit den Nachbarn. Je nach Prinzip geben die Anlagen nämlich schon Laut, wenn sich nur eine Katze auf der warmen Motorhaube zusammenrollt oder Fliegen im Wageninnern eingeschlossen werden. So fanden Autofahrer, deren Karossen in einem Bostoner Vorort zu heulen begannen, in den letzten Tagen einen hektographierten Zettel unter den Scheibenwischern, *auf dem zu lesen war*: „Lieber Herr, liebe Dame: Die Alarmanlage Ihres Autos nervte viele hunderte Menschen stundenlang. Wenn Sie sie nicht in Ordnung bringen, werden Sie bald ein ganz neues Auto brauchen."

ZU GUTER LETZT

„Silvester war ein Papst und wurde heiliggesprochen, weil er die Raketen erfand". Aus einem Schüleraufsatz in der Zeitschrift „Eltern".